

ISS AKTUELL

3/ 2021

INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE WIEN

HERWIG JEDLAUCNIK (HRSG.)

ZUR STRATEGISCHEN LAGE JAHRESMITTE 2021

globale akteure und internationale
organisationen



Zur Logik des Kartenmaterials:

Die Kartenskizzen dienen dem besseren Verständnis des jeweiligen Kapitels. Farblich gekennzeichnet sind daher nur jene Staaten, welche im Text analysiert werden. Die Graphiken bieten daher keine vollständige Auflistung aller Akteure des jeweiligen geographischen Raumes. Die Kartendarstellungen zeigen dabei die realpolitischen Gegebenheiten und berücksichtigen keine völkerrechtlichen Beurteilungen bzw. Auseinandersetzungen bezüglich territorialer Grenzziehungen.

Impressum:

Amtliche Publikation der Republik Österreich/
Bundesminister für Landesverteidigung

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/Bundesminister für Landesverteidigung,
BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

ISBN: 978-3-903359-30-7

Juli 2021

Druck:

Heeresdruckzentrum, 1030 Wien



AT/028/048



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
UW-Nr. 943

Vorwort

Wie gewohnt, präsentieren wir Ihnen zu Sommerbeginn den zweiten Überblick zur aktuellen strategischen Lage des laufenden Jahres. Dieser soll die Ereignisse des vergangenen Halbjahres beleuchten (die letzte Ausgabe erschien Anfang Februar 2021) und so eine Einschätzung aktueller und künftiger Abläufe erleichtern. Es geht bewusst nicht um eine umfassende und detaillierte Schilderung aller Ereignisse der letzten sechs Monate, sondern um eine kurze, aber präzise Analyse und Bewertung ausgewählter Aspekte, wobei uns die Einbeziehung regionaler Zusammenhänge besonders wichtig erscheint. Die einzelnen Beiträge wurden Mitte bis Ende Juni 2021 fertiggestellt.

Inhaltlich ist naturgemäß der Beginn der Präsidentschaft von Joe Biden einer der Schwerpunkte dieser Ausgabe. Insbesondere seine klare Positionierung gegen China und Russland und seine (Wieder)Einbeziehung der westlichen Partner in die sicherheitspolitischen und strategischen Zieldefinitionen der neuen US-Administration werden von mehreren unserer Autoren analysiert. .

Leitung und Redaktion dieser Zusammenschau lagen wie immer in den bewährten Händen von Oberst Dr. Herwig Jedlaucnik. Ihm und allen Kollegen, die an der Erstellung dieses Überblicks beteiligt waren, gebührt unser Dank. Neben den Ihnen schon länger bekannten Angehörigen des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik (Hofrat Dr. Gunther Hauser sowie Dr. Rastislav Báchora) möchte ich Ihnen zwei neue Mitglieder unseres Instituts im Redaktionsteam vorstellen: Mag. Alexander Panzhof ist Politikwissenschaftler und wird zukünftig für unsere Strategische Lage Lateinamerika beobachten und Dr. Georg Hoffmann ist Historiker und wird anlassbezogen historische Narrative und Räume von sicherheitspolitischer oder strategischer Relevanz als Analyse einfließen lassen. Überdies danke ich Dr. Gerald Hainzl und Oberst Stephan Reiner, BA MA, (beide Wissenschaftler am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement unserer Akademie), Oberst Mag. Walter J. Unger (dem Leiter des Cyber-Verteidigungszentrums / Cyber Defence Centre), Oberst Dr. Otto Naderer (Abteilung Transformation der Generalstabsdirektion) sowie Mag. Barbara Farkas für ihre Mitwirkung und fachkundigen Beiträge. Ich danke auch Brigadier Dr. Friedrich Teichmann und seinem Team vom Institut für Militärisches Geowesen für die wie immer perfekte Anfertigung der Karten zum besseren Überblick.

Da sich die Landesverteidigungsakademie als wissenschaftliche Institution versteht, ergeben sich auch in dieser Zusammenstellung, wie in jedem wissenschaftlichen Medium, aus der unterschiedlichen Bewertung von verschiedenen Blickwinkeln durchaus differenzierte, manchmal sogar widersprüchliche Ableitungen und Analysen. Wie immer reflektieren weder die Texte noch die Karten oder Graphiken irgendeine amtliche Position; die einzelnen Beiträge erscheinen unter der Verantwortung der jeweiligen Autoren als Wissenschaftler und repräsentieren daher ausschließlich deren persönliche Einschätzung, nicht aber irgendeine offiziöse Meinung des Ressorts oder der Akademie.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen in diesem Sinne eine spannende Lektüre und einen möglichst erholsamen Sommer.

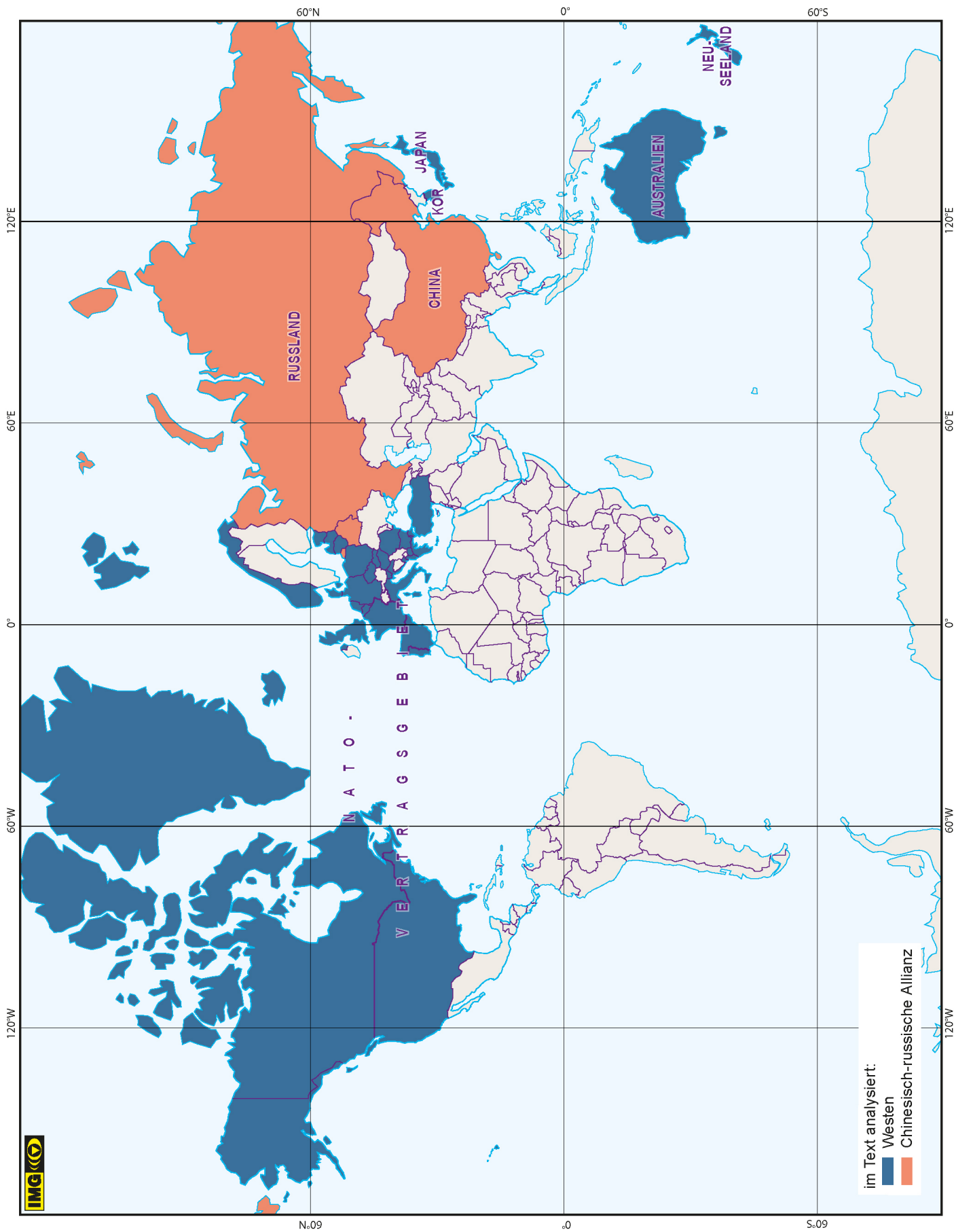
Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl
Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie in Wien

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
Inhaltsverzeichnis	2
 Geostrategische Interessen und der politisch-moralische Überlegenheitsanspruch des Westens als Grundlage der neuen alten Weltordnung.....	 6
Strategische Positionierung von US-Präsident Biden.....	7
Ringieren um Einflussphären.....	8
Chinesisch-russische Achse.....	9
Transatlantische Arbeitsteilung?	10
Strategische Autonomie Europas	10
 Die westliche Welt	 13
Strategische Positionierung der USA unter Präsident Joe Biden	13
Erste politische Akzente	13
Außen- und Sicherheitspolitik.....	14
G7-Gipfel.....	15
NATO-Gipfel.....	15
EU-USA-Gipfel.....	16
Bilaterale Beziehungen USA und Russland.....	16
Resümee und Ausblick.....	18
 Europa und die EU.....	 21
Russland: Spannungen mit der EU nehmen zu	21
Flugzeug zur Landung in Minsk gezwungen.....	22
„Schuldennot“: Europäische Länder gehen vermehrt auf Distanz zu China.....	23
 Die NATO und die transatlantischen Beziehungen	 31
Einleitung	31
Das Ende des NATO-Einsatzes in Afghanistan	31
Das Verhältnis zur Russischen Föderation.....	32
NATO und EU	32
Ausblick.....	33

... und ihre Partner und Herausforderer.....	35
Militärisches Drohpotential als geopolitische Taktik Russlands im Kontext innen- und außenpolitischer Entwicklungen.....	35
Maßnahmen gegen COVID-19	35
Der Fall Nawalny und westliche Sanktionen.....	35
Tschechien im Fokus russischer Interessen?.....	37
Entwicklungen in der Ostukraine.....	38
Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze.....	38
Russisch-amerikanischer Kompromiss.....	40
Ableitungen und Ausblick	41
Geschichte als Konfliktraum – Maly Trostinec und Belarus	42
Der indopazifische Raum	45
Chinas globale normative Wirkung.....	45
Indiens regionsspezifischer Einfluss... ..	46
... in Südasien	46
... und in Südostasien.....	47
Indiens Grenzkonflikte mit China.....	47
Indiens Kooperation mit den USA	48
Südostasien sucht Äquidistanz.....	49
Iran als Faktor für Indien und China.....	52
Corona-Impfdiplomatie von Indien und China.....	52
Quadrilateraler Verteidigungsdialog (Quad).....	50
Singapurs Resilienz-Strategie	55
Der Nahost-Friedensprozess nach dem Schlagabtausch zwischen der HAMAS und dem Staat Israel.....	56
Die inner-israelische Debatte	57
Zur Situation in der Palästinensischen Autonomiebehörde.....	58
Die inner-arabische Dimension	60
Der Politische Islam und der Jihad-Begriff - Versuch einer Einordnung des muslimischen Kampfbegriffes	61
Die Islamische Revolution im Iran.....	61
Die islamistischen Bewegungen in Ägypten	622
Fazit.....	63
Sub-Sahara Afrika.....	67
Tschads Langzeitpräsident Déby stirbt	67
Erneuter Machtwechsel in Mali	67
Neue EU-Trainingsmission für Mozambique	68

Lateinamerika	71
Ein Halbkontinent versinkt in Korruption und verliert Interesse an Demokratie.....	71
Brasilien zwischen Pandemiever sagen, digitalem Fortschritt und Gewaltbereitschaft vor den kommenden	
Präsidentenwahlwahlen	73
Kuba – ein Mythos geht zu Ende.....	73
Bewertung.....	74
 Aktuelle Cyberlage	 76
Cyber im Rahmen einer hybriden Strategie	76
Angriffe gegen kritische Infrastrukturen	77
Cyberspionage.....	78
Subversion – Schlachtfeld Soziale Medien.....	78
Cyberkriminalität	80
Schwachstellen.....	81
Gegenmaßnahmen	81
Ausblick	85
 Bildnachweis	 86
Kartenmaterial.....	87
Autoren.....	88



Fragile asymmetrische Bipolarität

Geostrategische Interessen und der politisch-moralische Überlegenheitsanspruch des Westens als Grundlage der neuen alten Weltordnung

Zahlreichen Analysen politischer Beobachter zum Trotz hat die COVID-Krise keine oder kaum Auswirkung auf die internationale Weltordnung gehabt. Die globale geopolitische Struktur stellt sich weiterhin als fragile asymmetrische Bipolarität dar. Sie ist einerseits durch die USA und andererseits die chinesisch-russische Zwangsalianz dominiert.

Strategische Positionierung von US-Präsident Biden

Von besonderem Interesse ist aktuell natürlich die Position des neuen US-Präsidenten, Joe Biden. Das Verhalten Präsident Bidens und Ex-Präsident Trumps wirkt zwar vollkommen unterschiedlich, die geostrategische Zielsetzung ist aber offensichtlich grundsätzlich ident. Im Zentrum der US-amerikanischen Strategie stehen weiter die geostrategische Eindämmung realer oder potentieller Herausforderer sowie die Aufrechterhaltung US-amerikanischer Präsenz an seinen Gegenküsten. Mit dem stetigen Aufstieg Chinas hatten bereits verschiedene Vorgänger des aktuellen Präsidenten US-amerikanische Kräfte von Europa und dem Nahen Osten nach Asien verlagert. Ex-Präsident Obama finalisierte diesen Schritt – die damalige Außenministerin Hillary Clinton sprach 2011 vom „Pivot to Asia“, also der Verlagerung des Angelpunkts der Politik nach Asien, während Obama vom „re-balancing“ der Politik sprach. Der Amtsantritt von US-Präsident Biden hat daher im Kern zu keiner wesentlichen Veränderung geführt, nur ist seine Herangehensweise eine völlig andere. Während Trump insbesondere von der europäischen Verbündeten mit „rauen“ Worten mehr Engagement und Verantwortungsübernahme einforderte, tut Joe Biden dies mit „samtener Stimme“. Mit Biden ist die Welt somit etwas höflicher geworden – zumindest in der Kommunikation zwischen den westlichen Partnern. Entgegen der Einschätzung zahlreicher oberflächlicher politischer Analysten ist die Welt damit aber auch gefährlicher geworden. Denn Joe Biden sieht sich mit China und Russland nicht nur in einem geostrategischen, sondern auch in einem weltanschaulich-ideologischen Konflikt. Biden nannte bereits kurz nach seinem Amtsantritt Russland einen „Gegner“ und China einen „ernsthaften Konkurrenten“. Der US-Präsident erklärte dass *„die amerikanische Führung diesem neuen Moment des fortschreitenden Autoritarismus, einschließlich der wachsenden Ambitionen Chinas, mit den USA*

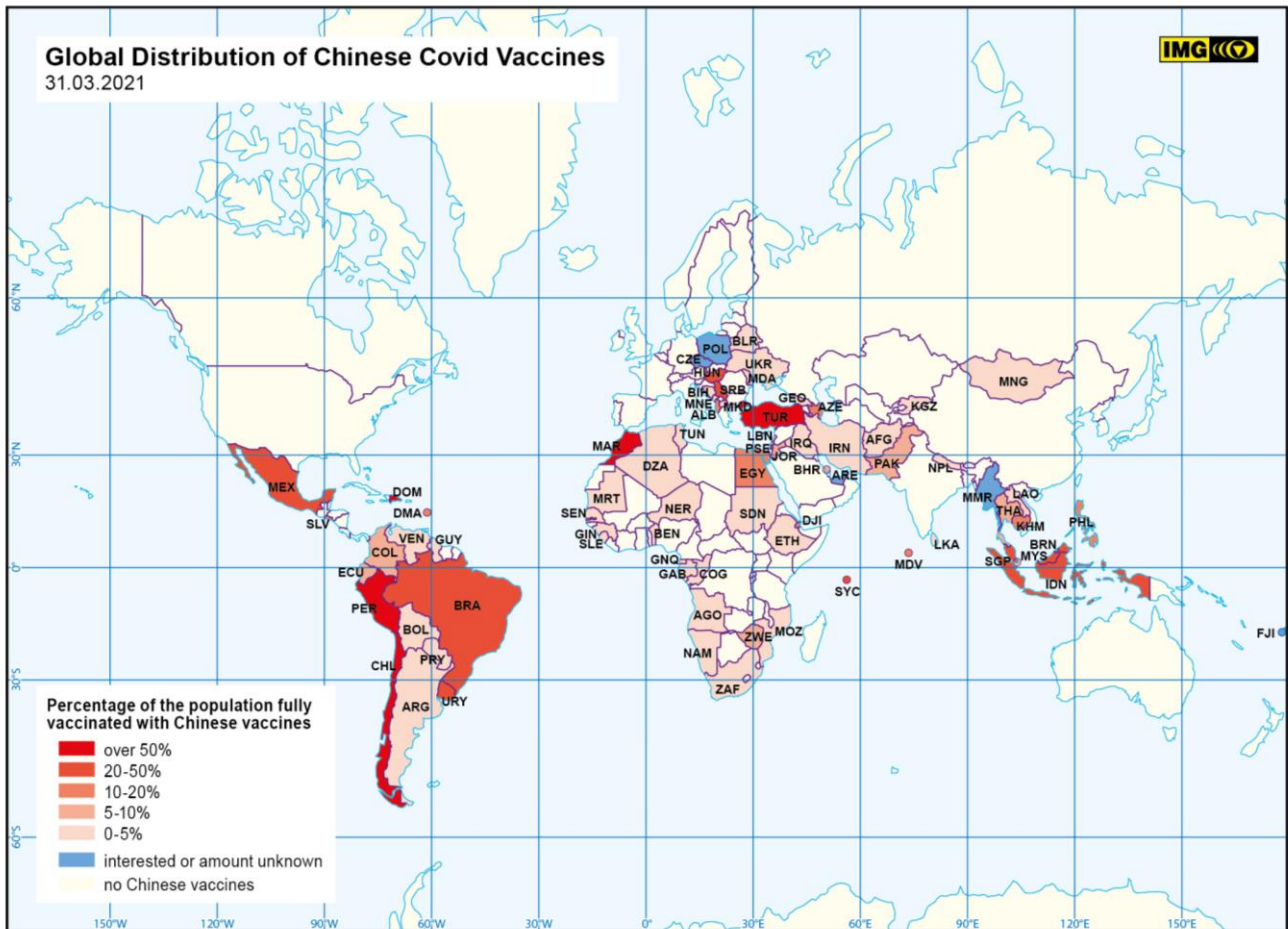
zu rivalisieren und die Entschlossenheit von Russland, unsere Demokratie zu beschädigen und zu stören“, entschlossen entgegen treten werde. Biden definiert einen Kampf zwischen dem demokratischen Westen und autoritär-undemokratischen Regimen. In seiner Vizepräsidentschaft unter US-Präsident Obama hatte er sich noch damit begnügen müssen, Krisenstaaten und Entwicklungsländer (erfolglos) unter dem Einsatz militärischer Gewalt zu demokratisieren.

Nunmehr besteht die Gefahr, dass er mit einer vergleichbaren Intention die Konfrontation mit den chinesisch-russischen Gegnern sucht. Dabei wird die bipolare Auseinandersetzung zwischen den USA und ihren Verbündeten einerseits und China und Russland andererseits deutlich sichtbar.



US-Präsident Joe Biden und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg beim NATO-Gipfel 2021 in Brüssel

Die Aufrechterhaltung der global-liberalen Werteordnung dient sowohl politisch-ideologischen als auch geostrategischen US-Interessen. Sie bindet die westlichen Verbündeten an die USA und garantiert diesen so die politische, wirtschaftliche und militärische Präsenz an ihren Gegenküsten und damit die Aufrechterhaltung ihrer globalen Dominanz. Joe Biden symbolisiert zwar die vermeintliche Renaissance des Multilateralismus, doch steht der US-amerikanische Führungsanspruch nicht zur Disposition. Bezeichnend für den Enthusiasmus, den dies bei den europäischen Partnern ausgelöst hat, sei die Aussage von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg nach dem Gipfel vom 14. Juni dieses Jahres erwähnt, der bereits von einem „neuen Kapitel“ für das Bündnis sprach. Gleichzeitig betonte er, dass die Allianz die US-amerikanische Zielsetzung, nicht nur Russland, sondern auch China als neue, alte Feinde zu betrachten, widerstandslos zur Kenntnis genommen hat. Stoltenberg betonte, dass die NATO geschlossen gegen Bedrohungen durch autoritäre Systeme wie Russland und China stehe und gemeinsam *„ihre Werte und Interessen verteidigen“* werde.



Status chinesischer Impfstofflieferungen Ende März 2021

Ringens um Einflussphären

Dieser aus chinesischer und russischer Perspektive westlichen Aggression stellen sich die autoritären Systeme zunehmend selbstbewusst entgegen. Dadurch ist auf globaler Ebene ein zunehmendes Ringen um Einflussphären zu beobachten. Die Initiative der letzten Jahre geht dabei eindeutig von China aus. Besonders deutlich wurde dies natürlich durch Chinas Seidenstraßen-Projekt, dem der Westen bisher nichts entgegensetzen konnte oder wollte. Auch in der COVID-Krise zeigte sich China als äußerst effizienter politisch-diplomatischer Akteur. Zahlreiche Staaten erhielten in der Krise Hilfe aus Beijing, unter anderem durch Impfstofflieferungen. Wenn auch die Masse der Lieferungen mehr symbolischen Wert hatten, unterstreichen sie dennoch das chinesische Selbstverständnis, globalen Einfluss auszuüben. Vollkommen konträr dazu war das westliche, insbesondere das US-amerikanische Handeln durch Exportverbote von im eigenen Land erzeugten Impfstoffen geprägt. Bei ihrem erstmaligen Zusammentreffen auf Ebene der Staats- und Regierungschefs nach dem Amtsantritt von US-

Präsident Biden beschlossen die G7 am 13. Juni dieses Jahres jedoch, den chinesischen Plänen eigene (natürlich klimaverträgliche) Infrastrukturprojekte sowie Impfstofflieferungen entgegenzustellen.

Abgesehen davon, dass sich der Westen auch diesbezüglich massiv in der Defensive befindet, ist davon auszugehen, dass vor allem Infrastrukturprojekte primär Hilfslieferungen in Verbindung mit politisch-moralischen Vorgaben sein werden. Schon in der Vergangenheit hat sich diesbezüglich der chinesische Ansatz, auch schwächeren Länder (zumindest scheinbar) als Partner auf Augenhöhe ohne moralische Anmaßungen zu begegnen, als erfolgreicher erwiesen. So ist China beispielsweise für viele afrikanische Staaten zu einem Hoffnungsträger geworden, da es nicht (nur) mit militärischer Präsenz und Entwicklungshilfe, sondern mit dringend benötigten Investitionen in Erscheinung tritt. Es wird interessant zu beobachten sein, ob der Westen unter der Führung seines neuen alten Hegemons die Priorität auf den Erhalt seiner Einflussphären oder die Aufrechterhaltung seiner politisch-moralischen Prinzipien legen wird.

Chinesisch-russische Achse

Woran sich in den nächsten Monaten und Jahren jedenfalls nichts ändern wird, ist die Herausforderung des Westens durch die chinesisch-russische Achse. US-Präsident Biden scheint dabei auch ein Garant dafür zu sein, dass sich diese Achse in den nächsten Jahren weiter verfestigen wird. Denn – unbeschadet aktueller Ereignisse und Maßnahmen – fühlen sich sowohl Russland als auch China durch eine postkoloniale und einseitige Beherrschung ihres geostrategischen Vorfeldes durch westliche Mächte herausgefordert. Aus dieser Sicht dient die scheinbare moralisch-ideologische Überlegenheit des demokratisch-liberalen Systems primär der Rechtfertigung des Westens für seine „geostrategische Einhegung“ der beiden gegnerischen Mächte. Aus einer machtpolitischen Perspektive ist es für den Westen jedenfalls ein Manko, dass China und Russland zusehend enger kooperieren und dem Westen potentiell immer geeinter gegenüberstehen.

Der strategische Fehler des Westens, Russland in diese russisch-chinesische Beziehung gedrängt zu haben, hat seine Ausgangspunkte bekanntlich bereits in vergangenen Jahrzehnten. Kosovo-, Georgien-, Libyen- oder Ukraine-Konflikt bargen alle einen Überlegenheitsanspruch des Westens in sich, welcher die strategischen Interessen Russlands ignoriert hat. Während der Versuch des Westens, Russland durch die Gewinnung neuer NATO- und EU-Mitglieder an seinen unmittelbaren Grenzen „einzuhengen“, (völker)rechtlich legitim und im Sinne eines offensiven geostrategischen Machtausbaus nachvollziehbar ist, stärkt eine solche Politik fast zwangsläufig eine Gegnerschaft der betroffenen Macht. Als Konsequenz befindet sich nicht nur das US-amerikanisch-russische Verhältnis in einer Krise, sondern haben die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen generell einen absoluten Tiefpunkt erreicht, welcher nur noch mit dem „Kalten Krieg“ verglichen werden kann. Ob der Versuch des ehemaligen US-Präsidenten Trump, dem gegenzusteuern und die Beziehungen mit Russland auf eine neue Grundlage zu stellen, überhaupt möglich gewesen wäre, ist schwer zu bewerten. Der Ansatz wurde jedenfalls vom „sicherheitspolitischen Establishment“ der USA verhindert. In seltener Einigkeit untergruben Demokraten und Republikaner jegliche Ansätze einer solchen Politik. Joe Biden als Teil dieses Establishments kultiviert alte und neue Feindbilder nunmehr wieder wie gewohnt.

Sowohl Russland als auch China haben jedoch in den vergangenen Monaten bewiesen, dass ihre politische und militärische Macht nicht unterschätzt werden sollte. Beide Staaten sind zwar im Vergleich zum permanent Macht projizierenden Westen weiterhin grundsätzlich als defensiv zu betrachten, jedoch wird diese defensive Ausrichtung im unmittelbaren eigenen strategischen Umfeld zunehmend offensiver.

Russland zieht aus dem westlichen Verhalten offensichtlich den Schluss, dass der Westen Phasen russischer strategischer Schwäche zum Ausbau seiner eigenen Macht genutzt hat und Russland gegenüber nicht partnerschaftlich handelt. Deshalb ist Russland bereit und zumindest begrenzt auch in der Lage, militärisch wirksam zu werden. So hat es in Georgien und der Ukraine bereits in der Vergangenheit bewiesen, dass es fähig ist, seine unmittelbare regionale Einflussphäre notfalls militärisch abzusichern. Der erfolgreiche Einsatz in Syrien gegen durch den Westen unterstützte islamistische Rebellen war zwar keinesfalls eine Bestätigung, gegen eine westliche Militärmacht zu bestehen, hat aber die Fähigkeit eigener – begrenzter – Machtprojektion bewiesen. Das Russland die Fähigkeit besitzt, konventionelle Streitkräfte rasch einzusetzen, hat es zuletzt im Frühjahr dieses Jahres durch die Verlegung zahlreicher Truppenverbände an seine Westgrenze demonstriert. Und seine Befähigung zur Cyber-Kriegsführung scheint zuletzt schon mehr als eine permanente Drohgebärde zu sein. Dadurch stellt Russland für den Westen und insbesondere Europa aktuell und in absehbarer Zukunft eine permanente Bedrohung dar.



Gefechtsschießen im Zuge der Verlegung russischer Truppenverbände in seine westlichen Regionen im April 2021

China wiederum baut vor allem seine militärische Machtposition im Chinesischen Meer weiter aus und modernisiert kontinuierlich seine Streitkräfte. Gleichzeitig weitet es seine strategische Präsenz an seinen zentralen Handelsrouten, aber auch im globalen Süden fortwährend aus. Damit bedroht China nicht nur seine Nachbarstaaten, sondern auch die mit militärischen Kräften untermauerte strategische Präsenz der USA. China selbst betrachtet diese US-Präsenz als postkoloniale Bedrohung seiner Unabhängigkeit. Eine Änderung des für China unbefriedigenden Status quo durch Einsatz militärischer Gewalt ist auf Grund der noch vorhandenen militärischen Unterlegenheit in den nächsten Jahren nicht zu erwarten; die militärische Bedrohung für die USA und seine Verbündeten wird aber kontinuierlich zunehmen.

Auch wenn die chinesisch-russische Achse vorerst als fragil und grundsätzlich auch militärisch und strategisch unterlegen betrachtet werden muss, stellt ein konzertiertes Vorgehen der beiden Partner die größte Gefahr für den Westen dar. Dennoch ist eine direkte militärische Konfrontation selbst bei einer (aus russisch-chinesischer Sicht verstandenen) Steigerung westlicher Aggression auszuschließen. Wohl aber ist in einem solchen Fall eine verdeckte hybride Kriegführung denkbar. Eine solche ist in Teilen und einzelnen Komponenten bereits aktuell sichtbar, doch wurden Cyber-Attacken, die Beeinflussung westlicher Politiker und Institutionen, die Unterstützung anti-westlicher Gruppierungen in Krisenräumen und andere verdeckte Instrumente bisher nicht koordiniert eingesetzt.

Transatlantische Arbeitsteilung?

Auf Grund der wachsenden Stärke Chinas werden die USA ihren Fokus und ihre Machtdisposition weiter nach Asien verlagern. Europa und seine Peripherie werden daher im Sinne westlicher Arbeitsteilung zwangsläufig primär in den Verantwortungsbereich der europäischen Verbündeten fallen. Inwieweit dafür eine reale und nicht nur nominelle europäische Autonomie von Nöten sein wird, ist durchaus umstritten. Eine massive Unterstützung Europas durch die USA ist bei singulären Konflikten weiterhin nicht in Frage gestellt. Bei einem gleichzeitigen Wirksamwerden verschiedener Krisen stellt sich die Lage jedoch differenzierter dar. Die USA sehen sich schon aktuell nicht mehr in der Lage, auf zwei größeren Kriegsschauplätzen gleichzeitig erfolgreich zu sein (dies war die Prämisse für die US-amerikanische Politik nach Ende des „Kalten Krieges“). Bei einer parallelen kriegesischen Auseinandersetzung des Westens mit Russland und China müsste daher der europäische Teil der NATO in der Lage sein, Russland militärisch erfolgreich zu begegnen. Ohne die USA aber erscheinen die europäischen Partner derzeit gesamtstrategisch und militärisch führungslos und höchstwahrscheinlich militärisch handlungsunfähig.

Die Trump-Administration hatte die Erfolgsaussichten einer eigenständigen europäischen militärischen Verteidigung bekanntlich nicht sehr hoch eingeschätzt, was angesichts der mangelnden Vorkehrungen zahlreicher europäischer Partner wenig überraschen konnte. Vor diesem Hintergrund ist die sogenannte 2%-Diskussion zu sehen – die Forderung nach der Erhöhung der Verteidigungsbudgets auf 2% des BIPs. Seitens der USA von verschiedenen „Unhöflichkeiten“ Trumps begleitet, verstärkte dies die Anti-Trump-Rhetorik in Europa. Die folgende innereuropäische Diskussion über eine sicherheitspolitische und strategische europäische Autonomie zielte zwar in Teilen in die richtige Richtung, offenbarte aber vor allem die Bedeutung des US-amerikanischen Hegemons für Europa. Dass es in den vergangenen Jahren doch zu

Erhöhungen einzelner nationaler Verteidigungsbudgets in Europa kam, war wohl auch ein faktischer Erfolg des politischen Drucks Trumps, ging aber auf Kosten zeitweiliger emotionaler und teilweise auch diplomatischer Disruptionen. Kritisch ist gleichzeitig anzumerken, dass die Vorgänger-Administration Obama zwar wesentlich harmonischere Beziehungen gepflegt hatte, jedoch beim gleichen Ziel – die europäischen Verteidigungsausgaben auf das gemeinsam festgesetzte 2%-Ziel zu heben – vollkommen gescheitert war. Es wird nunmehr interessant zu beobachten sein, wie sich die neue Harmonie zwischen Europa und den USA auf die ernsthaften Fakten der Verteidigungsbemühungen auswirken werden. Auch wenn eine diesbezügliche Prognose nicht einfach ist, kann grundsätzlich auf Grund des zu erwartenden geringeren Drucks der USA eher von einer Reduktion europäischer Bemühungen ausgegangen werden. Zwei zentrale externe Faktoren werden es aber schwierig machen, die Veränderungen der budgetären Entwicklungen klar den veränderten transatlantischen Beziehungen zuzuordnen. Einerseits werden die finanziellen Konsequenzen der Corona-Krise den Druck auf zukünftige Verteidigungsbudgets erhöhen. Andererseits könnten potentielle weitere negative Entwicklungen in den Beziehungen zwischen Russland und der EU letztere zu erhöhten Verteidigungsbudgets animieren.

Strategische Autonomie Europas

Vor allem Frankreichs Präsident Macron hat in den letzten Jahren vergeblich versucht, die Risse in der transatlantischen Partnerschaft dazu zu nutzen, die europäische strategische Autonomie zu forcieren. Einerseits entspricht diese Intention traditionellen französischen Ambitionen, die US-amerikanische Dominanz „abzuschütteln“, andererseits der eigenen nationalen Schwäche und der daraus resultierenden Absicht, die europäischen Partner stärker für französische Interessen zu instrumentalisieren. Frankreich nutzt Europa immer wieder geschickt für seine nationalen Interessen unter der Prämisse, dass diese Interessen auch europäische wären. Frankreich ist mit seinen traditionellen militärischen Aufgabenstellungen (innen)politisch überfordert und seine Kräfte sind weit überdehnt. Zudem hat es hohe finanzielle Aufwendungen für den Erhalt seiner Nuklearwaffen aufzubringen – und diese stellen immerhin die ultima ratio der EU-Verteidigung dar, auch wenn dies nicht alle EU-Mitgliedsstaaten so sehen. Das alles bringt Frankreich militärisch und strategisch an den Rand eines sicherheitspolitischen „Burnouts“.

Nachdem Frankreich schon vor Jahren erkennen musste, dass es beispielsweise seine postkolonialen Ziele in Afrika nicht mehr alleine verfolgen kann, übernahmen EU-Operationen und Missionen Teile dieser Aufgaben. Frankreich schafft es dabei sehr

geschickt, Kosten solcher Einsätze zu europäisieren oder zu internationalisieren und dennoch die Kontrolle über diese zu bewahren. Anzumerken ist jedoch natürlich, dass Frankreich auf Grund seiner Erfahrungen und dauerhaften Präsenz vor Ort erkannt hat, dass zahlreiche Staaten in Afrika ohne solche Stabilisierungsmaßnahmen scheitern könnten. „Failed states“ hätten aber massive Konsequenzen für die Sicherheit Europas. Zudem ist Frankreich überzeugt, dass es sowohl in seinem nationalen als auch im europäischen Interesse ist, unter allen Umständen zu verhindern, dass Islamisten/Terroristen oder islamistische Regime die Kontrolle über essentielle Rohstoffe erlangen.

Beispielhaft für die Übertragung französischer zu europäischen Aufgaben ist die internationale Präsenz in Mali. Aktuell ruht diese auf drei Säulen: Erstens ist dies die Mission multidimensionnelle intégrée des Nations Unies pour la stabilisation au Mali (MINUSMA) der UNO mit insgesamt über 18.000 Personen (davon über 12.000 Soldaten, vorwiegend aus afrikanischen Staaten) und finanziert durch die UNO. Zweitens die European Union Training Mission Mali (EUTM Mali) mit etwa 1.000 europäischen Soldaten, finanziert von der EU bzw. den einzelnen europäischen Teilnahmestaaten. Die dritte Säule des internationalen militärischen Engagements in dieser Krisenregion ist die französische Opération Barkhane, die Nachfolgemission der 2013/14 durchgeführten Opération Serval, welche eine Machtübernahme in Mali durch militante Islamisten verhinderte.



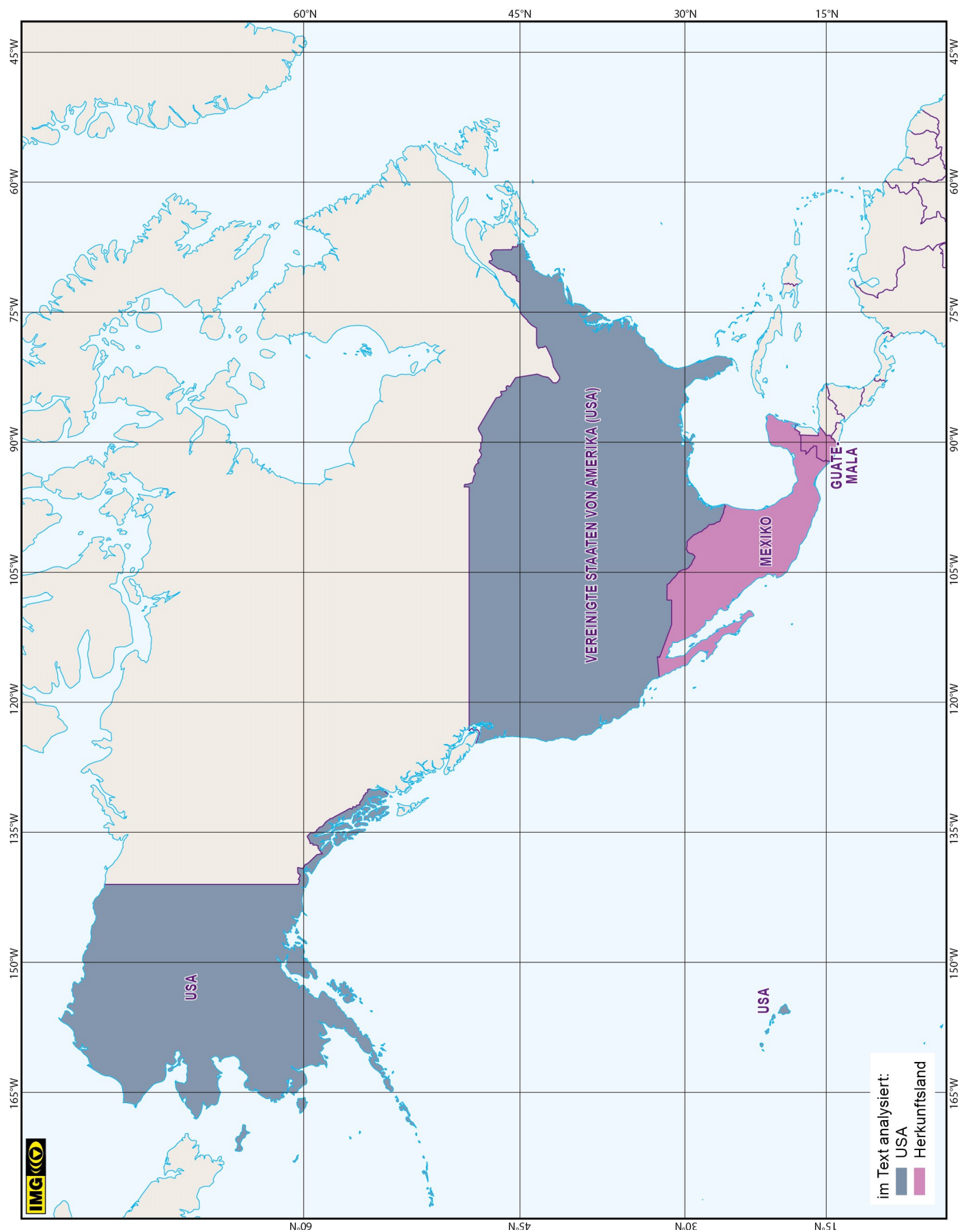
Französischer Soldat der Operation Barkhan über dem Stützpunkt Madama in der Zentralsahara, im Nordosten des Nigers. Von Madama aus kann der grenzüberschreitende Verkehr von und nach Libyen kontrolliert werden.

Opération Barkhane erstreckt sich dabei neben Mali über die Sahel-Staaten und ehemaligen französischen Kolonien Burkina Faso, Tschad, Mauretanien und Niger. Diese Operation wird primär von französischen Soldaten durchgeführt und aus dem französischen Budget finanziert. Sie stellte bisher den militärischen Kern aller internationalen Bemühungen dar. Auch wenn

MINUSMA und EUTM Mali formell nicht unter einem französischen Kommando stehen, so ist ihre strategische Ausrichtung faktisch von Frankreich bestimmt. Die jährlichen Kosten von etwa 700 Millionen Euro für Opération Barkhane, die Überdehnung französischer Kräfte und die relativ hohen Opferzahlen, welche den Einsatz auch in Frankreich zunehmend unpopulär machten, führten aber dazu, dass Frankreich auch diesen Teil seines Engagements in Mali internationalisieren will. Die aktuellen Auseinandersetzungen mit den Putsch-Machthabern Malis sind dabei nur der willkommene Anlass, um diese Pläne zu forcieren. Frankreichs eigenes Engagement soll reduziert und durch eine internationale Struktur abgelöst werden. Ob dies durch die Task Force Takuba – den 2020 beschlossenen Verband europäischer Staaten zur Unterstützung der Opération Barkhane – oder durch eine andere organisatorische Struktur erfolgt, ist dabei nebensächlich. Zentral ist, dass die finanziellen und personellen Bürden für Frankreich reduziert werden, ohne die strategische Zielsetzung und die zumindest informelle Führungsrolle Frankreichs zu gefährden. Es ist anzunehmen, dass Frankreich dies auch gelingen wird. Tatsächlich hat Frankreich die größte Expertise in Afrika und ist daher auch prädestiniert, eine dominante Rolle zu spielen.

In diesem Sinne wird Frankreich weiter auf eine europäische Autonomie pochen und in diesem Rahmen europäische Sicherheitspolitik, Strategie und Finanzen in erheblichem Umfang Richtung Süden und somit auch Richtung französischer Interessen ausrichten. Dieser Zielsetzung stellen sich jedoch vor allem osteuropäische Staaten und die sogenannten europäischen Atlantiker entgegen. Die gemeinsame Zielsetzung dieser Staaten ist es, die USA weiterhin eng an Europa zu koppeln und keine Handlungsspielräume für eine Verringerung des US-amerikanischen Engagements zu ermöglichen. Die meisten osteuropäischen Staaten legen überdies großen Wert darauf, dass Europa und die NATO weiterhin auf die russische Bedrohung fokussiert bleiben. Die Atlantiker haben überdies verschiedene ergänzende (nationale) Interessen, welche ein starkes transatlantisches Bündnis als zentralen Wert sehen. Eine starke Rolle der USA ziehen diese Staaten zumeist auch einer stärkeren Rolle der europäischen Großmächte – insbesondere Deutschlands und Frankreichs – vor. Gemeinsam ist all diesen Akteuren jedenfalls, dass sie nicht ausschließlich einer europäischen Solidarität vertrauen wollen. Insgesamt ist daher eine ernsthafte europäische Autonomie nicht zu erwarten. Der Druck auf die europäischen NATO-Partner, einen massiveren und effektiveren Mittelaufwand zu realisieren, wird jedoch nicht abnehmen.

Herwig Jedlaucnik



Hauptherkunftsländer der illegalen US-Immigration

Die westliche Welt ...

Strategische Positionierung der USA unter Präsident Joe Biden

Die strategische Lage der internationalen Beziehungen zu Jahresmitte 2021 wurde maßgeblich von den Veränderungen in der US-Administration nach der Angelobung von Joseph „Joe“ Robinette Biden, Jr., als 46. Präsident der USA am 20. Jänner 2021 beeinflusst. Ziel des neuen Präsidenten war es, nicht nur infolge der gesellschaftspolitischen Zerwürfnisse während des Wahlkampfes und insbesondere nach der „Erstürmung des Kapitols“ am 6. Jänner 2021 durch Anhänger seines Amtsvorgängers, Donald Trump, die Spannungen im Inland zu überwinden, sondern auch die außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung der USA neu zu gestalten. Die detaillierteren Ereignisse, welche „das zerrissene Land“ genauer beschreiben, wurden bereits in der Ausgabe der „Strategischen Lage“ 1/2021 von Felix Schneider präzise dargelegt. Vor diesem Hintergrund stand Joe Biden sowohl vor innen- als auch außenpolitischen Herausforderungen, die es hinsichtlich der günstigen Kräfteverhältnisse für die Demokraten im Kongress im Berichtszeitraum zu bewältigen galt. Daher wird zunächst auf die innenpolitischen Maßnahmen einzugehen sein, bevor die zentralen Schwerpunkte der US-Außen- und Sicherheitspolitik erörtert werden.

Erste politische Akzente

In seiner Angelobungsrede betonte der neue US-Präsident, dass sich die Demokratie durchgesetzt hatte, und erließ bereits am ersten Tag insgesamt 17 Verordnungen, um eine deutliche Änderung seiner Politik gegenüber jener des Vorgängers sichtbar zu machen. Zu den ersten Amtshandlungen gehörten unter anderem der Stopp des Mauerbaues an der Grenze zu Mexiko, um illegale Einwanderer aufzuhalten, die Aufhebung von Einreisebeschränkungen gegenüber bestimmten muslimischen Staaten, Widerruf einer Kommission zur Förderung von patriotischer Bildung und demgegenüber die Betonung von Antirassismus-Maßnahmen, der Wiederbeitritt zum Pariser Klimaabkommen sowie der Stopp des Austrittsverfahrens aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Wesentliche Maßnahmen im „*Kampf um die Seele der Nation*“, so wie ihn Biden deklariert hatte, betrafen die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie, Stärkung der Wirtschaft und eine humanere Migrationspolitik. Auch in den Außenbeziehungen wollte er den Führungsanspruch der USA als Demokratie behaupten.

Bekämpfung der Covid-19-Pandemie

Die USA waren auch aufgrund von zu spät eingeleiteten Gegenmaßnahmen seitens der US-Regierung unter Trump eines der weltweit am meisten von der COVID-19-Pandemie betroffenen Länder. Seit dem Ausbruch der COVID-19-Krise bis Jänner 2021 sind rund 400.000 Menschen an oder mit dem Corona-Virus in den USA gestorben. Mit Stand vom 7. Juni haben sich in den USA insgesamt 33,3 Mio. Menschen mit der Lungenkrankheit infiziert, wobei der bevölkerungsreichste Bundesstaat Kalifornien mit rund 3,8 Mio. Erkrankungen die meisten Infektionen aufwies. Generell wurden die unter der neuen US-Administration von Präsident Biden eingeleiteten Anti-Corona-Vorkehrungen als Erfolg gewertet, obwohl er hier Großteils auf die Maßnahmen der vorigen Administration aufbauen konnte. Insbesondere wurden die Impfmaßnahmen intensiviert, so dass Anfang Mai 2021 bereits rund 250 Mio. Impfdosen gegen Corona verabreicht und 108 Mio. Menschen vollständig immunisiert wurden. Diese hohe Rate an Impfungen wurde beibehalten und mit Stand vom 11. Juni erhielten 51,66% der Bevölkerung eine Erstimpfung; 42,49% waren bereits zweimal geimpft. Mit Stand Mitte Juni zog Präsident Biden eine vorläufige Bilanz und sprach von einer Tragödie angesichts von bereits 600.000 wegen Corona verstorbenen Menschen.

Wirtschaftlicher Aufbau

Eine zentrale Maßnahme der neuen US-Regierung ist die Implementierung eines umfassenden wirtschaftlichen Wiederaufbauplans, der zusammen mit dem hohen Impftempo rasch zu einem wirtschaftlichen Aufschwung führen soll. Das Wirtschaftswachstum soll mit einem 1,9 Billionen schweren „COVID-19 Stimulus Package“, dem sogenannten „American Rescue Plan“, der am 11. März 2021 von Biden unterzeichnet wurde, bewerkstelligt werden. Diese Maßnahmen sehen unter anderem Direktzahlungen an Menschen (1.400 USD pro Person) vor sowie Unterstützungen für Arbeitslose und Kredite für Klein- und Mittelbetriebe. Für das Jahr 2021 wird ein Wirtschaftswachstum in der Höhe von 4,5% oder gar von bis zu 8,1% des BIP (Morgan Stanley) erwartet. Das politische Hauptaugenmerk der Biden-Regierung ist zweifellos auf die Revitalisierung der Wirtschaft ausgerichtet. So präsentierte Biden am 28. Mai die zentralen Parameter des insgesamt 6 Billionen US-Dollar umfassenden Haushaltsplans für das Jahr 2022. Trotz Ablehnung durch die Republikaner haben im Juni 68% der US-Amerikaner die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der neuen Administration begrüßt. Mit diesem Vorhaben konnte eine weitere Polarisierung der Gesellschaft nach Bidens Amtsübernahme (zumindest vorläufig) verhindert und auch die Wählerschicht von Trump etwas besänftigt werden.

Illegale Migration im Kontext der multikulturellen Gesellschaft

Zu einem Konfliktfall zwischen der neuen US-Administration und den in beiden Kammern des Kongresses, dem Senat und dem Repräsentantenhaus, in der Minderheit befindlichen Republikanern entwickelte sich die Migrationspolitik, was mit dem Stopp des Mauerbaues zu Mexiko, des Prestigeprojekts von Trump, direkt zusammenhängt. Der Stopp der Errichtung einer Mauer zu Mexiko, die Zusammenführung von illegal eingereisten Eltern mit ihren Kindern und die Ankündigung, eine mildere Einwanderungspolitik praktizieren zu wollen, lösten prompt eine neue Migrationswelle in Lateinamerika aus. Gerade diese unter Joe Biden eingesetzten Migrationsbewegungen führten im Berichtszeitraum zu einem erheblichen Druck an der US-Außengrenze und somit vermehrt zu illegalen Grenzübertritten, vor allem nach Texas. Allein im Monat März sind ca. rund 170.000 illegale Migranten an der Grenze zwischen Mexiko und den USA aufgegriffen worden und im April habe sich die Situation auf einem hohen Niveau „stabilisiert“. Laut offiziellen Angaben sind seit Bidens Amtsantritt bis Anfang Mai allein rund 22.500 Kinder und Jugendliche ohne Eltern in die USA gekommen. Generell haben im April US-weit nur 37% der Bevölkerung die neue liberale Migrationspolitik befürwortet, obwohl über 50% der Befragten mit dem neuen Präsidenten zufrieden waren. Basierend auf diesen Daten und der sich seit Bidens Amtsantritt deutlich verschärfenden Migrationssituation an der mexikanischen Grenze sah sich die neue US-Administration dermaßen unter Zugzwang gesetzt, dass Vizepräsidentin Kamala Harris Anfang Juni nach Mexiko und Guatemala reiste und öffentlich die Menschen von dort aus aufrief, nicht in die USA zu kommen. Da sich die Lebensverhältnisse in vielen lateinamerikanischen Staaten weiterhin verschlechtern dürften, wird sowohl der politische als auch der öffentliche Druck auf die Administration von Biden im Zusammenhang der Regelung der Migration weiter steigen, was wiederum von den Republikanern im politischen Wettbewerb genutzt werden wird.

Außen- und Sicherheitspolitik

Neben den innenpolitischen Neugestaltungen standen Änderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik im Vordergrund der neuen US-Administration. Zentrale Themen waren von Anfang an die Definierung der Beziehungen der USA zu den geopolitischen Rivalen China und Russland, aber auch die Erneuerung des transatlantischen Verhältnisses und somit die angekündigte Verbesserung der Zusammenarbeit mit der EU und den einzelnen europäischen Partnern. Zudem sollte das Verhältnis zu Israel neugestaltet und

das Iran-Abkommen erneuert werden. Während Biden für die künftige Lösung des Konfliktes in Israel eine Zweistaaten-Lösung vorsieht, will die US-Regierung mit dem Iran im Rahmen des von Trump suspendierten Atomabkommens wieder zusammenarbeiten. Der Fokus in dieser ersten Phase der neuen US-Administration lag jedoch eindeutig auf den Herausforderungen im indopazifischen Raum sowie auf den transatlantischen Beziehungen im Zusammenhang mit der Bedrohung durch Russland.

Strategischer Überbau

Die bereits während des Wahlkampfes in groben Zügen vorgestellte künftige Ausrichtung der Außenbeziehungen und Sicherheitspolitik der USA wurde im März in der Interimistischen Nationalen Sicherheitsstrategie (INSS) konkretisiert. So heißt es unmissverständlich in der INSS: *“Today, more than ever, America’s fate is inextricably linked to events beyond our shores. We confront a global pandemic, a crushing economic downturn, a crisis of racial justice, and a deepening climate emergency. We face a world of rising nationalism, receding democracy, growing rivalry with China, Russia, and other authoritarian states, and a technological revolution that is reshaping every aspect of our lives.”* Demnach stehen künftig im sicherheitspolitischen Kontext unterschiedliche Themen im Vordergrund:

- Gerechtigkeit im interethnischen Zusammenleben,
- Klimatische Notlagen,
- Vorgehen gegen Nationalismus und gegen die Schwächung der Demokratie,
- wachsende Rivalität mit China und Russland und anderen autoritären Staaten,
- technologische Revolution.

Es erscheint zwar nicht verwunderlich, aber dennoch bemerkenswert, dass in der vorläufigen Sicherheitsstrategie die Ereignisse vor Bidens Amtsperiode aufgegriffen und das Thema „racial justice“ sicherheitspolitisch zu einem Schwerpunkt wurde. Auch die am 15. Juni 2021 vorgelegte „National Strategy for Countering Domestic Terrorism“ muss diesbezüglich im Kontext der Ereignisse des Jahres 2020 betrachtet werden. In dieser Strategie wird hervorgehoben, dass die größte Gefahr im Inneren von rassistisch und weltanschaulich motivierten Extremisten ausgehe.

Wesentliche Änderungen gab es auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Bereits früh wurde ersichtlich, dass die Fokussierung des Weißen Hauses auf die Stärkung der Demokratie mit einer entsprechenden konsequenten Positionierung auf internationaler Ebene einhergehen wird. Somit dürfte künftig die Demokratie als „Themenblock“ mit entsprechenden sicherheitspolitischen Attributen im Kontext der inneren und äußeren Dimension von Sicherheit behandelt werden. Dazu heißt es in der INSS

konkret: *“At a time when the need for American engagement and international cooperation is greater than ever, however, democracies across the globe, including our own, are increasingly under siege. (...) Democratic nations are also increasingly challenged from outside by antagonistic authoritarian powers.”* In wie weit sich die USA realpolitisch auch in der praktischen Umsetzung von demokratiepolitischen Überlegungen leiten lassen werden, bleibt offen. Allerdings ist klar, dass die Betonung auf Demokratie in den Außenbeziehungen wesentlich an die polarisierte Gesellschaft der „Post-Trump-Ära“ im Inneren der USA gerichtet ist, da es aus Sicht der neuen Administration gilt, die Demokratie im Eigenen Land wieder herzustellen und stärken.

Deutlich zum Ausdruck kamen die einzelnen realpolitischen Schwerpunkte der Außen- und Sicherheitspolitik beim erstmaligen Besuch von US-Präsident Joe Biden in Europa, wo sich die USA, auf wenige Tage konzentriert, als „erneuerte“ globale Führungsmacht unter der neuen US-Administration präsentierten. Der von den Medien als „Bidens Europawoche“ vom 11. bis 16. Juni bezeichnete Aufenthalt des US-Präsidenten schloss Tagungen in den wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsgremien des Westens ein. Dadurch wurden strategische Weichenstellungen für die weiteren internationalen Beziehungen gestellt und somit die „orientierungsgebenden Handlungslinien“ des Westens im Allgemeinen und jene der USA im Besonderen vorgegeben.

G7-Gipfel

Am G7-Gipfel (11.-13. Juni) der Industrienationen USA, Kanada, Deutschland, Italien, Frankreich, UK und Japan in Cornwall (Südengland) nahmen auch Australien, Indien, Südafrika und Südkorea als Gäste teil. Das Ziel der USA bestand bei diesem Treffen darin, die globale Führungsmacht der USA wieder zu stärken; somit stand die Abgrenzung gegenüber den geopolitischen Hauptrivalen China und Russland im Vordergrund. Wie erwartet wurden bei diesem G7-Gipfel weitreichende Maßnahmen verlautbart. So wurden die Auslieferung von 2,3 Mrd. Impfdosen an ärmere Länder sowie konkrete Aktivitäten gegen die Klimaerwärmung beschlossen. Auch die Einführung einer 15-prozentigen globalen Mindeststeuer wurde auf Vorschlag der USA beim G7-Gipfel angenommen. Neben diesen zentralen Entscheidungen stand das von den USA vorangetriebene Hauptthema – das einheitliche Vorgehen des Westens gegen China unter US-Führung – an der obersten Stelle der politischen Agenda.

Schon vor Gipfelbeginn äußerten sich Kritiker dahingehend, dass es den USA beim G7-Treffen eigentlich nur um eine „Anti-China-Allianz“ gehe.

Beschlossen wurde tatsächlich ein von den USA initiiertes strategischer Infrastrukturplan, der das Gegengewicht zu der von China betriebenen Seidenstraße darstellen soll. Eine eigens beim G7-Treffen beschlossene „Task Force“ soll die vom Westen konzipierte „Alternativ-Initiative“ zur chinesischen Seidenstraße implementieren. Laut US-Vertretern sollen „hunderte Milliarden Dollar“ an „öffentlichen und privaten Geldern“ für Investitionen in Entwicklungsländer bereitgestellt werden. Deutschlands scheidende Bundeskanzlerin Angela Merkel kündigte an, dass bereits beim nächsten G7-Gipfel unter deutscher Präsidentschaft im Jahr 2022 erste konkrete Maßnahmen vorgestellt würden.

Insgesamt wurde der am 13. Juni zu Ende gegangene Gipfel als großer Erfolg gewertet und die USA im Rahmen der G7-Runde wieder als vertrauenswürdiger internationaler Partner anerkannt. Kritiker meinten jedoch, dass die Kluft zwischen Ankündigung und realer Umsetzung noch nie so groß war wie bei diesem Treffen. Ob und in wie weit die beschlossenen Maßnahmen umgesetzt werden, wird auch an den USA als Führungsmacht liegen. Jedenfalls wurde deutlich, dass Joe Biden, anders als sein Vorgänger, unterschiedliche internationale Foren in seinem Interesse zu nutzen beabsichtigt.

NATO-Gipfel

Beim NATO-Gipfel am 14. Juni ging es um einen Neuanfang nach der Ära von Donald Trump sowie um entsprechende zukunftsweisende sicherheits- und verteidigungspolitische Vorgaben der Allianz. Erwartungsgemäß hat sich Biden bedingungslos hinter die NATO und somit hinter die Beistandspflicht des Artikels 5 des NATO-Vertrages gestellt, er bezeichnete die Beistandsverpflichtungen sogar als „heilig“. Der genaue Wortwahl lautete: *„And I made a point to make clear that the U.S. commitment to Article 5 of the NATO Treaty is rock solid and unshakable. It's a sacred commitment.“* Somit wurde endgültig und öffentlichkeitswirksam eine deutliche Abkehr von der Politik seines Vorgängers vollzogen, der die NATO zwischenzeitlich sogar als obsolet bezeichnet hatte. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg kommentiert den Gipfel in Brüssel und die neue US-Politik mit den Worten: *„Heute werden wir ein neues Kapitel in den transatlantischen Beziehungen eröffnen.“* Im Fokus des NATO-Gipfels stand die zu erörternde strategische Ausrichtung des Bündnisses, die konzeptuell unter dem Schlagwort „Nato 2030“ im Sinne von umfassenden „Reform- und Anpassungsmaßnahmen“ zusammengefasst wurde und zeitnah weiter konkretisiert werden soll. Eine konzeptuell-strategische Neupositionierung, die auf der Agenda „NATO 2030“ entstehen soll, wurde deshalb dringend erforderlich, weil im noch gültigen „Neuen

Strategischen Konzept“ (NSK) des Jahres 2010 z.B. China mit keinem Wort erwähnt wird. Auch Russland wurde von der NATO nicht in jenem Ausmaß als Bedrohung wahrgenommen, die es seit der Annexion der Krim 2014 darstellt. In der Agenda „Nato 2030“ werden sowohl Russland als auch China als Akteure der „systemischen Rivalität“ bezeichnet, die entsprechende Vorkehrungsmaßnahmen erforderlich machen: *„NATO must adapt to meet the needs of a more demanding strategic environment marked by the return of systemic rivalry, [a] persistently aggressive Russia, [and] the rise of China.“* Allerdings wurde im Abschlusskommuniqué des NATO-Gipfels selbst China nicht als „Rivale“ bezeichnet, hingegen wurden *„Russland und Terrorismus als ihre größten unmittelbaren Bedrohungen“* genannt. Bezüglich der Stellung von China sagte NATO-Generalsekretär Stoltenberg in einem Spiegel-Interview, dass die Allianz *„China nicht als Widersacher oder als Feind“* ansähe. Aber, so führte er weiter aus, *„der Aufstieg des Landes ist die größte Sicherheitsherausforderung unserer Zeit.“* Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass der Gipfel sowohl in den USA als auch von den anderen 29 NATO-Mitgliedern als Erfolg gewertet wurde, weil die euroatlantische Achse gestärkt hervorgeht. Somit haben die USA aus der Sicht der Allianz das Vertrauen der europäischen Partner wieder zurückgewonnen.

Als Reaktion auf das Treffen reagierte China mit Kritik und äußerte sich via eigener Vertretung bei der EU: *„Wir werden niemanden vor eine 'systemische Herausforderung' stellen, aber wenn uns jemand vor eine 'systemische Herausforderung' stellen möchte, werden wir nicht gleichgültig bleiben.“* Als Zeichen einer deutlichen Machtdemonstration gegen die NATO wurde am 15. Juni – also einem Tag nach dem NATO-Gipfel – eine massive Luftraumverletzung Taiwans durch chinesische Kampfflugzeuge registriert. Experten waren aufgrund des massiven Einsatzes von insgesamt 28 Flugzeugen überrascht und sahen darin ein klares Signal Pekings an die NATO. Da vor allem Deutschland unter Bundeskanzlerin Merkel einmahlte, in China auch einen wirtschaftlichen Partner zu sehen, dürften künftige „Richtungsstreitigkeiten“ innerhalb der Allianz etwas deutlicher ausgeprägt sein. Die USA werden daher vermutlich verstärkt versuchen, die europäischen Partner gegen China zu mobilisieren. Die Stoßrichtung wurde jedenfalls beim NATO-Gipfel vorgegeben.

EU-USA-Gipfel

Im Vorfeld des Meetings des US-Präsidenten mit den höchsten politischen Entscheidungsträgern der EU am 15. Juni äußerten Ratspräsident Charles Michel und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hohe Erwartungen an die künftige Zusammenarbeit. Grundsätzlich war die Stimmung herzlich und somit wurde ein deutlicher Unterschied zum Vorgänger

Trump bemerkbar, wodurch der Außenwelt bei den erzielten Vereinbarkeiten eine Partnerschaft auf Augenhöhe – trotz einiger Differenzen – kommuniziert wurde. Im Mittelpunkt standen die Themen Klimaschutz, Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie, die wirtschaftlichen Entwicklungen und die generelle geopolitische Situation. Trotz der deutlichen Verbesserung der Beziehungen sind einige strittige Punkte offen geblieben. Als wichtiger Durchbruch in den USA-EU-Beziehungen wurde das Aussetzen von Strafzöllen für fünf Jahre gewertet, die unter Trump gegenseitig aufgrund „illegaler Subventionen“ für die Flugzeugbauer Airbus und Boeing erlassen wurden. Einigungen konnten auch in den Bereichen Handel und Technologie, Maßnahmen gegen COVID-19 und beim Klimaschutz erzielt werden. Weiterhin ungelöst blieben die Strafzölle auf Stahl und Aluminium, aber man vereinbarte die Implementierung eines entsprechenden Prozesses, um auch diese stritten Fragen lösen zu können. Hinsichtlich der Einschätzung von Russland herrscht grundsätzlich Konsens. Russland wird seitens der EU als eine ernste Herausforderung betrachtet und in diesem Sinne trat der US-Präsident sein Treffen mit dem russischen Präsidenten Vladimir Putin an.

Bilaterale Beziehungen USA und Russland

International wurde der ersten Begegnung zwischen den Präsidenten Biden und Putin eine sehr hohe Bedeutung beigemessen. Zweifellos stellte dieses Treffen einen zentralen Ausgangspunkt in der weiteren Gestaltung der US-Außen- und Sicherheitspolitik dar, da das Verhältnis zwischen den größten Atommächten – beide Staaten verfügen zusammen über 90% der weltweiten Nuklearwaffen – eine weitreichende Auswirkung auf das System der internationalen Beziehung im Allgemeinen und auf die Sicherheit in Europa hat. Bereits im Vorfeld der Amtsübernahme von Präsident Biden wurde eine härtere Gangart der USA gegenüber Moskau angedroht. Damit signalisierte der neue US-Präsident eine Änderung in den amerikanisch-russischen Beziehungen, die zwar alles andere als gut, aber doch unschwellig von einem Verständnis für Putins Politik gekennzeichnet waren. Insbesondere die russische Einflussnahme auf die US-Präsidentschaftswahlen 2016 und 2020 zum Nachteil der Demokraten wurden immer wieder als Aggression Moskaus und Angriff auf die Demokratie und Souveränität der USA gewertet, was Biden schon im Wahlkampf und danach immer wieder scharf verurteilt hatte. Vor diesem Hintergrund wurde von Anbeginn der Präsidentschaft von Joe Bidens mit einer deutlichen Verschlechterung der bilateralen Beziehungen gerechnet. Betrachtet man allerdings die im Berichtszeitraum gesetzten Maßnahmen des Weißen Hauses gegenüber der russischen Führung im

Einzelnen, so kann durchaus ein ambivalentes „Zustandsbild“ skizziert werden, das sowohl durch Akzente der „Konfrontation“, aber auch der „Annäherung“ gekennzeichnet ist.

Unmittelbar nach der Amtsübernahme kündigte Biden die Verlängerung des von seinem Vorgänger als nicht mehr relevant angesehenen Abkommens zur Reduzierung der strategischen Waffen (Strategic Arms Reduction Treaty / START) an. Das START-Abkommen mit Russland wurde also Dank der neuen US-Führung für weitere fünf Jahre verlängert. In Russland sowie in weiten Teilen Europas wurde dieser Schritt wohlwollend aufgenommen, deutete er doch auf eine stabilisierende und nicht auf militärische Eskalation hinauslaufende Positionierung der USA. Allerdings zeigte sich die neue US-Administration hinsichtlich der Menschenrechtslage im Hinblick auf die Verurteilung und den Haftbedingungen von Kremlkritiker Alexej Nawalny kompromisslos.

Eine neuerliche Eskalation in den Beziehungen löste Biden aus, als er den russischen Präsidenten in einem ABC-Interview am 17. März einen „Killer“ nannte. Als unmittelbare beorderten zunächst Russland und später auch die USA ihre Botschafter zu Konsultationen in die Heimatstaaten. Zusätzlich nahmen bewaffnete Zwischenfälle in der Ostukraine entlang der Kontaktlinie zu. Es folgte ein massiver russischer Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine, so dass Sorgen hinsichtlich einer militärischen Eskalation berechtigt schienen. In dieser Situation kündigte die US-Regierung an, Kriegsschiffe in das Schwarze Meer zu entsenden, um Stärke gegenüber Russland zu demonstrieren. Moskau selbst sprach von amerikanischen Provokationen und kündigte an, dass jegliche Bedrohung der russischen Sicherheitsinteressen im Schwarzen Meer und insbesondere der Krim unmittelbare Konsequenzen hätten. Die deutliche Warnung an das Weiße Haus am 13. April blieb nicht ohne Folgen. Da Washington den Konflikt nicht weiter eskalieren lassen wollte, wurde die geplante Verlegung von US-Kriegsschiffen in das Schwarze Meer nicht durchgeführt. Allerdings verhängten die USA am 23. April wegen der behördlichen Maßnahmen gegen den Oppositionellen Nawalny Sanktionen gegen führende Personen aus dem Umfeld von Präsident Putin. Darunter befanden sich unter anderem der Chef des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, Alexander Bortnikow, der stellvertretende Leiter der Präsidialverwaltung, Sergej Kirijenko, und der Leiter des Direktorats für Innenpolitik im Präsidialamt, Andrej Jarin. Ebenfalls von diesen Maßnahmen betroffen waren die beiden stellvertretenden Verteidigungsminister Pawel Popow und Alexej Kriworutschko, Generalstaatsanwalt Igor Krasnow und der Direktor der Gefängnisverwaltung, Alexander Kalaschnikow. Nach dieser neuerlichen Eskalation

wurde allerdings auch Annäherung signalisiert, indem US-Außenminister Anthony Blinken am 19. Mai im Kongress ankündigte, dass die USA keine Sanktionen gegen die Betreiber der 1.200 Kilometer langen Ostsee-Pipeline für Gas aus Russland nach Deutschland / Europa, die „North Stream 2“, verhängen würden. Zwar wurde dies vom Weißen Haus als Annäherung an die am Projekt involvierten europäischen Partner präsentiert, aber die Adressanten dürften auch andere gewesen sein. In Moskau wurde es jedenfalls sehr positiv aufgenommen. Mit unterschiedlichen Maßnahmen haben sich also die USA im Vorfeld des bilateralen Treffens zwischen Biden und Putin, das als Höhepunkt der „Europawoche“ des US-Präsidenten galt, sowohl kooperativ als auch kompromisslos insbesondere bei Menschenrechtsfragen gezeigt.

Erste Zusammenkunft zwischen Biden und Putin

Schließlich fand das bilaterale Präsidenschaftstreffen am 16. Juni in Genf statt und dauerte mehrere Stunden. Zunächst sprachen die beiden Präsidenten im Beisein ihrer Außenminister Antony Blinken und Sergej Lawrow. In einer zweiten Runde wurde der Gesprächskreis um weitere Delegationsmitglieder erweitert. Laut CNN bestand die russische Delegation zusätzlich aus dem russischen Botschafter Anatoli Antonow, Generalstabschef Waleri Gerassimow, dem Vizechef der Präsidialverwaltung, Dmitri Kosak (zuständig für den Ukraine-Konflikt), sowie dem Sonderbeauftragten für Syrien, Alexander Lawrentjew. Ihnen gegenüber saßen der Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan, die Spitzendiplomatin Victoria Nuland, Russland-Berater Eric Green und der US-Botschafter in Moskau, John Sullivan. Auf der Agenda standen unter anderem Fragen der atomaren Rüstungskontrolle, die Cyber-Sicherheit, regionale Konflikte in Osteuropa, Afghanistan, Syrien und Libyen und Menschenrechte.

Nach Beendigung des Treffens traten auf Wunsch von Biden die beiden Präsidenten getrennt voneinander vor die Presse und präsentierten die wesentlichen Ergebnisse. Sowohl der Kremlchef als auch Biden werteten das Gespräch als „gut“ und „positiv“. Während Putin seinen Amtskollegen als „sehr erfahrenen Menschen“ lobte – für den russischen Präsidenten ist dies bereits das fünfte Staatsoberhaupt der USA in seiner Amtsführung – sagte Biden eingangs: *„Ich freue mich, dass wir uns heute darauf geeinigt haben, einen bilateralen strategischen Stabilitätsdialog zu starten.“* Vereinbart wurden folgende Kernpunkte:

- Rückkehr der jeweiligen Botschafter,
- Implementierung eines Dialogs zur Cybersicherheit,
- Einigung auf Gespräche zur Rüstungskontrolle.

Laut Medienberichten sollen Militärexperten und Diplomaten aus den USA und Russland „an einem Mechanismus arbeiten“, der zu einer „Kontrolle neuer und

hochentwickelter Waffen“ führen könne. Grundsätzlich galten Gespräche über die „strategische Stabilität“ aus der Sicht der USA als „*wichtiges Signal für die globale Sicherheit*“. US-Präsident Biden hob aber deutlich hervor, dass es darum gehe, „demokratische Werte“ zu verteidigen. Biden gab zu verstehen, dass er gegenüber Putin auch klar die Menschenrechte angesprochen hatte: „*Das ist einfach Teil der DNA unseres Landes. Also werden Menschenrechte immer auf dem Tisch sein, habe ich ihm gesagt*“, erklärte Biden.

Internationale Experten und Beobachter werteten das bilaterale Treffen der Präsidenten Biden und Putin im Kontext der Gipfel der G7, NATO und EU und sahen damit die Rolle der USA deutlich gestärkt. Die USA wünschten sich generell „stabile und berechenbare Beziehung“ zu Russland, um aufgrund der Herausforderungen mit China notwendige Ressourcen zu konzentrieren. Russland stellt für die USA zwar nach wie vor eine militärische Bedrohung dar, aber die strategische Dimension der Herausforderung ist im Vergleich zu jener Chinas nachrangig. In diesem Zusammenhang spielen auch langfristige wirtschaftliche und technologische Entwicklungen eine große Rolle.

Bewertung des „bilateralen Status Quo“

Der Eindruck, dass die USA beim bilateralen Treffen in Genf in einer überlegeneren Position gegenüber Russland aufgetreten sind, wurde bestätigt, indem Biden seinem russischen Amtskollegen mahnte, bei Cyberangriffen keine „rote Linie“ zu überschreiten. Die bei den Gesprächen erzielten Vereinbarungen, sollten diese tatsächlich umgesetzt werden, deuten auf ein Zugehen des Kremls auf die USA, zumindest was die vielkritisierten Cyberangriffe anbelangt. Biden drohte dabei offen und meinte, dass bei der Überschreitung einer „roten Linie“ mit Konterangriffen auf russische Infrastruktur zu rechnen sei: „*Er [Präsident Putin, Anm. d. Verf.] weiß, dass ich handeln werde*“. Nach der Abreise aus Genf soll Putin Medien gegenüber bestätigt haben, dass ihm Biden eine Liste mit angeführter kritischer Infrastruktur gegeben habe. Sollte diese Infrastruktur Ziel von russischen Cyberangriffen werden, stellte dies für die USA das Überschreiten einer „roten Linie“ dar und könnte massive Gegenmaßnahmen nach sich ziehen.

Grundsätzlich bleibt das Verhältnis zwischen den USA und Russland ambivalent, keiner der Präsidenten kann sich vor allem aus innenpolitischem Kalkül heraus eine Schwäche seinem „Kontrahenten“ gegenüber erlauben. Während aus machtpolitischer Perspektive heraus, so scheint es, Putin seine politische Macht mittels militärischer Stärke Russlands unter Beweis stellen muss, um nicht als schwach zu gelten, ist Biden wiederum gezwungen, aufgrund der gesellschaftspolitischen Situation im eigenen Land (Stichwort: Konsolidierung der polarisierten

Gesellschaft der Post-Trump-Ära) unbedingt Glaubwürdigkeit in Menschenrechtsfragen zu bewahren, um seinen moralischen und realpolitischen Führungs- und Geltungsanspruch national und international gerecht zu werden. Obwohl beide Präsidenten ein pragmatisches Vorgehen bei der erstmaligen Zusammenkunft vereinbarten, könnte dies durchaus auch als Schwäche interpretiert werden. Dies gilt es jedoch, aus Sicht des jeweiligen Umfeldes und der daraus bedingten Machtkonstellation heraus, unter allen Umständen zu vermeiden. In diesem Zusammenhang können wahrscheinlich auch die Luftraumverletzungen der NATO- und EU-Staaten Estland und Litauen durch zwei russische Kampfflugzeuge SU-35 am 16. Juni – also am Tag des bilateralen Präsidententreffens – als auch die Ankündigung neuer US-Sanktionen wegen der Haftumstände von Kremlkritiker Nawalny durch Bidens Sicherheitsberater Sullivan am 20. Juni gewertet werden. Als Reaktion auf die US-Sanktionen kündigte Moskau umgehend eine „legitime Antwort“ an.

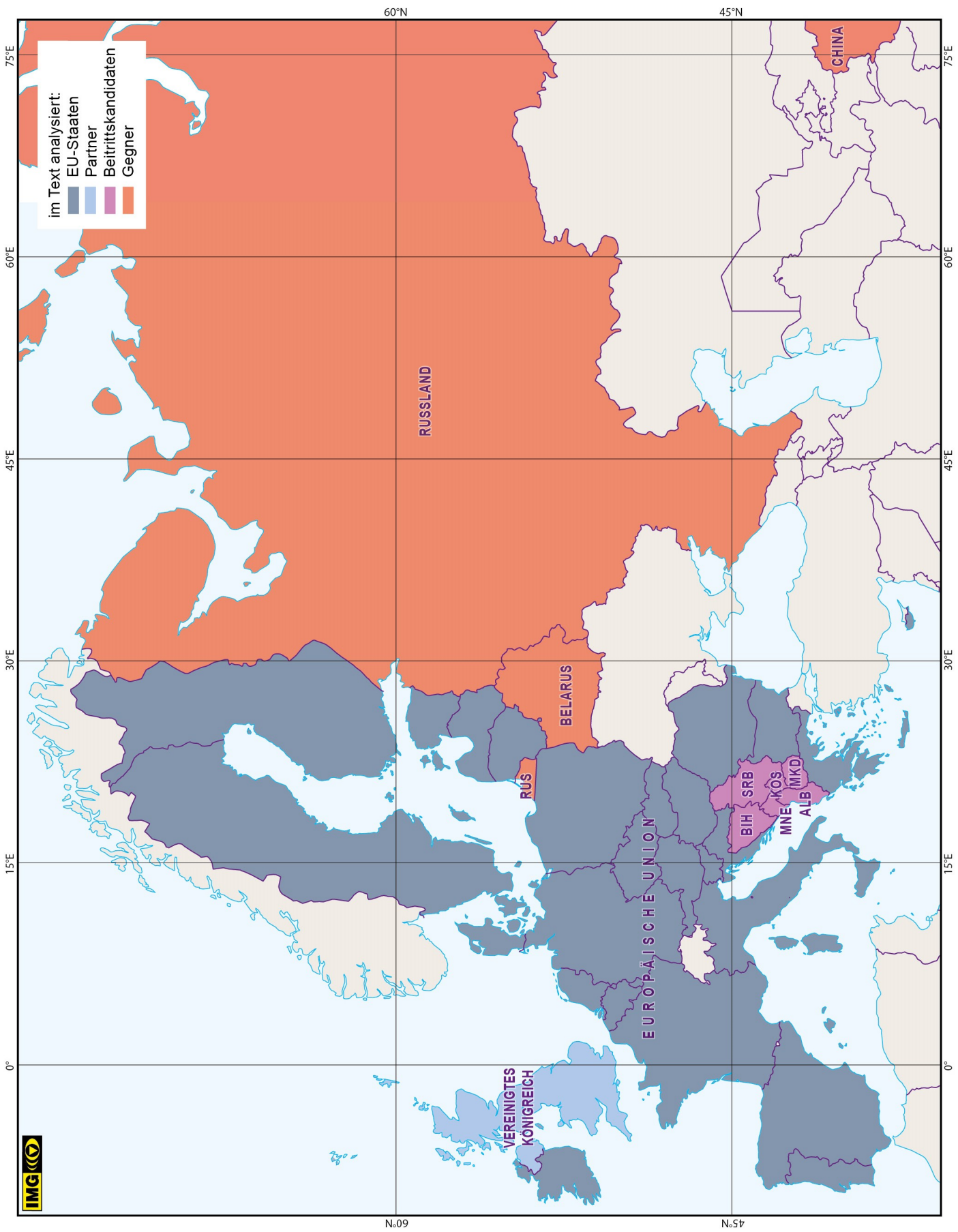
Resümee und Ausblick

Die neue US-Administration unter Präsident Joe Biden stand unmittelbar nach der Amtsübernahme sowohl innen- als auch außenpolitisch unter massiven Erfolgsdruck. Einerseits musste unter allen Umständen eine weitere Spaltung der Gesellschaft nach den zum Teil blutigen Ereignissen des Jahres 2020 und insbesondere der „Erstürmung des Kapitols“ vermieden und auf der anderen Seite die USA als berechenbarer Akteur der internationalen Beziehungen etabliert werden. Beide Ziele wurden vorläufig erreicht – so die Bilanz der ersten Monate der neuen US-Administration unter Biden. Im Inneren dürfte vor allem der positive Trend des Wirtschaftsaufschwungs in Folge der eingeleiteten Maßnahmen eine Zuspitzung der Polarisierung verhindern. Die demokratische Mehrheit im Kongress sowie die zum Teil intern zerstrittenen Republikaner werden weiterhin einen wesentlichen Vorteil für die neue Administration darstellen und aus Sicht der regierenden Demokraten wesentliche innen- und außenpolitische Maßnahmen vorantreiben.

Unter Biden führten die ersten außenpolitischen Maßnahmen dazu, dass die USA sich wieder stärker als Führungsmacht im Rahmen von internationalen Organisationen und Gremien etablieren konnten. Insbesondere wurde das transatlantische Bündnis so weit gestärkt, dass aus der Sicht der USA „der Westen“ geschlossen von den USA im globalen Wettbewerb – insbesondere gegenüber China – vertreten werden kann. Dies trifft jedoch nicht auf die EU zu, die ihre Position gegenüber den USA noch definieren muss. Russland dürfte mittel- bis langfristig ein regionaler Herausforderer für die NATO und EU bleiben, aber für die USA kein globaler Rivale – im Unterschied zu China

– sein. Die wesentliche politische Herausforderung für die US-Administration unter Präsident Biden wird es sein, eine Balance zu finden zwischen einerseits den aus innenpolitischen Motiven heraus deklarierten hohen moralischen und demokratiepolitischen Ansprüchen und andererseits einer pragmatischen Außen- und Sicherheitspolitik im Sinne der eigenen „nationalen Interessen“ (seien diese auch auf die Dauer einer Legislaturperiode beschränkt). Von dieser Balance wird sich die künftige Politik auch gegenüber jenen autoritären Ländern ableiten, die in der Vergangenheit mit den USA enge Beziehungen pflegten (z.B. Saudi-Arabien) oder die USA eine Annäherung wünschen (z.B. Iran).

Rastislav Báchora



Europa

Europa und die EU

Russland: Spannungen mit der EU nehmen zu

Die EU verurteilte 2014 die Annexion der Krim durch Russland als Völkerrechtsbruch und akzeptierte auch nicht die folgenden Sezessionsbestrebungen in Luhansk und Donezk durch die der russischen Regierung nahestehenden Verwaltungen. Die seither von der EU eingeleiteten Sanktionen setzen sich unter anderem aus Militärgüterembargos, aus einem Verbot des Verkaufs von Ausrüstungsgegenständen für den Öl- und Gassektor und von Dual-Use-Gütern nach Russland zusammen. Dazu besteht eine umfassende Beschränkung des EU-Kapitalmarktes, die es untersagt, Wertpapiere und Geldmarktinstrumente von einigen gelisteten russischen Staatsbanken zu kaufen. Der Handel zwischen der EU und Russland besteht jedoch weiter, vor allem am Öl- und Gassektor.

Mit der Nord Stream 2-Pipeline wird das Energieangebot für Deutschland und damit auch für die EU wesentlich erweitert. Die Nord Stream 2 soll die Kapazitäten auf der Trasse von Russland nach Deutschland verdoppeln. Die USA und einige östliche Mitgliedstaaten der EU sahen und sehen dieses Projekt als „geopolitische Waffe, die Moskaus Einfluss auf Europa und den Druck auf die Ukraine erhöhen wird.“ Laut einem „Drohbrief“ des US-Botschafters in Deutschland während der Präsidentschaft von Donald Trump, Richard Grenell, untergrabe dieses Projekt die „Sicherheit der Ukraine und Europas“; Grenell drohte damals den an Nord Stream 2 beteiligten Firmen mit Sanktionen. Die neue US-Führung unter Präsident Joseph Biden sieht von derartigen Maßnahmen gegenüber Deutschland jedoch ab. So stand die Nord Stream 2-Pipeline im ersten Halbjahr 2021 kurz vor ihrer Fertigstellung. Allerdings gibt es hinsichtlich der Fertigstellung von Nord Stream 2 weder in Deutschland noch in der EU insgesamt eine einheitliche Meinung. Im Jänner erfolgte dazu eine Abstimmung im Europäischen Parlament. Zum Punkt *„Die Arbeiten zur Fertigstellung der Erdgasleitung Nord Stream 2 sollten außerdem sofort gestoppt werden.“* kam diese Abstimmung zu folgendem Ergebnis: 581 dafür, 50 dagegen, 44 Enthaltungen. Bei den deutschen Abgeordneten zum Europäischen Parlament brachte das Abstimmungsergebnis allerdings ein komplett diametrales Ergebnis: Nur FDP und Grüne stimmten geschlossen für den Stopp, eine knappe Mehrheit der CDU/CSU-Abgeordneten und fast alle Abgeordneten der SPD, der Linken und der AfD stimmten dagegen. Aus der SPD stellte Timon Gremmels, Abgeordneter zum Deutschen Bundestag, klar: „Nord Stream ist kein deutsches Projekt. Es sichert die Energieversorgung mehrerer EU-Partner.“ Als ein rein kommerzielles Projekt, das von politischen Fragen zu trennen sei, will auch Deutschlands Bundeskanzlerin

Angela Merkel die Pipeline verstanden wissen. Mit der neuen US-Regierung, die laut Merkel ebenso Handelsbeziehungen mit Russland im Ölsektor unterhält, gab es dazu ein „klärendes Gespräch“.

Anfang Jänner 2021 belastete ein weiterer Problemfall die seit 2014 verschärften Beziehungen mit Russland: Der – zuvor vergiftete und in Deutschland behandelte – russische Oppositionspolitiker Alexei Nawalny wurde am 17. Jänner kurz nach seiner Landung auf dem Flughafen Sheremetjevo bei Moskau festgenommen. Die Verhaftung Nawalyns sei „inakzeptabel“, so EU-Ratspräsident Charles Michel. Russland verstoße damit gegen seine internationalen Verpflichtungen, so die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, und der Hohe Beauftragte für die Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, ergänzte, Nawalyns Rechte müssten respektiert werden. Michel forderte Nawalyns „sofortige Freilassung“, zudem erwarte sich die EU, dass Russland *„dringend eine unabhängige und transparente Untersuchung des Anschlages auf sein Leben voranbringt“* und voll mit der Internationalen Organisation zum Verbot chemischer Waffen kooperiert. Allerdings bewirkten die aufgrund der Festnahme und der folgenden Verurteilung Nawalyns Ende Februar von der EU gegen Russland erneut verhängten Sanktionen weder eine Freilassung Nawalyns noch eine generelle Verhaltensänderung der russischen Führung in Hinblick auf die Achtung von Menschenrechten. Die russische Regierung schließt die Durchsetzung von Menschenrechten in ihrem Land nach westlichem Muster kategorisch aus. Dennoch ist es für Präsident Wladimir Putin aus wirtschaftspolitischen Gründen keine Option, die Beziehungen zur EU gänzlich einzufrieren – die EU gilt nach wie vor als größter Handels- und Investitionspartner von Russland. Daher war es mehr (fast hilflose) Rhetorik, wenn Russlands Außenminister Sergej Lawrow am 12. Februar gegenüber der EU mit einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohte: *„Wenn Du Frieden willst, bereite Dich auf den Krieg vor.“*

Der Hohe Beauftragte der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, wollte sich für eine Freilassung Nawalyns als Basis einer Neuausrichtung der Beziehungen zwischen Russland und der EU einsetzen, geriet dabei aber anlässlich seines Besuches in Moskau im Februar in einen „diplomatischen Hinterhalt“, der eine persönliche Demütigung Borrells durch die russische Staatsführung brachte, als Russlands Außenminister Sergej Lawrow Borrell geradezu maßregelte und mit „erwiesenen“ Vorwürfen über angeblich politisch motivierte Gerichtsurteile in Spanien konfrontierte. Lawrow beschimpfte die EU vor laufender Kamera als „unzuverlässig“ und „arrogant“. Zudem beschloss der Kreml zur Zeit des Besuches Borrells, drei Gesandte aus EU-Staaten des Landes zu verweisen. Während sich Regierungen aus Estland,

Lettland, Litauen sowie aus Polen äußerst ablehnend gegenüber den Besuch Borrells in Moskau geäußert hatten, kam kaum bis gar keine Kritik darüber aus Deutschland, Österreich oder aus Ungarn.

Zusätzliche Vorwürfe an die russische Staatsführung gab es im Frühjahr seitens der Tschechischen Republik, deren Regierung vermutet, dass ein russischer Nachrichtendienst eine Explosion in einem Militärdepot in der Ortschaft Vrbětice im Jahr 2014 verursacht hatte. Demnach wurde der Anschlag von zwei Offizieren des russischen Militärgeheimdienstes GRU durchgeführt – von exakt denselben, denen auch die Vergiftung des ehemaligen Doppelagenten Sergej Skripal in Großbritannien 2018 zur Last gelegt wird. Die dadurch verschärften Spannungen führten zur gegenseitigen Ausweisung von Diplomaten. Manche EU-Staaten erklärten sich mit Prag solidarisch und wiesen ebenso russische Diplomaten aus. Ende April gab das russische Außenministerium sieben Diplomaten aus der Slowakei, Litauen, Lettland und Estland eine Woche Zeit, das Land zu verlassen. Die Affäre um Sabotageaktionen russischer Sicherheitskräfte hatte nach der Tschechischen Republik auch Bulgarien erreicht: Auch dort war es 2014 zu vier Explosionen gekommen; beim schwerwiegendsten Vorfall in Gorni Lom kamen 15 Personen ums Leben. Das Ziel dieser Aktionen war es wahrscheinlich, den Nachschub an Rüstungsgütern in die Ukraine und nach Georgien zu unterbrechen.

Im April hatte ein Großaufmarsch russischer Truppen an der Grenze zur Ukraine in der EU, in der NATO sowie in den USA starke Besorgnis ausgelöst. Trotz Teilrückzug der russischen Einheiten und Verbände bleibt die Lage unverändert angespannt. In der Ukraine wird befürchtet, dass dieser Aufmarsch nur ein Testlauf war und der Kreml bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit den Befehl zum Angriff geben könnte. Nach westlichen Schätzungen hatte Russland damals seine Streitkräfte östlich der Ukraine und auf der besetzten Krim im April innerhalb von Wochen verdoppelt – auf vermutlich mehr als 100.000 Soldaten. Laut Einschätzung von Josep Borrell Ende April muss die EU mehr denn je „auf eine lange und harte Phase“ in den Beziehungen zu Russland vorbereitet sein: „Wir müssen einen *Modus Vivendi* definieren, der eine permanente Konfrontation mit einem Nachbarn verhindert, der scheinbar beschlossen hat, als Gegner zu handeln“, so führte Borrell weiter aus.

Flugzeug zur Landung in Minsk gezwungen

Am 23. Mai wurde ein Flugzeug der Ryanair auf dem Linienflug von Athen nach Vilnius (also zwischen zwei Hauptstädten von EU-Mitgliedstaaten) während der kurzen Flugzeit über dem weißrussischen Luftraum kurz vor der Landung in Vilnius von einem Kampfjet der weißrussischen Luftwaffe unter fadenscheinigen

Gründen abgefangen und zur Landung auf dem Flughafen Minsk gezwungen. Laut Argumentation des weißrussischen Staatschefs Alexander Lukaschenko vom 25. Mai hätte sich an Bord der Ryanair ein von der palästinensischen Hamas gebauter Sprengsatz befunden. Dazu hätte Lukaschenko einen „Hinweis aus der Schweiz“ gehabt. Obwohl sowohl die Hamas als auch die Schweiz diese Aussagen umgehend dementierten, ignorierte Lukaschenko dies, denn es gehe – „Hamas hin, Hamas her“ – um die „Sicherheit des Landes“. Denn an Bord waren der oppositionelle Journalist Raman Protasewitsch sowie seine Freundin, die russische Staatsbürgerin Sofia Sapega. Beide wurden sogleich nach der Landung in Minsk verhaftet. Protasewitsch ist ehemaliger Direktor der Plattform Nexta, einer in Warschau stationierten Mediengruppe, die 2020 eine wesentliche Rolle bei der Organisation von großangelegten Protesten nach dem „Wahlsieg“ Lukaschenkos gespielt hatte. Lukaschenko verteidigte in einer Wutrede die Entführung der Ryanair: „*Ich habe rechtmäßig gehandelt, in dem ich die Menschen schützte – nach internationalen Regeln.*“ Zudem habe das Flugzeug, so Lukaschenko, das einzige Atomkraftwerk des Landes überflogen; daher habe eine MiG-29 der weißrussischen Luftwaffe die Boeing 737 der Ryanair nach Minsk umgeleitet.

Weißrussland, so führte Lukaschenko weiter aus, werde „von Feinden im In- und Ausland“ attackiert: „Sie haben viele rote Linien sowie die Grenzen des gesunden Menschenverstandes und der menschlichen Moral überschritten“, so Lukaschenko, mit „sie“ meinte er den „Westen“. EU und USA leiteten nach diesem völkerrechtswidrigen Vorfall Sanktionen gegen Lukaschenko und leitende Personen der weißrussischen staatlichen Verwaltung ein. Lukaschenko drohte, gegen Sanktionen der EU und der USA mit Maßnahmen zu antworten, „die den Westen zur Besinnung brächten“ – in Anspielung auf mögliche Cyberangriffe. Lukaschenko selbst beschimpfte Protasewitsch als „Terroristen“ und „Dreckschwein“. Protasewitsch wurde mehrmals der Presse „vorgeführt“ und – nach offensichtlichen Misshandlungen – zum „Eingeständnis“ seiner Fehler gezwungen. Lukaschenko stellte mit diesem äußerst ersten Vorfall erneut seine Bauernschläue, vor allem aber seine Skrupellosigkeit unter Beweis. Der Kreml verteidigte diese Aktion.

EU, USA und NATO verurteilten diesen Akt einer staatlich organisierten Flugzeugentführung, der gegen sämtliche Konventionen der zivilen Luftfahrt verstößt, vehement und fordern einerseits eine unabhängige Untersuchung des Vorfalles durch die ICAO (International Civil Aviation Organization) und andererseits eine sofortige Freilassung der beiden betroffenen Personen. Beim EU-Gipfel in Brüssel vom 24. Mai verurteilten die Staats- und Regierungschefs diesen Akt „staatlicher Luftpiraterie“. Die Präsidentin

der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, sprach von einer „Entführung“ und kündigte an, geplante Investitionen in Weißrussland in Höhe von drei Milliarden US-Dollar einzufrieren. Der Gipfel beschloss zudem Start- und Landverbote für Flugzeuge aus Weißrussland sowie die Ausweitung der Sanktionen gegen Staatschef Lukaschenko und seine Getreuen. Fluglinien aus der EU wurden aufgerufen, den Luftraum über Weißrussland zu vermeiden. Polens Regierungschef Mateusz Morawiecki warf der weißrussischen Führung in diesem Zusammenhang sogar „Staatsterrorismus“ vor. Ob und wie russische Nachrichtendienste bei der Umleitung des Ryanair-Fluges involviert waren, lässt sich nur mutmaßen. Die russische Staatsführung wies derartige Vermutungen und Anschuldigungen zurück.

Die EU und die USA erkennen Lukaschenko aufgrund der manipulierten Wahlen von 2020 nicht mehr als Präsidenten Weißrusslands an. Tausende Oppositionelle wurden seither verhaftet und gefoltert, politische Rivalen werden der Öffentlichkeit vorgeführt – gerne als Personen, die „von fremden Mächten manipuliert“ werden und somit von Lukaschenko auch „als Agenten des Westens“ bezeichnet werden. Lukaschenko hatte seit 1994 insgesamt fünf Wahlen in Folge „gewonnen“, meistens lösten diese „Wahlsiege“ große Proteste der Opposition aus, die zum Teil von den Sicherheitskräften gewaltsam niedergeschlagen wurden.

Russland unterstützte in den letzten 20 Jahren besonders großzügig die Finanzierung des weißrussischen Sozialstaates, zudem ist Weißrussland eng an den russischen Energiekonzern Gazprom gebunden, durch Verträge, die den gegenwärtigen Marktwert übersteigen. Russland ist zudem sehr erpicht darauf, die seit 1996 bestehende Union mit Weißrussland auszubauen und zu vertiefen. Lukaschenko hatte es in der Vergangenheit sehr geschickt verstanden, den Westen und Russland gegeneinander auszuspielen. So hatte er sich 2014 in der Krimkrise als Vermittler profiliert und noch vor den Wahlen 2020 vor dem „Feind im Osten“ gewarnt. Die manipulierten Wahlen von 2020 aber und die erzwungene Landung des Ryanair-Flugzeuges markieren eine deutliche Abwendung vom Westen. Lukaschenko sieht sich daher gezwungen, die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen mit Russland auszubauen. Schon bei den Protesten im August und September 2020 stärkte die russische Führung Lukaschenko den Rücken – einen Umsturz mit noch ungewissen politischen Folgen wollte Präsident Putin auf jeden Fall vermeiden.

„Schuldennot“: Europäische Länder gehen vermehrt auf Distanz zu China

Während der „Corona-Krise“ wuchs die Bedeutung Chinas für die Länder Südosteuropas. Die chinesische Führung liefert seither Impfstoffe gegen Covid-19 in diese Region, investiert in südosteuropäische Infrastruktur und bietet den dortigen Regierungen umfassende Wirtschaftskredite an. So wachsen in den betroffenen Ländern die Abhängigkeiten von China. Mitte April geriet Montenegro dadurch in „Schuldennot“: Der montenegrinische Finanzminister hatte finanzielle Hilfe der EU für die Abzahlung eines von China gewährten Autobahnkredits thematisiert. In der EU befürchtete man, dass China aufgrund der hohen Zahlungsausstände der montenegrinischen Regierung einen Hafen des Landes als Pfand fordern könnte. Zudem hatten montenegrinische Staatsanleihen an Wert verloren. Die EU lehnte eine Übernahme der Schulden Montenegros zu den damaligen Konditionen in Montenegro ab, schloss dies aber für die Zukunft unter anderen, von der EU formulierten Bedingungen auch nicht aus. Montenegro und Serbien, Bosnien-Herzegowina und Nordmazedonien sowie Albanien sind (noch) nicht Mitglieder der EU und bieten den Regierungen Chinas und Russlands somit eine Möglichkeit, eigene nationale Interessen in Europa gegenüber (und auf Kosten) der EU durchzusetzen. Gemessen am BIP der Staaten fallen die chinesischen Kredite ziemlich hoch aus. In Bosnien-Herzegowina belaufen sich diese auf drei Prozent, in Serbien auf sieben Prozent, in Nordmazedonien auf acht Prozent sowie in Montenegro auf 21 Prozent, so der Analyst Giorgio Marrano von der UniCredit. Die Anleihen werden von der staatlichen chinesischen Import-Export-Bank vergeben, haben meist eine Laufzeit von 15 bis 20 Jahren und verzinsen sich mit zwei bis drei Prozent. In der Regel decken diese Kredite 85 Prozent der Projektkosten ab. Private Geldgeber stehen in Südosteuropa als Investoren an erster Stelle, vor Investitionen aus der EU, der Weltbank und von Entwicklungsbanken. Vor Russland liegt China auf dem dritten Rang der Geldgeber in dieser geopolitisch hochsensiblen Region. Der Anteil an der Auslandsverschuldung dieser Staaten könnte in den kommenden Jahren wachsen, wenn bereits vereinbarte Kredite fällig werden könnten. Im Zuge der EU-Investitionsoffensive bis zum Jahr 2027 sollen für den Westbalkan – so z.B. für den Ausbau von Straßen, Bahnen oder für Digitalisierungsmaßnahmen – Kredite in Höhe von 7 bis 18 Prozent des jeweiligen BIP bereitgestellt werden.

Was chinesische Investitionsvorhaben betrifft, breitete sich in Europa insgesamt zunehmend Skepsis bis Ablehnung aus. Unter Ministerpräsident Mario Draghi änderte Italien seinen China-freundlichen Wirtschaftskurs wieder zu einer „transatlantische

Ausrichtung“; Litauens Außenminister Gabrielius Landsbergis betonte, dass sein Land zu der 2012 ins Leben gerufenen „17+1“-Initiative (17 mittel- und südosteuropäische Länder + China) mittlerweile auf Distanz gehe; Sicherheitsdienste aus dem Baltikum warnen verstärkt vor finanzieller und technischer Abhängigkeit bei kritischer Infrastruktur. Die „Global Times“, das internationale Sprachrohr der Kommunistischen Partei Chinas, kritisierte daraufhin den neuen Weg Litauens gegenüber China herablassend – demnach fordere Litauen China nicht nur handelspolitisch heraus, sondern mische sich in die inneren Angelegenheiten Chinas ein. Mitte Mai hatte das Parlament in Vilnius nämlich eine Resolution verabschiedet, die der chinesischen Führung schwere Menschenrechtsverletzungen bei der Behandlung von Uiguren vorwarf. Ebenso zeigen Estland und Lettland große Skepsis gegenüber chinesischen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Aus litauischer Sicht könne China *„mit seinem Streben nach technologischer Überlegenheit und durchdringenden Investitionen gefährlichen Einfluss auf kritische Infrastruktur anderer Länder erlangen.“* In diesem Zusammenhang sind auch der geplante 80 Kilometer lange Eisenbahntunnel unter dem Finnischen Meerbusen und 5G-Mobilfunknetzwerke gemeint.

Zielsetzungen der britischen Sicherheitspolitik

Mit der neuen außen- und sicherheitspolitischen Strategie *„Global Britain in a Competitive Age: The Integrated Review of Security, Defence, Development and Foreign Policy“*, die am 16. März von Premierminister Boris Johnson im britischen Parlament vorgestellt wurde, setzt sich die britische Führung folgende Ziele der strategischen Neuausrichtung ihrer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik bis 2025 und definiert ihre Einschätzungen in Hinblick auf künftige globale Instabilitäten. Das britische Militär soll sich demnach einem umfassenden Wandel unterziehen:

- Modernisierung der Truppe: bis zum Jahr 2025 soll die Gesamtzahl der britischen Streitkräfte um rund 10.000 auf 72.000 Soldatinnen und Soldaten reduziert werden – den kleinsten Bestand seit dem Jahr 1714.
- Die Anzahl der Panzer soll von 227 auf 148 verringert werden.
- Die Luftwaffe (Royal Air Force) soll über 100 Flugzeuge verlieren.
- Ein neues, 1000 Elitesoldaten umfassendes „Ranger Regiment“ – es erinnert an die United States Army Special Forces –, soll verbündete Truppen und Aufständische in feindlicher Umgebung begleiten und russische sowie chinesische Aktivitäten kontern.
- Geld fließt in die Beschaffung von Drohnen und Robotern sowie in Cyber-Fähigkeiten.

- Ausbau der nuklearen Fähigkeiten: Die Begrenzung der Anzahl der britischen Atomsprengeköpfe soll von derzeit 225 auf bis zu 260 erhöht werden – anstatt diese wie zuvor auf 180 zu reduzieren. Zu den Gründen dazu bleibt das Papier sehr vage, jedoch könnte eine derartige Erhöhung der Atomsprengeköpfe gleichzeitige Patrouillen mehrerer U-Boote ermöglichen.
- Erneuerung der Trident-Raketen mit US-Technologie.
- Die Stationierung von britischem Militär im Ausland soll erhöht werden (u.a. auf den Militärstützpunkten im Oman, in Singapur und in Kenia), zudem soll die Anzahl der Verteidigungsattachés um ein Drittel aufgestockt werden.

In diesem Kontext ist auch der Ausbau der „special relationship“ mit den USA geplant. Weitere Ziele der britischen Strategie sowie geopolitische Einschätzungen und Prioritäten werden wir folgt erwähnt:

- Bis 2030 soll sich Großbritannien zu einer „Wissenschafts- und Technologiesupermacht“ entwickeln.
- Verstärkte Investitionen sollen in der Raumtechnologie (Satellitenkommunikation) erfolgen.
- Russland wird als Hauptbedrohung bezeichnet.
- Aufgrund des militärischen Aufstieges Chinas im Zusammenhang mit der Durchsetzung geopolitischer Ansprüche werden künftige Spannungen mit China nicht ausgeschlossen, die globale Lage könnte sich dadurch noch unsicherer entwickeln. Chinas Aufstieg wird als *„wesentlichster geopolitischer Faktor in der heutigen Welt“* bewertet, der eine „systemische Herausforderung“ für die britische Sicherheit, den Wohlstand und die Werte darstelle, dennoch sollte Großbritannien weiterhin offen bleiben *„für den Handel und Investitionen“* Chinas.
- Die geopolitische Fokussierung Großbritanniens erfolgt auf den indo-pazifischen Raum (noch 2021 soll eine Flugzeugträgergruppe in diesem Raum entsendet werden; Indien-Reise von Premierminister Johnson).
- Priorität der britischen Sicherheitspolitik bleibt die „unmittelbare Nachbarschaft“ des Landes sowie die „euro-atlantische Region“.

Mit dieser umfassenden Strategie wird die umfassendste Reform der britischen Streitkräfte seit dem Ende des Kalten Krieges eingeleitet. Die Politikfelder Äußeres, Sicherheit und Verteidigung, Entwicklungszusammenarbeit und Inneres werden

verzahnt. Laut britischen Generälen sei für die Vorbereitung auf die Kriege der Zukunft der Blick in die Vergangenheit wenig hilfreich. In diesem Kontext verweisen sie auf den Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan vom Herbst 2020 um Nagorno-Karabach. Bei diesem militärisch ausgetragenen Konflikt spielten aserbaidschanische Drohnen aus türkischer und israelischer Produktion eine entscheidende Rolle, armenische Panzer blieben gegenüber ferngesteuerten Flugkörpern machtlos, die erst feindliche Stellungen entdeckten und danach mittels künstlicher Intelligenz oder über die Fernsteuerung eines Operators das Feuer eröffnet hatten. Drohnen übermitteln ihre Aufnahmen direkt auf mobile Telefone von Soldaten, dazu durchforstet künstliche Intelligenz Datensätze und steuert autonome Waffensysteme, zudem fangen Cyberspezialisten feindliche Kommunikation ab. Insgesamt soll aus britischer Sicht die Kombination konventioneller Fähigkeiten, neuer Technologien und hybrider Taktiken zum Regelfall werden, wie sie bereits den alliierten Kampf gegen den „Islamischen Staat“ im Irak militärisch zum Erfolg geführt habe. Aus Sicht Londons gewinnen Cyberspace und Weltraum neben den Dimensionen Land, Luft und Wasser enorm an Bedeutung. Dass die USA und Großbritannien im Jahr 2020 Russland vorgeworfen hatten, Antisatellitenwaffen getestet zu haben, hat dem Aufbau eines britischen Weltraumkommandos zusätzliche Dringlichkeit verliehen. Ein Angriff auf einen Satelliten könnte somit ganze Kommunikations- und Navigationssysteme außer Kraft setzen. Ebenso im Zentrum britischer Aufmerksamkeit stehen Unterwasserkabel und deren Verletzlichkeit im Atlantik, durch die ein Großteil der globalen Kommunikationsdaten fließt. Um zu verhindern, dass russische U-Boote derartige Kabel anzapfen, ist London bestrebt, ein neues Aufklärungsschiff zu entwickeln. Zugleich sollen die Fähigkeiten der Royal Navy ausgebaut werden, um globale Handels- und Kommunikationswege zu schützen. Bis 2025 sollen somit Marine-, Cyber-, Nuklear- und Technologiefähigkeiten der britischen Streitkräfte ausgebaut, die Anzahl an Panzern, Kampfflugzeugen und Soldaten dagegen abgebaut werden.

Der Slogan „Global Britain“ (wie die neue Strategie zu Beginn betitelt ist) wurde im Zuge der Brexit-Abstimmung 2016 populär. Die damalige Premierministerin Theresa May benutzte diesen Slogan fünfmal während ihrer ersten Rede als Premierministerin, und Boris Johnson übernahm die Formulierung bei seiner ersten Rede als Außenminister.

NATO stärkt PESCO, „schnelle Eingreiftruppe“ und die „Sprache der Macht“

Erstmals beteiligen sich die USA, Kanada und Norwegen an einem militärischen Projekt der EU im

Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) (im Englischen Permanent Structured Cooperation – PESCO). Die Verteidigungsminister der EU-Mitgliedstaaten stimmten am 6. Mai den Anträgen aus den drei NATO-Staaten zu, sich am Projekt „Military Mobility“ zur Förderung der möglichst ungehinderten militärischen Mobilität in Europa (EU, NATO) zu beteiligen. Deutschlands Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer sprach in diesem Zusammenhang von einem „großen Schritt in der transatlantischen Verbundenheit und in der Zusammenarbeit zwischen Europäischer Union und NATO“. Deutschland, so betonte sie, habe sich besonders dafür eingesetzt, dass die EU ihre militärische Kooperation für Drittstaaten öffnet. Mit diesem speziellen Projekt soll der Transport von Truppen und Material in Europa rascher umgesetzt werden. Die an diesem Projekt teilnehmenden Staaten sind bestrebt, die damit verbundenen Formalitäten so zu vereinheitlichen, dass für den Grenzübergang maximal fünf Tage in Anspruch genommen werden können. Die Anfang Mai von den EU-Verteidigungsministern beschlossene Öffnung für die drei NATO-Staaten kann somit als Testfall für eine koordiniertere Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO betrachtet werden. Diese Kooperation könnte weitere Wege der Zusammenarbeit mit den drei Staaten einleiten. Thema des Treffens der EU-Verteidigungsminister war auch die Notwendigkeit, Krisenreaktionsfähigkeiten der EU zu stärken. In der Folge schlugen 14 EU-Staaten – Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, Spanien, die Tschechische Republik und Zypern – vor, in der EU eine schnelle Eingreiftruppe in Brigadestärke (5000 Soldatinnen und Soldaten und zusätzlich eine Marinekomponente) als „first entry force“ (also eine Eingreiftruppe für ein „sofortiges, kurzfristiges Einsatzszenario“) aufzubauen, die sich aus den bis dato nie eingesetzten Battlegroups entwickeln könnte. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte diese „first entry force“ um Luftwaffe und Unterstützungskräfte ergänzt werden. Die Bereitschaft, eine Battlegroup zu übernehmen, ließ bei den EU-Mitgliedstaaten insgesamt immer mehr nach. Zuletzt musste Deutschland diesbezüglich um drei Monate verlängern, weil sich keine Nachfolge gefunden hatte. Zwei EU-Battlegroups sollten seitens der Mitgliedstaaten für Einsätze im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) bereitgehalten werden – eine im Norden und eine im Süden. Der Hohe Beauftragte für die Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, ist gewillt, dieses Projekt „voranzutreiben“. Die Debatte um die Verbesserung von militärischen Krisenmanagementkapazitäten innerhalb der EU läuft unter dem Stichwort „strategischer Kompass“. Im Jahr

2020 hatten Nachrichtendienste aus den EU-Staaten dazu eine gemeinsame umfassende Bedrohungsanalyse erstellt. Nun geht es darum, Konsequenzen daraus abzuleiten, wie die EU „autonom“ agieren kann – auf vier Feldern:

- Krisenmanagement;
- Widerstandsfähigkeit;
- Verteidigungsindustrie;
- Partnerschaften.

Auf Ersuchen der Regierung in Maputo/Mosambik wird seitens der EU zudem eine weitere militärische Ausbildungsmission vorbereitet. Der künftige EU-Einsatz soll der Unterstützung der örtlichen Regierung in ihrem Kampf gegen islamistische Terroristen im Nordwesten des Landes dienen. Diese hatten im März 2020 die Stadt Palma/Mosambik überfallen. Portugal hatte sich bereit erklärt, circa die Hälfte der dafür vorgesehenen Truppen zu stellen.

Beim Europäischen Auswärtigen Dienst zitierte ein hoher Beamter Josep Borrell mit seinem Ende 2019 getätigten Ausspruch: *„Wir müssen lernen, die Sprache der Macht zu sprechen.“* Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) der EU hat sich zum Ziel gesetzt, die Handlungsspielräume gegenüber China und Russland neu auszuloten. In diesem Kontext soll das „globale Profil“ der EU geschärft werden. Die Notwendigkeit der EU-Staaten, nach fast 30 Jahren EU bzw. Gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auch auf globaler Ebene gemeinsam zu agieren, wächst aufgrund zunehmender Unsicherheiten und Herausforderungen. Dabei müssen die unterschiedlichen Politikbereiche der EU effizienter als bisher in Einklang gebracht werden, um als GASP auf internationaler Ebene ernsthafter wahrgenommen werden zu können. Nach wie vor konkurrieren die außenpolitischen Ziele der jeweiligen EU-Staaten sowie der EU-Institutionen untereinander. Zudem setzt der Grundsatz, alle relevanten strategischen Entscheidungen einstimmig auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs zu treffen, der Handlungsfähigkeit der GASP enorme Grenzen.

„Corona-Pandemie“: die Entwicklung während des ersten Halbjahres und Ausblick

In Europa haben viele Staats- und Regierungschefs zu Beginn der Pandemie zunächst das damals neue Coronavirus Sars-CoV-2 unterschätzt, nicht ernst genommen und als Folge auf falsche Taktiken zur „Eindämmung“ des Virus gesetzt. Als sich die Fälle von Sars-Cov-2-Infektionen gehäuft hatten, wurde die Gefahr von vielen Regierungen weiterhin falsch eingeschätzt. So hatte zum Beispiel der britische Premierminister Boris Johnson das Sars-Cov-2-Virus anfangs mit der Schweinegrippe verglichen und sogar den Vorschlag gemacht: *„Ich lasse mir im Fernsehen live das*

Virus injizieren, damit jeder sehen kann, dass es keinen Grund zur Sorge gibt.“ Zwei Monate später lag er selbst mit Covid-19 auf der Intensivstation. In der Tschechischen Republik und in der Slowakei gab es noch im Februar 2021 äußerst chaotische Zustände beim Versuch, die Pandemie zu bekämpfen: Corona-Patienten mussten in der Tschechischen Republik über Hunderte von Kilometern verlegt werden, die Slowakei erreichte zeitweise die höchste Anzahl der Toten pro Kopf in der Bevölkerung EU-weit. Oft schwache Ministerpräsidenten mit enormem Hang zum Populismus, undisziplinierte Bürgerinnen und Bürger, schlampig arbeitende Mitarbeiter im Gesundheitswesen, schwache unabhängige Medien, Skandale von Politikern und gesellschaftliche Polarisierungen trugen sehr stark zum Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Politik und den „Corona-Maßnahmen“ bei. Regierungskrisen spitzten sich zu und erforderten Rücktritte von Ministern, Intensivstationen blieben ausgelastet. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder beschrieb die Lage in Deutschland Mitte Jänner wie folgt: *„Alle sind gestresst, viele genervt, alle sind in schwieriger Situation.“* Debatten um die Ursache des Sars-Cov-2 flammten in unregelmäßigen Abständen wieder auf. Dazu hatte im März die von der WHO geleitete Untersuchung in Wuhan/China ihre Ergebnisse über den Ursprung dieses Virus präsentiert. Die aus westlichen und chinesischen Experten bestehende Kommission kam zu dem Schluss, dass es „extrem unwahrscheinlich sei“, dass Sars-Cov-2 aus einem Labor stamme bzw. daraus entkam. Die Zweifel blieben.

Lessons Learned bzw. Lessons Identified werden aus der „Corona-Krise“ insgesamt auf internationaler Ebene und auf Ebene der EU noch gezogen werden müssen – vor allem und gerade in Hinblick auf die Resilienz der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Der Historiker Michael Gehler meinte dazu Anfang 2021: „Europa wachte langsam auf, handelte verspätet und ringt weiter mit sich“. Zudem tauchten neue Coronavirus-Mutanten – die „britische“ (B.1.1.7), die „südafrikanische“ (B.1.351) und im Mai/Juni noch die „indische“ („Delta“-) Variante – in Europa auf, weitere Lockdowns als Reaktion auf die starke Verbreitung der B.1.1.7 und B.1.351-Varianten folgten – auf nationalen wie auf regionalen Ebenen. Ein „Pandemievertrag“ soll künftig helfen, die internationale Kooperation wesentlich zu verbessern, um möglichen derartigen Gefahren schon im Vorfeld effizienter entgegenzutreten zu können. Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte im Mai bereits vor neuen Pandemiegefahren gewarnt: *„Diese Pandemie ist noch nicht bewältigt; und sie wird auch nicht die letzte sein.“* In diesem Kontext wurde die ungleiche weltweite Verteilung von zunächst äußerst knapp verfügbaren Impfstoffen sichtbar: WHO-Generalsekretär Tedros Adhanom Ghebreyesus kritisierte, dass zehn reiche Länder 75 Prozent der

verfügbaren Impfdosen aufgekauft hätten, Gesundheitspersonal in anderen Staaten müsste lange auf den Impfstoff warten. Afrikanische und lateinamerikanische Länder mussten den gesamten Impfstoff importieren. Gegen Mitte der ersten Jahreshälfte verbesserte sich die Versorgung mit Impfdosen auch in Europa, die Europäische Arzneimittelbehörde EMA hatte dazu bereits Zulassungen für westliche Impfstoffhersteller erteilt. Zudem stieg die Bereitschaft von EU-Ländern, von Großbritannien und den USA, Impfstoffe nach Afrika zu spenden sowie Ländern in Afrika beim Aufbau eigener Corona-Impfstoffproduktionen finanziell zu unterstützen. In der zweiten Jahreshälfte 2021 sollten genügend Impfdosen für alle Bevölkerungen in den EU-Staaten vorhanden sein, die Impfungen von Jugendlichen ab 12 Jahren sind bereits in einigen Ländern in die Wege geleitet.

In Europa haben Staaten mit einem geringeren BIP/Kopf wie Estland und Malta die Corona-Krise weitaus besser überstanden als jene mit höherem Wohlstandsniveau wie Italien oder Schweden. In Dänemark und Finnland war während der Corona-Pandemie bis Mai 2021 die Übersterblichkeit sehr gering. Die Regierungen beider Länder investierten stets einen Großteil ihrer Wirtschaftsleistung in das Gesundheitssystem. Über viele Monate hindurch war die Gefahr, in Dänemark oder in Finnland an Covid-19 zu sterben, sogar geringer als in den Zeiten vor der Pandemie. Länder mit überdurchschnittlich hohen Gesundheitsausgaben pro Kopf wie Schweden können dennoch zu den Impfnachzüglern gehören. Schweden hatte bewiesen, dass der Verzicht auf harte Lockdowns die Wirtschaft nicht schont. Schwedische Behörden hatten stets betont, dass Corona-Maßnahmen freiwillig und verantwortungsbewusst umzusetzen seien, und appellierten lediglich an die Bevölkerung, sich an Empfehlungen zu halten. Bei der schwedischen Gesundheitsbehörde herrschte die Ansicht vor, dass sich das Virus auf lange Sicht nicht unterdrücken lasse. Man hoffte auf das Erreichen der „Herdenimmunität“. Die schwedische Regierung setzte somit auf eine kontrollierte Durchseuchung der Bevölkerung, das öffentliche Leben ging mit vergleichsweise wenigen Einschränkungen weiter – mit negativen Folgen für die Übersterblichkeit. Aufgrund der deutlich höheren Inzidenz in Schweden verfügten die Regierungen in Norwegen, Finnland und Dänemark über sukzessive Reisebeschränkungen für Staatsangehörige aus Schweden.

Die EU ist gewillt, sich betreffend Impfstoff künftig hauptsächlich auf BioNTech/Pfizer zu verlassen. Ende April wurde dazu ein Vertrag von 1,8 Milliarden Impfdosen unterschrieben, Produktionsstätten sollen in Europa weiter ausgebaut werden. Die Dosen sollen bis 2023 nach und nach ausgeliefert werden. Laut EU-

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sollen bis Juli 2021 an die 70 Prozent der Erwachsenen geimpft sein. In Marburg ist inzwischen ein neues BioNTech/Pfizer-Werk in Betrieb gegangen. Im Standort Puurs-Sint-Amands bei Antwerpen hatte die EMA grünes Licht für eine Ausweitung der Produktion um 20 Prozent gegeben, mittlerweile können allein in dieser Fabrik eine Milliarde Dosen pro Jahr erzeugt werden.

Im Zuge einer EU-Aufbau- und Resilienzfazilität werden die von der „Corona-Pandemie“ betroffenen Mitgliedstaaten der EU dabei unterstützt, ihre Volkswirtschaften umzugestalten. Erstmals werden den Mitgliedstaaten auch nicht rückzahlbare Zuschüsse gewährt, deren sachgemäße Verwendung erstens in den jeweiligen nationalen Aufbauplänen gerechtfertigt werden und zweitens die in Verbindung mit den länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters (einem Zyklus, der sich in der Regel über die ersten sechs Monate eines Jahres erstreckt, und in dessen Verlauf die EU-Staaten ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitik aufeinander abstimmen) stehen müssen. 672,5 Milliarden Euro bilden den Kern des im Juli 2020 vereinbarten

außerordentlichen Wiederaufbauprogramms „Next Generation EU“. Förderfähig sind grundsätzlich alle ab dem 1. Februar 2020 begonnenen Maßnahmen; Projekte können auch rückwirkend in die Programme einfließen. Ziel des insgesamt 750 Milliarden Euro umfassenden Wiederaufbauprogramms ist es, insbesondere den von der Corona-Pandemie am stärksten in Mitleidenschaft gezogenen EU-Volkswirtschaften wieder auf die Sprünge zu helfen, ihre Widerstandsfähigkeit zu erhöhen und einen ökologischen und digitalen Wandel zu initiieren. Um die dafür benötigten Mittel aufzubringen, nimmt die EU nach den Ausführungen eines von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik herausgegebenen Papiers (verfasst von den beiden Autoren Stefan Schaller und Paul Schmidt) an den Kapitalmärkten Gelder auf. Dieses gigantische Hilfs- und Aufbaupaket sieht neben Darlehen in der Höhe von 360 Milliarden Euro auch nicht rückzahlbare Hilfen (Zuschüsse) an die Mitgliedstaaten in Summe von 312,5 Milliarden Euro vor. Österreich zeigte sich als Teil der „Frugalen 4“ aus Sorge einer möglichen Zweckentfremdung dieser Zuschüsse – zum Beispiel für die Sanierung nationaler Haushalte – bis zuletzt äußerst skeptisch, die „Frugalen 4“ bestanden deshalb auf klare Kriterien und Kontrollmechanismen zur Verwendung dieser Gelder. Mit den am 12. Februar erfolgten Unterschriften des Europäischen Parlaments und der portugiesischen Ratspräsidentschaft ist dieses höchstambitionierte Prestigeprojekt der EU, so die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen – *„im Grunde auf Schiene“*. Seit 19. Februar befindet sich die dazu erlassene Verordnung in Kraft.

Seit 15. Oktober 2020 haben die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, Entwürfe für nationale Aufbau- und Resilienzpläne einzubringen. Nach dem Ablauf der Einreichfrist wurden Ende April die Aufbaupläne seitens der Europäischen Kommission innerhalb von zwei Monaten bewertet. Der Rat hatte weitere vier Wochen Zeit, um seine finale Genehmigung per qualifizierte Mehrheit zu erteilen. Die Verteilung der nicht rückzahlbaren Hilfen auf die Mitgliedstaaten wird nach den folgenden Kriterien durchgeführt:

- Bei 70 Prozent der insgesamt verfügbaren 312,5 Milliarden Euro richtet sich die Zuweisung nach der Bevölkerungsgröße der Mitgliedstaaten, dem umgekehrten BIP/Kopf sowie der durchschnittlichen Arbeitslosenquote zwischen 2015 und 2019 im Vergleich zum EU-Durchschnitt.
- Bei den restlichen 30 Prozent wird anstatt der Arbeitslosenquote der verzeichnete reale BIP-Rückgang 2020 sowie der festgestellte kumulative reale BIP-Rückgang 2020-21 herangezogen, mit Juli 2022 erfolgt die endgültige Berechnung dieses Betrages. Die Zuweisung der Mittel sollte dann bis Ende 2023 erfolgen.

In den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen sind die jeweiligen Reform- und Investitionspläne einschließlich eines Zeitplanes mit Etappenzielen und Zielwerten bis 31. August 2026 dargelegt. Die darin angepeilten Projekte sollen die wirtschaftliche und soziale Resilienz erhöhen, zur Entstehung von zusätzlichen Arbeitsplätzen beitragen sowie das Wachstumspotenzial stärken. Die Aufbau- und Resilienzfähigkeit der EU umfasst dabei sechs Säulen:

- „Grüner Übergang“;
- digitale Transformation;
- Wachstum, Arbeitsplätze, Kohäsion;
- Soziale und territoriale Kohäsion;
- Gesundheit, wirtschaftliche, soziale und institutionelle Resilienz;
- Strategien für die nächste Generation.

Mindestens 37 Prozent der zur Verfügung gestellten Mittel müssen in den „grünen Wandel“ (also in Klima-Investitionen und -Reformen) investiert werden, mindestens 20 Prozent für den „digitalen Wandel“ bereitgestellt werden. Förderungen sollen umweltschädliche Technologie ausschließen. Dennoch könnten Förderungen der Gasinfrastruktur und Ausbaupläne von Autobahnen in nationale Infrastrukturpläne integriert werden, wenn diese „*breiter angelegte Reformen und Investitionen zur Dekarbonisierung des nationalen Stromangebots oder des Verkehrswesens*“ umfassen, so der Leitfaden der Europäischen Kommission (nach

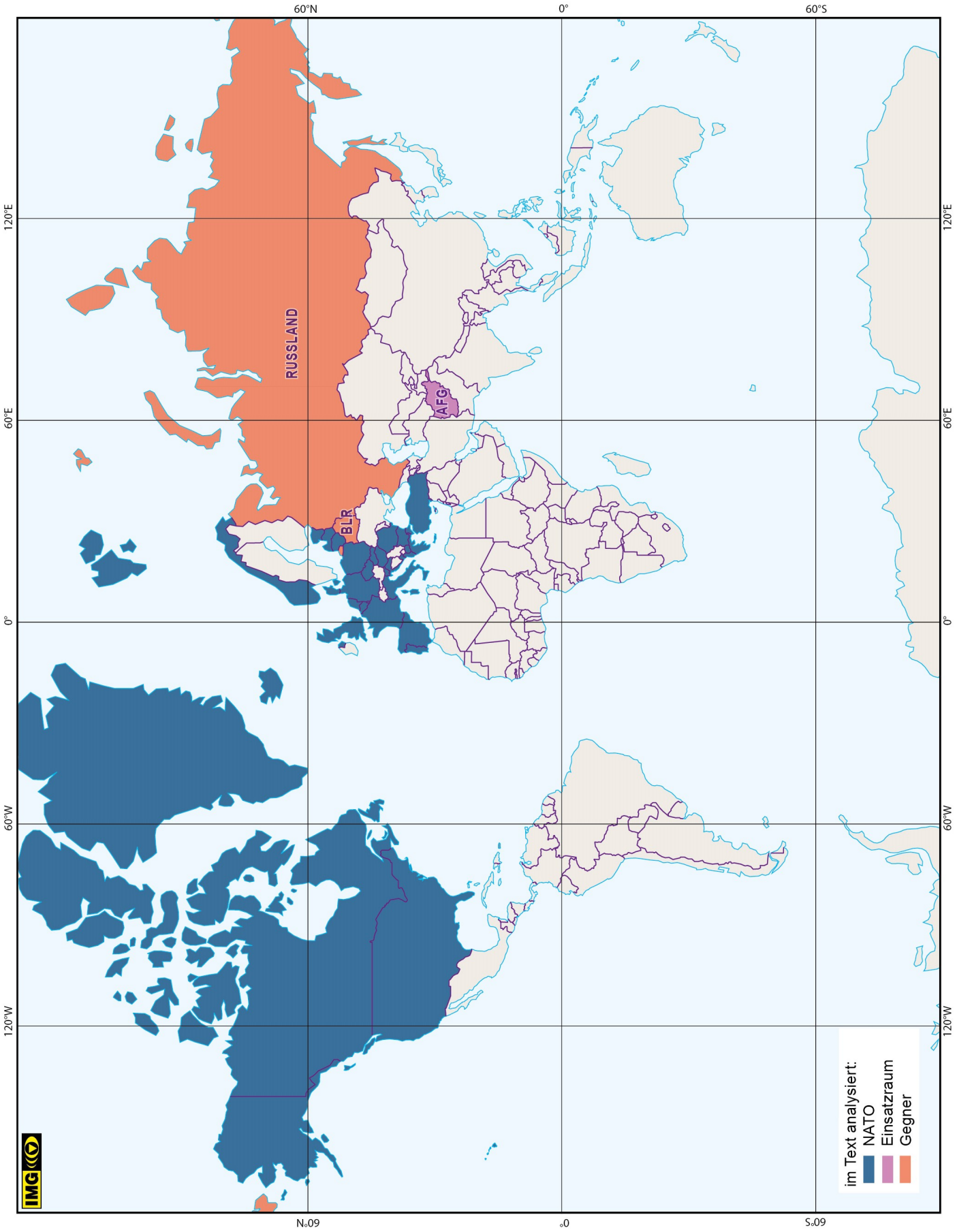
der Darstellung der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik).

Die Corona-Krise hat vor allem gezeigt, dass fast alle Staaten einer derartigen Pandemie machtlos gegenüberstanden. Während der Corona-Krise wurde auch noch ein gesellschaftlich destabilisierender Faktor sichtbar: Krisen bilden nach wie vor den perfekten Nährboden für Verschwörungstheorien. Menschen scheinen in unübersichtlichen Krisensituationen besonders empfindlich zu sein für Theorien und Geschichten, die vorgeben, die Welt „besser zu verstehen“. Viele Menschen, die sich hauptsächlich über die sozialen Netzwerke informieren, glauben an Verschwörungstheorien. Die Theorien reichen von der Leugnung des Sars-Cov-2-Virus über den Glauben an „dunkle Mächte“, die Menschen „mittels Impfungen Chips einpflanzen“. Großdemonstrationen in Deutschland und in Österreich gegen die „Corona-Maßnahmen“ setzten sich aus Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit höchst unterschiedlichen Einstellungen zusammen: es kamen Menschen, die offen mit Gedanken und Ideen des Nationalsozialismus sympathisierten, radikale Tierschützer, Demonstranten mit Kreuzen, Alternative mit Bob-Marley-Mützen, ältere Menschen und Mütter mit Kinderwagen. In den Niederlanden – hier vor allem in Eindhoven und Amsterdam – gab es im Jänner 2021 schwere Ausschreitungen gegen „Corona-Maßnahmen“ der niederländischen Regierung. Es flogen Steine und Feuerwerkskörper gegen die Polizei, erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in den Niederlanden eine nächtliche Ausgangssperre. Besonders in Deutschland waren Sicherheitsbehörden alarmiert über beschmierte Impfzentren, Hetze im Netz und Cyberattacken auf Impfdosenhersteller.

Obwohl sich die gesundheitlichen Bedingungen im Kampf gegen Covid-19 und damit die Situation auf den Arbeitsmärkten durch die massiven Bereitstellungen von Impfstoffen zu verbessern beginnt, bangen viele Menschen – vor allem jene der jüngeren Generation – um ihre Zukunft. Der harte Wettbewerb unter den jüngeren Menschen um Jobs und materiellen Wohlstand hat wieder begonnen. Dazu kommt die Furcht, dass die „Zeit nach Corona“ eine völlig andere sein wird als vor dem Ausbruch der Pandemie. Konsumenten- und Energiepreise stiegen zum Teil exorbitant an (letztere in den USA um 25 Prozent im Vergleich zu Anfang Juni 2020), in vielen Staaten gestaltete sich die Finanz- und Geldpolitik äußerst expansiv. Budgetdefizite und Staatsschulden stiegen seit dem Ausbruch der Pandemie enorm an, die von den Notenbanken in die Wirtschaftssysteme gepumpten Geldmengen erreichen mittlerweile Ausmaße wie in Kriegszeiten. Die Corona-Pandemie verdeutlichte auch die Zerbrechlichkeit globaler Lieferketten. Zudem sinkt in Nordamerika, Europa, Asien (inklusive China) und Australien der

Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter. So wird sich in Zukunft der Anteil jener Menschen, die die Bevölkerungen mit Gütern und Dienstleistungen versorgen können, ziemlich verknappen. Der demografische Trend – folgt man den Ausführungen des britischen Ökonomen Charles Goodhart – deutet langfristig auf Teuerungen bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen hin.

Dr. Gunther Hauser



North Atlantic Treaty Organization (NATO)

Die NATO und die transatlantischen Beziehungen

Einleitung

Gleich zu Beginn muss darauf hingewiesen werden, dass dieser Beitrag noch vor dem NATO-Gipfel Mitte Juni verfasst wurde und damit die Ergebnisse des Treffens nicht berücksichtigen konnte. Dies trifft vor allem auf die weitere Bearbeitung des Reflexionsprozesses „NATO 2030“ und den möglichen Auftrag zur Erarbeitung eines neuen Strategischen Konzepts zu, das das alte aus dem Jahr 2010 ablösen soll. Dieser Aspekt wird im nächsten Beitrag zu Jahresanfang 2022 vorgestellt werden, mit dem Vorteil, dass dieser dann über die nötige Reife verfügen wird.

Somit bleibt der Beschluss zum Abzug aus Afghanistan und damit das Ende eines Einsatzes, den die Allianz im August 2003 mit der Übernahme der „International Security Assistance Force“ (ISAF) begann und der wenige Jahre später 130.000 Soldaten aus beinahe 50 Staaten umfasste. Daneben musste das nordatlantische Bündnis im letzten Halbjahr auf die Spannungen reagieren, die im Frühjahr die russische Kräftekonzentration an der ukrainischen Grenze hervorriefen. Intern verbesserte sich vor allem das deutsch-amerikanische Verhältnis und auch in der Zusammenarbeit mit der EU gab es einen Erfolg.

Das Ende des NATO-Einsatzes in Afghanistan

Von den Verteidigungsministern bereits vorbereitet, trafen schließlich die Außenminister der NATO-Alliierten Mitte April die beinahe historische Entscheidung, bis September 2021 aus Afghanistan abzuziehen. Naturgemäß wirkten sich die Absichten der früheren Trump-Regierung und der endgültige Beschluss des Präsidenten Biden, „*spätestens bis zum 20. Jahrestag von 9/11 abzuziehen*“, für diese kollektive Entscheidung maßgeblich aus, doch konnte damit auch die Geschlossenheit des Bündnisses, über das „in together - out together“, unterstrichen werden.

„In together“ gingen die Verbündeten im August 2003, als sie das Kommando von ISAF auf Basis eines UN-Mandats und auf Ersuchen der afghanischen Regierung übernahmen. Damit sollte die sicherheitspolitische Grundlage für die globalen, unter Führung der UN gebündelten Anstrengungen gelegt werden, um aus Afghanistan einen stabilen Staat zu entwickeln. Ähnlich wie im Kosovo konzentrierte sich die NATO auf die Schaffung eines sicheren und stabilen Umfelds sowie auf die Aufstellung lokaler Streit- und Polizeikräfte. Anfangs auf Kabul begrenzt, dehnte das Bündnis die Operationen bald auf das gesamte Staatsgebiet aus und wurde dabei von über 20 Partnern unterstützt. Darunter

solche, die sich wie Österreich auf die Gestellung von einigen Stabsoffizieren beschränkten (nur 2002 und 2005 stellte Österreich auch kleine Truppenkontingente) oder aber jene, die sich wie Australien mit Kampftruppen beteiligten.

Bald war klar, dass der Einsatz länger als ursprünglich gedacht dauern werde und dass die Bemühungen inhaltlich erweitert werden müssen. In ruhigeren Gebieten wurden Provincial Reconstruction Teams aufgebaut, in denen die wirtschaftliche Entwicklung in einem zivil-militärischen Ansatz vorangetrieben werden sollte. Wahlgänge wurden abgesichert, Alphabetisierungskampagnen für die weitgehend des Lesens unkundigen Rekruten organisiert. Wie im ganzen Land sollte die Afghan National Army (ANA) zumindest Elemente einer modernen Rechtsprechung erhalten, genauso, wie der Frauenanteil eingeführt und später erhöht werden sollte.

Auf dem Gipfeltreffen 2012 in Chicago wurde die Entscheidung getroffen, ISAF ab 2014 in die verkleinerte Ausbildungsmission „Resolute Support“ (RSM) umzuwandeln. Nach und nach übergaben die NATO-Truppen Provinz um Provinz an die ANA, gaben Kampfeinsätze auf und beschränkten sich auf reine Ausbildungsmaßnahmen. Die so wichtige Luftnahunterstützung wurde durch die US Air Force nur mehr fallweise geflogen und später von kleinen Einheiten der afghanischen Streitkräfte selbst übernommen. Mit dem Abzug der NATO-Kampftruppen kamen aber auch die Taliban wieder zurück.

Mitte April beschloss die NATO den Abzug aus Afghanistan und damit das Ende eines fast 18-jährigen Einsatzes, dessen Führung lange Zeit die Hauptaufgabe des Bündnisses bildete. Die Zielerreichung ist allerdings mehr als ungewiss, was dunkle Schatten auf ähnliche Engagements „des Westens“ in Afrika und anderen Weltgegenden wirft. Daneben demonstrierte die Allianz im letzten Halbjahr den aufrechten Verteidigungswillen und in der Zusammenarbeit mit der EU gab es einen weiteren Erfolg.

Und nun? Es steht zu befürchten, dass das Einsatzenende die jahrelangen Anstrengungen, die Gefallenen, die Unsummen an finanzieller Unterstützung zunichtemachen wird, da selbst das schon eingeschränkte Ziel, aus Afghanistan nie wieder einen Staat werden zu lassen, der Terroristen Unterschlupf gewährt, verfehlt werden könnte. Die siegessicheren Taliban stehen einer schwachen Autorität gegenüber und einer Zivilbevölkerung, die trotz einiger

demokratischer und gesellschaftlicher Fortschritte offenbar nicht gewillt ist, diese zu verteidigen.

Sollte sich dieses Ergebnis manifestieren, würde die Strategie, dass „der Westen“ vor Ort aktiv werden müsse, um politische Bedingungen in seinem Sinne nachhaltig zu beeinflussen, einen schweren Schlag erleiden. Zählt man dazu noch die sehr überschaubaren Erfolge diverser europäischer Ausbildungsmissionen in Afrika dazu, so erscheint es sehr fraglich, ob mit Engagement vor Ort gescheiterte Staaten stabilisiert und Migration eingedämmt werden kann. Zumindest muss intervenierenden Akteuren klar sein, dass westliche Werte wie demokratische Selbstbestimmung, Menschen- und Frauenrechte, Korruptionsbekämpfung, transparente Regierungsführung sowie die Herrschaft des Rechts in den Einsatzgebieten auf erheblichen und zähen Widerstand lokaler Machthaber stoßen werden, der die Erfüllung der gesetzten Ziele erschweren, wenn nicht gar verhindern kann.

Das Verhältnis zur Russischen Föderation

Neben der Beendigung der lange Zeit wichtigsten Krisenmanagementoperation war die NATO aber auch wieder klassisch zur Demonstration der Abschreckung gefordert. Dazu zählt „Europe Defender 21“, eine über mehrere Monate laufende Übungsserie. Deren räumliche Ausdehnung reichte von Nordeuropa bis zum Schwarzen Meer mit Schwergewicht Südosteuropa, integrierte alle alliierten Teilstreitkräfte und beinhaltete die strategische Verlegung von US-Kräften über den Atlantik und anschließend von West- nach Osteuropa. Der damit demonstrierte Verteidigungswille sollte vor allem gegenüber der Russischen Föderation verdeutlicht werden, die zur selben Zeit eigene Kräfte an der Grenze zur Ukraine zusammenzog. Die kollektive NATO-Verteidigungsklausel gilt nicht für Kiew, doch eindeutige Warnungen der USA führten zumindest zu einem Teilabzug. Generell bleibt das Verhältnis der NATO zum östlichen Partner (Russland ist seit 1994 PfP-Staat, Anm.) angespannt und erst Anfang Juni sah sich NATO-Generalsekretär Stoltenberg genötigt, wegen des immer engeren Zusammenrückens von Moskau und Minsk beiden Staaten die Abwehrbereitschaft der Allianz zu versichern, da vor allem Weißrussland eine Grenze mit mehreren NATO-Staaten teilt.

In dieser eher konfrontativen Lage bleibt als Positivum die gerade noch rechtzeitig vereinbarte Verlängerung des strategischen Nuklearwaffenabkommens „New START“. Dies ist zwar eine ausschließlich bilaterale Verständigung zwischen der Russischen Föderation und den USA, hat aber dennoch positive Auswirkungen auf das gesamte Verhältnis der NATO zu Russland. Einfach

weil damit ein Abkommen mit Wurzeln bis zurück in die Ära der Entspannung bis heute Gültigkeit hat und damit gegenseitiges Vertrauen weiter befördert wird.



NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg im Gespräch mit der Politico-Journalistin Laura Seligman beim Atlantic Council am 7. Juni 2021 in Washington

NATO und EU

Es sind diese beiden Organisationen, die das transatlantische Verhältnis repräsentieren und definieren. Mit dem Amtsantritt der Biden-Administration hat es sich erwartungsgemäß verbessert, doch es liegen weiterhin Stolpersteine auf dem gemeinsamen Weg. Dazu zählen vor allem der eingeschränkte gegenseitige klassifizierte Informationsaustausch aufgrund des Konfliktes Griechenland/Zypern – Türkei. Dazu kommt eine gewisse Uneinigkeit der EU-Mitgliedsstaaten in der Frage des Verhältnisses zu den USA. Frankreich ist der stärkste Befürworter einer „strategischen Autonomie“ der EU, also weitgehender europäischer Eigenständigkeit in globalen sicherheitspolitischen Fragen von Washington. Deutschland vertritt diese Position wesentlich schwächer, und der Osten des Alten Kontinents ist beinahe ausschließlich auf die NATO, wenn nicht sogar nur auf die USA fixiert. Dennoch konnte im Frühling ein Erfolg verbucht werden, nachdem den USA, Kanada und Norwegen eine Mitarbeit im Projekt „Military Mobility“ der Ständig Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ oder PESCO) grundsätzlich zugestanden wurde. Damit ist erstmals die Mitwirkung von drei Nicht-EU Mitgliedern an einem PESCO-Projekt von größter Wichtigkeit für beide Organisationen gesichert, das nicht zuletzt die Verstärkung des „Europäischen Pfeilers“ in der NATO bedeutet.

Naturngemäß bleiben noch immer viele Fragen offen. Dazu zählt vor allem die Politik gegenüber China, in der Washington eine restriktivere Position als die EU verfolgen dürfte. Der EU-USA-Gipfel Mitte Juni könnte hier erste Aufschlüsse bieten, die wiederum Rückschlüsse auf das Verhältnis zwischen EU und

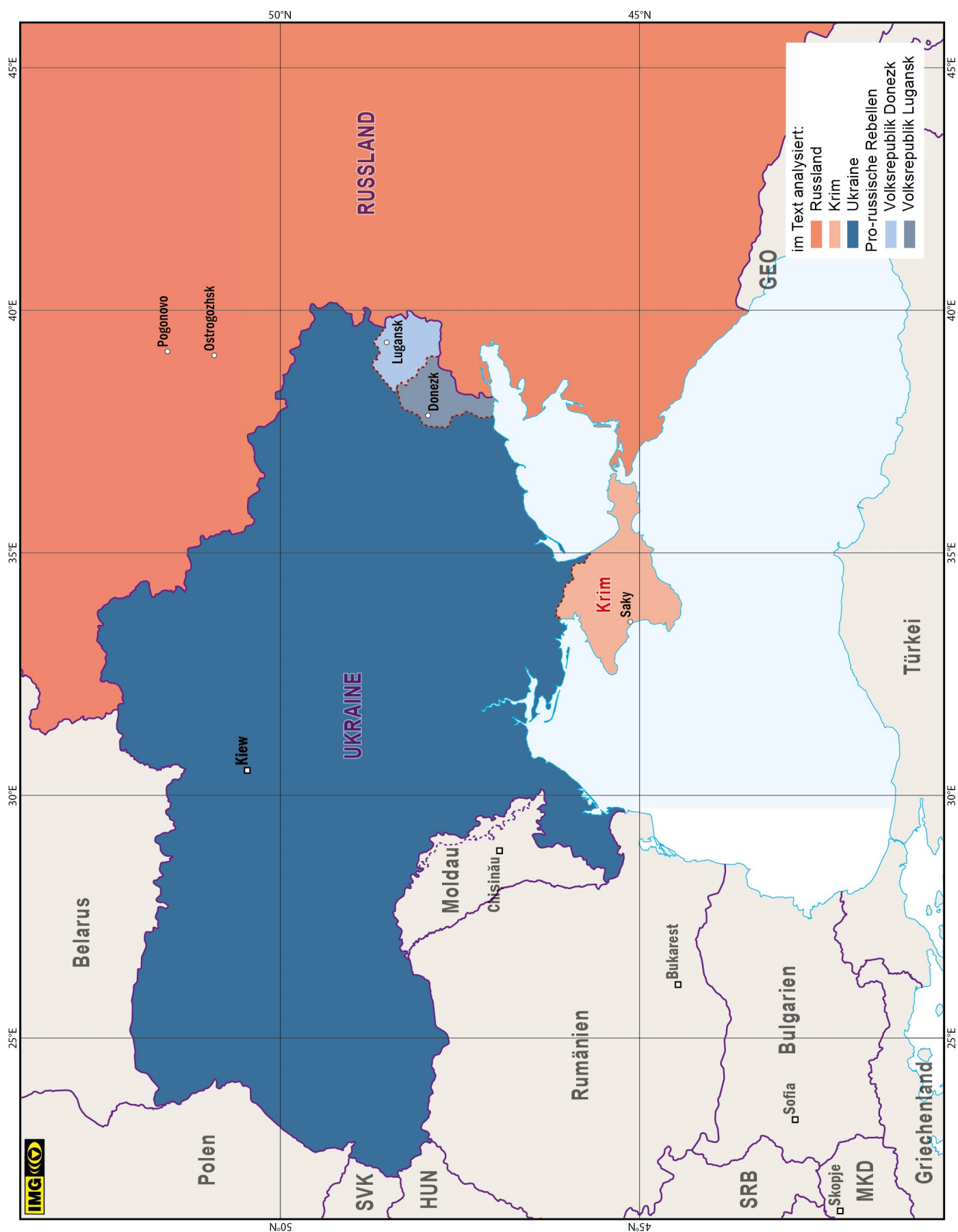
NATO haben könnten. Letzte Ergebnisse wird das für 2022 erwartete Strategische Konzept der NATO zeigen, da die Klärung der Politik gegenüber China 21 EU-Mitgliedsstaaten, die auch NATO-Alliierte sind, direkt betreffen wird.

Ausblick

Wie schon zu Jahresbeginn 2021 angeführt, bedeutet Präsident Biden eine „Erholung“ für die übrigen NATO-Mitglieder, wenn er auch an Forderungen seines Vorgängers wie die Erfüllung des „2% Ziels“ festhalten wird. Aber der Umgang mit den Verbündeten ist von gegenseitigem Respekt geprägt, „Strafmaßnahmen“ wie die Truppenreduktion in Deutschland werden rückgängig gemacht und es ergeht die Zusicherung, zukünftige Pläne im gegenseitigen Einvernehmen zu erstellen. Offen bleibt der genaue Umgang mit der Türkei Erdogans, der sich sehr wahrscheinlich einen Verbleib Donald Trumps gewünscht hätte. Dies ist auch bei Janez Jansa, Boris Johnson und Viktor Orban anzunehmen. Der neue/alte Zugang der US-Amerikaner den Verbündeten gegenüber folgt nicht nur hehren Prinzipien, sondern der Erkenntnis, dass die USA mit ihren Verbündeten stärker sind als ohne sie. Und über ein derartiges Netzwerk verfügen weder Moskau noch Peking.

Davon abgesehen wird die mittelfristige Ausrichtung der Allianz durch das Neue Strategische Konzept festgelegt, zumindest grundsätzlich. Das partnerschaftliche Verhältnis mit Russland aus dem alten Konzept 2010 wird sicher so nicht fortgeschrieben werden, interessant wird aber die Positionierung gegenüber Peking sein. Zumal einige europäische Verbündete große Investitionen mit dem „Reich der Mitte“ abschließen oder sogar daran denken, eine chinesische Universität auf ihrem Territorium zu errichten. Mehr darüber in einem halben Jahr.

Otto Naderer



Russisch-ukrainischer Grenzraum

... und ihre Partner und Herausforderer

Militärisches Drohpotential als geopolitische Taktik Russlands im Kontext innen- und außenpolitischer Entwicklungen

Im Berichtszeitraum wurden sowohl innen- als auch außenpolitische Spannungen vor dem Hintergrund geopolitischer Machtinteressen offensichtlich. Aus Sicht der russischen Regierung wurden die wesentlichen Maßnahmen des Jahres 2020 zur Stabilisierung der innenpolitischen Lage im Hinblick auf die im September 2021 stattfindenden Parlamentswahlen fortgeführt. Diese bestanden neben der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und ihrer sozioökonomischen Folgen auch darin, verschärfte Maßnahmen gegen die oppositionelle Bewegung des Kremlkritikers Alexej Nawalny einzuleiten. Seitens des Westens wurden gerade aufgrund der Haftbedingungen des Oppositionellen und somit der sich verschlechternden Menschenrechtslage in Russland sowie in Belarus Sanktionen verhängt, wodurch beide Staaten politisch, wirtschaftlich und auch verteidigungspolitisch näher aneinander rückten. Die Amtsübernahme im Weißen Haus durch US-Präsident Biden führte zunächst zu einem neuerlichen Tiefpunkt der bilateralen amerikanisch-russischen Beziehungen und auch zu neuen Dynamiken im Ukraine Konflikt. In diesem Kontext standen im Berichtszeitraum die erneut aufkommenden militärischen Spannungen im Osten der Ukraine sowie ein massiver Truppenaufmarsch russischer Streitkräfte entlang der ukrainischen Staatsgrenzen im Mittelpunkt des internationalen Interesses, da eine militärische Eskalation befürchtet wurde. Aufgrund der immanenten Wechselwirkungen zwischen Innen- und Außenpolitik haben russische Maßnahmen in dem einem Politikfeld stets starke Auswirkungen auf das andere. Das persönliche Treffen zwischen den Präsidenten Biden und Putin am 16. Juni trug zu einem neuen Rahmen der künftigen gegenseitigen Maßnahmensetzungen in der Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik bei. Seitens der EU verfestigte sich eine härtere Vorgehensweise gegenüber Russland.

Maßnahmen gegen COVID-19

Die innenpolitische Situation in Russland wurde wesentlich durch die Maßnahmen der Regierung gegen die COVID-19-Pandemie sowie das behördliche Vorgehen gegen die kremlkritische Bewegung des Anfang Jänner 2021 inhaftierten Alexej Nawalny bestimmt. Hinsichtlich der Pandemiebekämpfung konnte Russland zunächst aufgrund des Einsatzes eigener Impfstoffe – insbesondere von Sputnik V – das Infektionsgeschehen wesentlich schneller als einige

westliche Staaten unter Kontrolle bringen; jedoch stieg ab Mai die Zahl der positiv getesteten Corona-Fälle wieder rasant an. Mit Stand Mitte Juni haben sich in Russland knapp 5 Mio. Menschen mit Corona infiziert und rund 130.000 Personen sind mit oder an der Lungenkrankheit verstorben. Die bereits ab Dezember 2020 landesweit deutlich steigenden Zahlen haben ab Ende Mai wieder einen deutlichen Anstieg erfahren. Ende Mai waren nur 12% der russischen Bevölkerung geimpft, während z.B. in den USA im gleichen Zeitraum bereits über 50% der Menschen vollimmunisiert waren. Damit wies Russland im Vergleich zu westlichen Staaten einen deutlichen Rückstand bei der Impfquote auf. Ein dringender Appell des Moskauer Bürgermeister, Sergej Sobjanin, der am 16. Juni vor einer gefährlichen Überbelastung der Spitäler warnte, führte offenbar zu einem Umdenken. Damit der negative Trend schnell gestoppt werden könne, ordnete die Gesundheitsbehörde am 14. Juni verpflichtende Impfungen für 60% der Belegschaft in bestimmten Berufsgruppen und Branchen an. Dies gelte für Moskau sowie für drei weitere Regionen, wobei alleine in der Hauptstadt eine Million Menschen geimpft werden müssen. Der Zeitanhalt für die Durchführung wurde knapp bemessen, so wäre die Impfmaßnahme – bestehend aus zwei Impfungen pro Person – bis Mitte August abzuschließen. Grundsätzlich sind in Russland genügend Impfdosen vorhanden und die Vakzine aus eigener russischer Produktion (Sputnik V, Epivakkorona oder Covivak) werden gratis vergeben, doch genau gegen diese gibt es Vorbehalte. Angesichts der stark ausgeprägten Impfskepsis den heimischen Vakzinen gegenüber sowie weitverbreiteter Verschwörungserzählungen lehnen 60% der Russinnen und Russen die Impfung ab. Angesichts der hohen Infektionszahlen sowie der Impfskepsis scheinen die politischen Entscheidungsträger nur mit verpflichtenden Impfungen die weitere Ausbreitung des Virus in den Griff zu bekommen. Kritiker unterstellten dem Kreml zudem, dass sich Putin lieber um Geopolitik als um das Wohl der Bevölkerung Sorge. Diese Vorwürfe wiegen insbesondere kurz vor der Parlamentswahl schwer, sodass das Image des Präsidenten als „fürsorglicher Landesführer“ in Frage gestellt werden könnte. Putin selbst überlässt das heikle Corona-Krisenmanagement Vertretern aus der „zweiten Reihe“.

Der Fall Nawalny und westliche Sanktionen

Der 2020 wegen eines mutmaßlichen Giftanschlages russischer Geheimdienste in Deutschland behandelte Kremlkritiker Alexej Nawalny wurde unmittelbar nach seiner Ankunft in Russland im Jänner 2021 verhaftet und am 2. Februar vom Moskauer Gericht wegen dem Verstoß von Bewährungsaufgaben in einem früheren Strafverfahren zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Das

hohe Strafausmaß wurde von der US-Regierung als auch von höchsten EU-Entscheidungsträgern scharf verurteilt. Die Umstände von Nawalnys Haft sowie die weiteren Maßnahmen gegen seine oppositionelle Bewegung wurden im Westen bereits seit 2020 genau verfolgt und führten zu Sanktionen der EU und auch USA gegen russische Politiker und Spitzenbeamte.

Aufgrund der Mobilisierungsfähigkeit von Nawalnys Mitstreitern fanden im Jänner und Februar landesweit Solidaritätsdemonstrationen statt, bei denen laut Medien kurzzeitig rund 11.000 Anhänger des Oppositionellen festgenommen wurden. Die EU verhängte koordiniert mit den USA am 2. März die ersten Sanktionen gegen leitende Vertreter des Justiz- und Strafverfolgungssystems wegen Verletzung von Menschenrechten. Dass Maßnahmen gegen den Kremlkritiker Nawalny und seine Organisation im direkten Zusammenhang mit den anstehenden Wahlen stehen, wurde insofern deutlich, nachdem im Mai die Partei von Präsident Putin „Einiges Russland“ ein Gesetz im Parlament vorgelegt hatte, das die Einschränkung der Kandidaten für die Wahl im Herbst vorsah. Grundsätzlich bestand die Absicht des Kremls darin, die Haftbedingungen von Nawalny nicht in den Mittelpunkt des öffentlichen Diskurses zu stellen, um einer Solidarisierung der Jugend mit der Oppositionsbewegung entgegenzuwirken. Seine Anhänger nutzten aber Nawalnys Hungerstreik medial, um die Haftbedingungen und die Menschenrechte weiterhin in der EU und den USA zu thematisieren. Da die russische Führung aber grundsätzlich beabsichtigte, landesweite Demonstrationen zu unterbinden und auch im Hinblick der anstehenden Wahl entsprechende „Vorkehrungen“ zu treffen, wurden ab April konkrete legislative Maßnahmen eingeleitet, um die von Nawalny gegründete Bewegung zu verbieten, die Reaktionen im Westen wohl in Kauf nehmend.

Schließlich wurde am 4. Juni – wahrscheinlich nicht zufällig zu Nawalnys 45. Geburtstag – ein zuvor im Parlament beschlossenes Gesetz von Putin unterzeichnet, das die russischen Behörden befähigt, Politiker aufgrund der Zusammenarbeit mit „extremistischen und terroristischen“ Organisationen von allen Wahlen auszuschließen. Parallel dazu stufte ein russisches Gericht drei von Nawalny gegründete Organisationen als „extremistisch“ ein. Es wird nun befürchtet, dass Tausende Russen „rückwirkend auf eine Stufe mit Terrorunterstützern“ gestellt werden könnten, was weitere behördliche Konsequenzen nach sich ziehen könnte, jedenfalls dürfen diese Personen für kein politisches Amt kandidieren. Dieses harte Vorgehen gegen die Opposition spiegelt jedenfalls nicht das reale Ausmaß einer Herausforderung durch Mitbewerber im politischen Machtkampf wider und wäre daher auch vor dem Hintergrund des übergeordneten geopolitischen Konfliktes zu werten.

Mitte Juni lag bei Meinungsumfragen die Partei von Putin bei 33% und war somit mit Abstand die stärkste Partei, weit abgeschlagen gefolgt an zweiter Stelle von den Kommunisten, die lediglich 12% der Popularitätswerte für sich verbuchen konnten. Im gleichen Zeitraum äußerten aber 67% der Befragten generelle Zustimmung für Putins politische Maßnahmen, obwohl er als Präsident zunehmend kritischer gesehen wurde. Zusätzlich haben laut dem international renommierten Levada-Zentrum in Moskau insgesamt 47% der befragten Personen im April angegeben, dass sie die Höhe der Haftstrafe für Nawalny für „fair“ halten. Angesichts dieser wenige Monate vor der Parlamentswahl erfassten Umfragedaten erscheinen die drastischen Maßnahmen gegen Nawalny und seine Bewegung, dessen Popularität selbst im Jahr 2020 lediglich bei 5% lag, unter Jugendlichen jedoch stärker ausgeprägt ist, aus westlicher demokratiepolitischer Sicht eher irrational zu sein. Allerdings könnte nicht die Dumawahl im Herbst 2021, sondern bereits die Präsidentschaftswahl 2024 im Fokus der Maßnahmen stehen und dabei dürfte auch die „systemische Unterstützung“ aus dem Westen eine zentrale Rolle spielen. Innenpolitische Entwicklungen haben stets eine außen- und sicherheitspolitische Komponente, die es zu berücksichtigen gilt.

Ähnlich wie in Russland wurde auch in Weißrussland hart gegen die Opposition vorgegangen, was eine Reihe von Sanktionen der EU und USA nach sich zog. Den Höhepunkt stellte die Verhaftung des oppositionellen Bloggers und Aktivisten Roman Protassewitsch dar, der sich am 24. Mai auf einem Flug von Griechenland nach Litauen befand. Die Passiermaschine der Ryanair wurde von einem weißrussischen Kampflugzeug des Typs MiG-29 nach Minsk umdirigiert und zur Landung gezwungen, um Protassewitsch verhaften zu können. Dieser Vorfall wurde von der EU und USA als „gravierender Eingriff in zivilen Luftverkehr“ und als „staatliche Piraterie“ scharf verurteilt und zog weitreichende wirtschaftliche EU-Sanktionen gegen Weißrussland nach sich. Die Maßnahmen der EU umfassten Ende Juni konkrete Sanktionen gegen 166 natürliche und 15 juristische Personen und betrafen alle zentralen Wirtschaftsbereiche des Landes. Seit 5. Juni gilt in der EU ein Lande-, Start- und Überflugverbots von „belarussischen Luftfahrtunternehmen betriebenen Luftfahrzeugen“.

Aufgrund der Menschenrechtsthematik und der westlichen Sanktionen näherten sich Moskau und Minsk einander wieder stärker an. Zwar demonstrierten Putin und der weißrussische Präsidenten Alexander Lukaschenko bei einem Treffen in Minsk am 28. Mai gegenüber dem Westen Geschlossenheit, doch dies täuschte nicht darüber hinweg, dass auch der Kreml mit der weißrussischen Führung nicht bedingungslos einverstanden ist und man durchaus in der

Vergangenheit mit einigen Oppositionellen sympathisiert hatte. Deutlich wurde dies insbesondere bei den Protesten 2020. Anders als in der Ukraine 2013/2014 trat die weißrussische Opposition nicht gegen die pro-russische Orientierung des Landes auf. Jedenfalls wird die russische Führung die weitere Isolation Lukaschenkos und somit die gestiegene wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von Moskau für sich zu nutzen wissen. Eine Ausweitung der Zusammenarbeit, auch in der Verteidigungspolitik, wurde bereits beschlossen. Vom 9. bis 20. März fand in Russland die erste „taktische Übung“ zu „Friedenseinsätzen“ der russischen und weißrussischen Streitkräfte statt, diese Kooperation soll künftig ausgeweitet werden.

Tschechien im Fokus russischer Interessen?

Am 30. April reagierte Russland auf die zuvor im März verhängten EU-Maßnahmen mit Sanktionen gegen acht hochrangige politische Vertreter, darunter waren unter anderen der EU-Parlamentspräsident David Sassoli und die aus Tschechien stammende EU-Vizekommissionspräsidentin Věra Jourová, zuständig für Werte und Transparenz. Insbesondere zwischen Tschechien und Russland haben sich die bilateralen Beziehungen deutlich verschlechtert, nachdem der unter innenpolitischen Druck geratene tschechische Regierungschef, Andrej Babiš, und der Innenminister, Jan Hamáček, am 17. April verlautbarten, dass eine Explosion in einem Munitionslager in Vrbětice (Mähren) 2014 als ein Sabotageakt des russischen Militärgeheimdienstes GRU gewertet wurde. Dass die von der Regierung identifizierten Täter sieben Jahre nach der Explosion die gleichen Personen hätten sein sollen, die angeblich 2018 den ehemaligen russischen Doppelagenten Sergej Skripal in England vergifteten, stellte in Tschechien zunächst die Glaubwürdigkeit der Behauptung in Frage. Diese öffentliche Darstellung hinsichtlich der Hintergründe der Explosion und der russischen Urheberchaft erfolgte zudem nur einen Tag, bevor Innenminister Hamáček in seiner interimistischen Funktion als Außenminister in Moskau über den Kauf des Impfstoffes Sputnik V hätte verhandeln sollen. In kontroversen Debatten zweifelte unteren anderen der als prorussisch geltende Präsident, Miloš Zeman, die Darstellung von Premier Babiš und Innenminister Hamáček an. Die Konsequenz war jedenfalls, dass unmittelbar nach Bekanntwerden der Vorwürfe je 19 tschechische und russische Diplomanten das jeweilige Gastland verlassen mussten. Im kontrovers geführten öffentlichen Diskurs wurde allerdings infolge einer dichten Informationslage die Glaubwürdigkeit der Vorwürfe einer russischen Urheberchaft der Explosion im Munitionslager, bei der 2014 zwei Menschen getötet wurden, nicht mehr wie anfänglich offen in Frage

gestellt. Dieser Vorfall soll im Zusammenhang mit insgesamt vier Explosionen in Munitionslagern in Bulgarien zwischen 2011 und 2020 stehen. Dabei dürfte die Firma EMKO des bulgarischen Waffenhändlers Emilian Gebrew, der die Ukraine im Kampf gegen die pro-russischen Rebellen und davor auch schon Georgien gegen Russland unterstützte, eine zentrale Rolle spielen. Angeblich befanden sich zur Zeit der Explosion im tschechischen Depot in Vrbětice 2014 Waffen und Munition der Firma EMKO, die in einer kritischen Phase der bewaffneten Auseinandersetzung in die Ostukraine an Pro-Kiew-Kräfte hätten geliefert werden sollen. Gebrew selbst soll 2015 Opfer eines mutmaßlichen Giftanschlages gewesen sein, hinter dem er zunächst den russischen Militärgeheimdienst GRU vermutet hatte. Bei einem öffentlichen Auftritt im Mai 2021 sah er aber Verbindungen zur bulgarischen Regierung gegeben und kritisierte somit die offiziellen Darstellungen der Generalstaatsanwaltschaft, was Kontroversen in der Fachwelt auslöste. Jedenfalls wurden die Explosionen in den bulgarischen Munitionsdepots juristisch nicht aufgearbeitet. Die Regierung in Sofia unter Premier Bojko Borissov und der Generalstaatsanwalt, Iwan Geschew, sahen sich 2020 wegen Korruption und eines Abhörskandals des Inlandsnachrichtendienstes Massenprotesten ausgesetzt, wodurch auch ihre Glaubwürdigkeit von der kritischen Zivilgesellschaft angezweifelt wird.

In Tschechien selbst erhielten die bilateralen Beziehungen zu Russland im Kontext der Explosion in Vrbětice eine zusätzlich innenpolitische Brisanz. Im Mai forderte die bürgerliche Opposition geschlossen den Rücktritt des politisch stark angeschlagenen Innenministers und Vorsitzenden der Sozialdemokraten Hamáček. Er wurde beschuldigt, dass er in Russland eine Vereinbarung erzielen wollte, die darauf abgezielt haben soll, von Russland eine Million Impfdosen von Sputnik V als Preis für das Nichtskandalisieren des Vorfalls in Vrbětice 2014 günstig zu bekommen. Hamáček dementierte dies zwar, doch scheinen die Vorwürfe innenpolitisch vor dem Hintergrund der tschechischen Parlamentswahlen im Oktober 2021 schwer zu wiegen. Seit der öffentlichen Erklärung durch Premier Babiš und Innenminister Hamáček hat sich die tschechische Regierung innerhalb der EU und NATO als einer der schärfsten Kritiker gegenüber Russland positioniert. Zudem setzte Russland Tschechien zusammen mit den USA auf eine offizielle Liste der „unfreundlichen Länder“. Beide Staaten haben sich stark für die Freilassung des Oppositionellen Nawalny, für die Unterstützung der Ukraine und für Sanktionen gegen Russland ausgesprochen.

Entwicklungen in der Ostukraine

Aus der Sicht des Kremls hatten die Dynamiken im Zusammenhang mit dem Wechsel an der Staatsspitze in den USA insofern höchste Priorität, weil dies zu einer Verschiebung der Machtkonstellation in den internationalen Beziehungen führte und direkte Auswirkungen auf die russischen Maßnahmen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik hatte. Neben diesen Spannungen ließ ab Jahresanfang 2021 die sich verschlechternde Sicherheitslage in der Ostukraine Befürchtungen aufkommen, wonach dieser eingefrorene Konflikt wieder eskalieren könnte. Von Jänner bis Ende März sind laut offiziellen ukrainischen Angaben 17 Soldaten von den pro-russischen Rebellen getötet worden; wie viele Tote Rebellen und Zivilisten auf der Gegenseite zu beklagen waren, war nicht bekannt.

Nach der Amtsübernahme von Präsident Biden hat die neue US-Administration deutlich zu verstehen gegeben, die Ukraine in ihrem „Kampf um Souveränität“ – anders als in der Ära von Donald Trump – auch mit Waffenlieferungen aktiv zu unterstützen. Dies könnte laut Experten mit ein Grund dafür gewesen sein, dass eine Kette von Reaktionen ausgelöst wurden, die schließlich zu einem gefährlichen Aufmarsch russischer Truppen an der ukrainischen Grenze führten. Sowohl in der Region selbst als auch im Westen wurden Sorgen über eine militärische Eskalation geäußert. Im Zentrum der internationalen Krisendiplomatie standen Bemühungen, keinen Anlass für einen offenen Konflikt hinsichtlich der Truppenkonzentrationen russischer Streitkräfte zu bieten, die ihren Höhepunkt im April erreicht und sich so auf die europäische Sicherheitslage destabilisierend ausgewirkt hatte. Davor hat die Konfliktsituation in der Ostukraine eine wesentliche Verschlechterung der Sicherheitslage bewirkt, die durch gegenseitige Vorwürfe der Verletzung des Waffenstillstandes gegenzeichnet war.

Das Aufflammen von Kämpfen zwischen den ukrainischen Streitkräften und den pro-russischen Rebellen der „Volksrepubliken“ Donezk/Donesk und Lugans/Luhansk nahm seit Anfang März kontinuierlich zu. Neue Dynamik wurde durch eine am 11. März präsentierte Strategie der Ukraine eingeleitet, die eine „Rückbesitznahme“ der seit 2014 „okkupierten“ Krimvorsicht. Veröffentlicht wurde die Strategie vom „Nationalem Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine“ unter dem Titel: *„De-Okkupation und Reintegration des vorübergehend besetzten Gebiets der Autonomen Republik Krim und Sewastopol“*. Da die Ausarbeitung der Strategie unter Mitwirkung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj sowie von Krimtataren erfolgt sein soll, erhielt diese aus russischer Sicht eine zusätzliche Brisanz und wurde umgehend vom russischen Außenministerium scharf verurteilt. Infolge dessen hat sich die Situation in der umkämpften Donbas-Region weiter verschlechtert. Nach einem

Angriff von pro-russischen Rebellen, die vier ukrainischen Soldaten das Leben kostete, reichte Frankreich am 26. März eine Erklärung in den Vereinten Nationen ein, die Russland eindeutig verurteilte. Darin wurde Russland nicht als Mediator, sondern als Konfliktpartei genannt und *„entschieden die fortgesetzte Destabilisierung der Ukraine durch Russland und insbesondere die Handlungen Russlands in einigen Zonen der Regionen Donezk und Luhansk“* verurteilt. Zu den Unterzeichnerstaaten gehörten neben den meisten EU-Staaten unter anderen die USA, Kanada, Australien, Neuseeland und die Türkei.

Generell wurde der Ton des ukrainischen Präsidenten Selenskyj gegenüber Russland „kämpferischer“, obwohl er 2019 seinen fulminanten Wahlsieg mit 73% bei den Präsidentschaftswahlen auch dank seiner Versprechen erzielt hatte, den Krieg im Osten des Landes zu beenden und einen Dialog mit Moskau einzuleiten. Eine Änderung der Rhetorik der ukrainischen Führung wurde insbesondere nach dem Amtswechsel im Weißen Haus deutlich. Präsident Selenskyj muss innenpolitisch schwere Reformen gegen die Interessen von starken oligarchischen Netzwerken durchsetzen und kann sich daher keine Schwächen gegenüber Moskau oder den Rebellen in der Ostukraine erlauben. Erst Anfang Februar hat der Präsident oppositionelle Nachrichtensender mit Hinweis auf nationale Sicherheit verboten, die dem Medienimperium des prorussischen Oligarchen Viktor Medwedtschuk angehören. Damit hat Selenskyj, der nicht mehr jene hohen Popularitätswerte wie unmittelbar nach der Übernahme des Präsidentenamtes aufweist, Härte im innenpolitischen Konflikt signalisiert. Ende März lagen seine Zustimmungswerte bei lediglich 24,7%, die im Zuge der Spannungen in der Ostukraine wieder leicht gestiegen sind. Die Mitgliedschaft in der NATO und eine rasche Integration in die EU sind die zentralen außen- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen seiner Regierung, dabei wird er tatkräftig von einigen westlichen Akteuren unterstützt. Allerdings, so scheint es, macht sich in Kiew eine gewisse Enttäuschung über die westlichen Partner und ihre Versprechen, insbesondere was die Annäherung an die NATO anbelangt, breit.

Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze

Vor dem Hintergrund der erneuten Zuspitzung des Konfliktes in der Ostukraine erfolgte eine massive Truppenkonzentration russischer Streitkräfte entlang der ukrainischen Grenze in Folge einer großen Militärübung. Offiziell hätte die Übung am 24. März beendet werden sollen, doch noch am 30. März berichtete der ukrainische Generalstabchef, Ruslan Chomtschak, dem Parlament in Kiew über die „militärische Bedrohung“ durch russische Streitkräfte entlang der ukrainischen Grenze. Generalstabchef

Chomtschak meldete, dass zu diesem Zeitpunkt 25 russische Bataillone unmittelbar entlang der russisch-ukrainischen Grenze sowie auf der Krim stationiert worden wären und weitere 25 folgen könnten. Dies stelle eine „Bedrohung für die militärische Sicherheit des Staates“ dar. Parallel dazu führten Streitkräfte der Ukraine in der Nähe der Krim Manöver mit dem Mehrfachraketenwerfersystem „Smertsch“ und dem Flugabwehrraketensystem „Osa“ durch.

Gemäß den Ausführungen des Generalstabschefs Chomtschak soll die russische Militärpräsenz auf der Halbinsel Krim seit 2014 auf 32.700 Soldaten erhöht worden sein. Aufgrund der Truppenbewegungen von Ende März schloss die Kiewer Führung nicht aus, dass reguläre russische Einheiten auch in die abtrünnigen „Volksrepubliken“ verlegt werden könnten, um die „russische Bevölkerung zu schützen“. Dies könnte laut Chomtschak damit zusammenhängen, dass russische Behörden an die Menschen in der Donbas-Region massenweise russische Pässe vergeben hätten. Tatsächlich hat der Kreml unmittelbar nach Selenskyjs Wahl zum Präsidenten die „Passpolitik“ gegenüber Personen in den „Volksrepubliken“ geändert, so dass diese leichter die russische Staatsbürgerschaft erlangen konnten. Im Juni 2019 wurde als Voraussetzung für einen russischen Pass der Besitz eines Reisedokuments der „Volksrepubliken“ definiert. Bereits 2020 sollen rund 400.000 russische Pässe an die Bewohner der „Volksrepubliken“ ausgehändigt worden sein. Diesem Vorgehen könnten strategische Überlegungen zugrunde liegen: 2008, im Vorfeld des russisch-georgischen Krieges, hatte der Kreml seine Aktion gegen Georgien damit zu erklären versucht, dass bereits viele Menschen in Abchasien und Südossetien im Besitz eines russischen Passes waren und gemäß der russischen Verfassung als russische Bürger geschützt werden müssten. Im April 2021 befürchtete die Führung in Kiew, dass der Kreml in ähnlicher Weise die russische Staatsbürgerschaft der Bewohner im Donbas als Argument gebrauchen könnte, um die Ostukraine mit Truppen zu besetzen.

Laut US-Angaben befanden sich Ende März/Anfang April rund 100.000 russische Soldaten an der ukrainischen Grenze. Dies stellte das höchste Militäraufgebot Russlands seit dem Ausbruch der bewaffneten Auseinandersetzung in der Ostukraine dar. Angesichtes dieses Bedrohungspotentials sprachen US-Militärs im Europäischen Kommando der Vereinigten Staaten (USEUCOM) in ihrer Beurteilung der Sicherheitslage nicht mehr von einer „möglichen Krise“, sondern bereits von einer „potenziell bevorstehenden Krise“. Insgesamt sollen zwei Armeen (die 41. Armee des „Zentralen“ und die 58. Armee des „Südlichen Militärbezirks“) sowie drei Luftlandedivisionen (7., 76. und 98. Luftlandedivision) entlang der russisch-ukrainischen Grenze stationiert worden sein. Auch die Präsenz der Luftstreitkräfte auf dem Militärflughafen

„Saki“ auf der Halbinsel Krim soll massiv ausgeweitet worden sein (darunter Kampfflugzeuge der Typen Su-34, Su-30, Su-27, Su-25 und Su-24). Zusätzlich wurden kampfkraftige Marineeinheiten ins Schwarze Meer, unter anderen zur Sicherung der Meerenge vom Kertsch abkommandiert. Hinsichtlich der Stellungen der russischen Streitkräfte an der ukrainischen Grenze wurden unterschiedliche Ableitungen gezogen. Besonders auffällig erschien der Ausbau von Militäreinrichtungen in Grenznähe in der Region Woronesch. Hier dürften insbesondere die Ortschaften Ostrogoschsk und Pogonovo, ca. 160 km vom ukrainischen Territorium entfernt, eine wichtigere Rolle für die Truppenkonzentration gespielt haben.

Nachdem bereits die internationale Krisendiplomatie angelaufen worden war, um eine weitere Eskalation zu verhindern, waren die Hauptmotive des russischen Vorgehens noch immer weitestgehend unklar. Am 10. April sagte schließlich der russische Verteidigungsminister, Sergej Schoigu, dass es sich bei den Maßnahmen um die „Erprobung“ der „Kampfbereitschaft“ russischer Kräfte im Hinblick auf die geplanten NATO-Übungen im Raum handle. Tatsächlich hatte die NATO mehrere Übungen im Frühjahr angekündigt, die Russland im eigenen Vorfeld als bedrohlich wahrnahm. Dabei handelte es sich einerseits um die im Mai und Juni stattfindenden „Defender Europe 2021“ (bestehend aus mehreren „Teilübungen“ gem. Pentagon mit bis zu 28.000 Soldaten aus 25 Staaten) und andererseits um die „Steadfast Defender 2021“, an der sich 20 Staaten mit 5.000 Soldaten, 20 Schiffen und 40 Flugzeugen beteiligen sollten. Zudem sollte eine von der Ukraine und USA geführte Übung „Sea Breeze 2021“ (28.6.-10.7.) mit ebenfalls rund 5.000 Soldaten aus 32 Staaten im Schwarzen Meer durchgeführt werden. Moskau kritisierte diese Übungen im für Russland „sensiblen“ sicherheitspolitischen Raum als Provokation. Insbesondere die Übung „Defender Europe 2021“ löste in Russland Sicherheitsbedenken aus, so Verteidigungsminister Schoigu Mitte April: „Die NATO führt in Europa jedes Jahr bis zu 40 große operative Schulungsveranstaltungen mit einem klaren anti-russischen Schwerpunkt durch. Und in diesem Frühjahr hat die NATO mit ‚Defender Europe 21‘ eine der ehrgeizigsten Übungen der letzten 30 Jahre begonnen.“ Dabei wären russische Sicherheitsinteressen berührt: „Die Hauptkräfte konzentrieren sich in der Schwarzmeer-Region und in der baltischen Region“, präzisierte Schoigu in seiner Stellungnahme.

Die Frage, ob die jährlich stattfindende Übung „Defender Europe“ der NATO ein Vorwand oder tatsächlich der Auslöser für das massive Militäraufkommen an der ukrainischen Grenze war, lässt unterschiedliche Interpretationen zu. Seitens der USA und der Allianz wurde stets beteuert, dass diese Übungen einen defensiven Charakter hätten und sich

nicht gegen Russland richteten. Jedenfalls gab der Kreml deutlich zu verstehen, dass die „roten Linien“ für Russland im Schwarzen Meer bei der Gefährdung der Sicherheit der 2014 annektierten Halbinsel Krim nicht überschritten werden dürfen. Medien berichteten in diesem Zusammenhang von einer deutlichen Warnung in diesem Sinne im persönlichen Telefongespräch zwischen den Präsidenten Putin und Biden am 13. April. Diese dürfte ihr Ziel nicht verfehlt haben: Die USA stoppten daraufhin die Entsendung von zwei Kriegsschiffen, die bereits am 14. und 15. April den Bosphorus passieren sollten, in das Schwarze Meer. Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass das Militäraufkommen russischer Kräfte an der ukrainischen Grenze und im Schwarzen Meer als taktisches Mittel im geopolitischen Konflikt aufgefasst werden könnte.

Gerade am Höhepunkt der krisenhaften Entwicklung schien die ukrainische Regierung Unmut westlicher Akteure und auch der Allianz erzeugt zu haben, nachdem man seitens Brüssels und Washingtons bereits um eine Deeskalation bemüht war. Am 15. April forderte der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrej Melnik, die Aufnahme der Ukraine in die NATO, anderenfalls würde eine nukleare Wiederbewaffnung der Streitkräfte ins Auge gefasst werden. Dieser Vorstoß wurde von den wesentlichen Politikern teils als Erpressung interpretiert und umgehend abgelehnt, aber dennoch dürfte diese Forderung nicht ohne Wirkung geblieben sein. Die strukturelle Annäherung an die Allianz, aber auch die Unterstützung der Ukraine mit Waffen, vor allem von den USA und dem Vereinigten Königreich, dürften weiter forciert werden. Gemäß Pentagon haben die USA der Ukraine seit 2014 Militärhilfe im Wert von 1,6 Mrd. Euro geleistet. Erst im März wurden weitere Hilfen gegen die „russische Aggression“ zugesagt. Die im April massiv aufkommenden militärischen Spannungen führten nicht nur in den USA und der NATO, sondern auch in der EU zu politischen Appellen und Bemühungen, die Situation zu entschärfen. Am 19. April sprach der EU-Außenbeauftragte Joseph Borell sogar von 150.000 russischen Soldaten an der ukrainischen Grenze, während westliche diplomatische Quellen „lediglich“ von bis zu 120.000 Militärangehörigen ausgingen. Jedenfalls wurde das massive militärische Aufgebot als ernste Bedrohung wahrgenommen und Moskau zur Entspannung der Situation aufgerufen. Obwohl Russland für die Eskalation verantwortlich gemacht wurde, fasste die EU keine Sanktionen wie bei Fragen der Menschenrechte ins Auge.

Schließlich verkündete die russische Führung über Verteidigungsminister Schoigu am 22. April die Rückverlegung russischer Truppen in ihre Heimatgarnisonen. Auch wenn der Abbau der Präsenz rasch von staten ging, war der Verbleib von Teilen der 41. Armee und von schwerem Gerät am

Militärübungsplatz in Pogonovo geplant. Laut Verteidigungsminister Schoigu sollten sich diese Truppen als Reaktionskräfte im Falle einer unvorhersehbaren Entwicklung im Rahmen der NATO-Übung „Defender Europe 2021“ in Bereitschaft halten. Auch die im September geplante russische Übung zusammen mit Weißrussland „Zapad 2021“ (übersetzt: „Westen 2021“) wurde als Grund für den nicht vollständigen Abzug in die Heimatgarnisonen angeführt. Ungeachtet des Truppenabzugs von der ukrainischen Grenze verhängte Russland eine Sperre von Teilen des Schwarzen Meers sowie des Luftraums über der Halbinsel Krim. Bis Oktober 2021 dürfen ausländische Kriegsschiffe sowie andere „staatliche Schiffe“ bestimmte Abschnitte im Schwarzen Meer nicht benutzen. Im Zentrum stehen die Gebiete südlich der Halbinsel Krim sowie die Meerenge von Kertsch. Diese Meerenge ist aufgrund der Verbindung vom Schwarzen zum Asowschen Meer von höchster strategischer Bedeutung für die Ukraine. Am Asowschen Meer liegt die industrie- und handelspolitisch wichtige ukrainische Hafenstadt Mariupol. Des Weiteren betreibt die Ukraine über die Meerenge von Kertsch ihre Stahl- und Getreide-Exporte. Vor diesem Hintergrund bleiben Spannungen mit weiterem Eskalationspotential unausweichlich. Gerade vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Schwäche der Ukraine könnten Reaktionen Kiews folgen.

Russisch-amerikanischer Kompromiss

Die weiteren sicherheitspolitischen Entwicklungen im allgemeinen postsowjetischen Raum werden nicht zuletzt von den Beziehungen zwischen Washington und Moskau abhängen. Beim erstmaligen Treffen zwischen den Präsidenten Putin und Biden am 16. Juni in Genf wurde eine Annäherung zwecks Berechenbarkeit der Beziehungen gesucht. Dabei wurde die gesamte Bandbreite der globalen und regionalen Interessensgegensätze inklusive der Menschenrechtslage besprochen. Während für Präsident Biden Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur in den USA eine „rote Linie“ darstellt, betonte Putin, keine Überschreitungen von Linien im Ukrainekonflikt und im Schwarzen Meer zu dulden. Putin zeigte sich mit dem Treffen, das er als konstruktiv bezeichnete, zufrieden. Beide Seiten signalisierten Bereitschaft zu weiteren Gesprächen. Ein sicherheitspolitischer Kompromiss zwischen Russland und USA könnte darauf hinauslaufen, dass Russland nicht wie bisher hybride Maßnahmen und Cyberangriffe gegen die USA und ihre westlichen Partner durchführt, im Gegenzug dafür würde Washington moderater im osteuropäischen Konfliktraum und im Schwarzen Meer auftreten. Die angespannten Beziehungen zwischen dem Westen und Russland könnten sich damit verstärkt auf die EU verlagern. Gerade auf dem Gipfel der Staats-

und Regierungschefs am 24./25. Juni 2021 wurde eine Annäherung an Moskau entgegen dem Wunsch des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel von der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten abgelehnt. Dabei wurde neben den „disruptiven Tendenzen“ seitens Russlands in der EU und der Menschenrechtslage auch der Konflikt in der Ukraine als Grund angeführt.

Im Hinblick auf die angespannte Situation mit Russland dürften künftig engere Absprachen zwischen Brüssel und dem Vereinten Königreich ebenfalls notwendig erscheinen. Jedenfalls deutet einiges darauf hin, dass sich London nach dem Brexit geopolitisch global und regional neu positionieren möchte. Am 23. Juni drang laut russischen Angaben der britische Zerstörer HMS Defender, der im Schwarzen Meer an der Übung „Sea Breeze“ teilnehmen sollte, drei Kilometer in von Russland beanspruchte Gewässer vor der Krim ein und konnte erst mit Warnschüssen der russischen Streitkräfte zur Abkehr gezwungen werden. Während Moskau von einer „gezielten Provokation“ sprach, negierte London die Darstellungen und sprach lediglich von einer russischen Übung. Zudem gab die britische Regierung zu verstehen, dass man die Annexion der Krim nicht anerkenne, es sich somit um ukrainische Gewässer gehandelt hätte. Dieses Beispiel zeigt, wie fragil die Sicherheitssituation bleibt und dass es schwierig sein wird, Ambitionen von unterschiedlichen regionalen Akteuren unter Kontrolle zu behalten. Aus russischer Sicht hat man es mit mehreren Interessenslagen zu tun, die eigentlich nur durch einen Führungsanspruch der USA vereint werden könnten. Ob ein Kompromiss zwischen den USA und Russland diesbezüglich Bestand haben wird, wird sich schon bald weisen. Hinsichtlich der weiteren Beziehungen zwischen Russland und dem Westen spielte neben den USA auch Deutschland eine entscheidende Rolle. Daher werden die im Herbst 2021 stattfindenden Bundestagswahlen und somit die künftige Berliner Bundesregierung ebenfalls richtungsweisend sein.

Ableitungen und Ausblick

Die innenpolitische Stabilität wird aus der Sicht des Kremls sowohl von innen als auch außen herausgefordert. Daher werden auch künftig innenpolitische Maßnahmen als Härte der russischen Führungselite dem Westen gegenüber verstanden. Umgekehrt werden außen- und sicherheitspolitische Handlungen innenpolitisch stets als Zeichen der Stärke konnotiert. Im Hinblick auf die im September stattfindenden Dumawahlen dürfte das Infektionsgeschehen eine zusätzliche politische Relevanz für die Entscheidungsträger im Land spielen. Daher muss der seit Mai verschlechternde Trend hinsichtlich der positiv getesteten COVID-19-Fälle

mittels regionalem Impfbzwang gestoppt werden. Zwar werden Kritiker im In- und Ausland, die der russischen Führung vorwerfen, sich mit autoritären Machtmethoden gegen die außerparlamentarische Opposition im Vorfeld der Parlamentswahlen Herausforderer Putins entledigt zu haben, weiterhin eine Rolle spielen, diese werden jedoch die Wahlen nicht entscheidend beeinflussen. Die Anstrengungen sowohl der Opposition als auch des Machtapparates von Präsident Putin dürften bereits auf die Präsidentschaftswahlen 2023 ausgerichtet sein. Insbesondere von der EU dürfte die Menschenrechtslage weiterhin als eine zentrale Materie in den Beziehungen zu Russland hervorheben, weil hier ein Hebel der Beeinflussung besteht. Die für Russland wichtige Positionierung der USA wird auch von den Entwicklungen im indopazifischen Raum abhängig sein. Grundsätzlich scheinen die USA langfristig ihren Fokus auf die Herausforderungen durch China zu legen, wodurch weiterführende Sicherheitsaspekte im Zusammenhang mit Russland zunehmend von Europa selbst zu behandeln wären. In diesem Zusammenhang dürften die EU und die NATO eine wesentliche Rolle spielen. Paradoxerweise würde gerade dies die Moskauer Sicht stärken, wonach die Europäer selbst für ihren Kontinent sorgen sollten. In diesem Zusammenhang könnte das Vereinte Königreich eigene sicherheitspolitische Akzente als regionalpolitischer Akteur und womöglich auch zum Nachteil der EU setzen. Die Ambivalenz der EU gegenüber Russland wurde gerade im Berichtszeitraum bestätigt. Moskau muss einerseits zu allen 27 EU-Mitgliedstaaten die Interessenslage und das Verhältnis abklären; andererseits wird der Kreml weiterhin versuchen, eine spezielle Partnerschaft mit Berlin auch nach der Bundestagswahl 2021 aufzubauen. Da sich aber kleinere Mitgliedsstaaten wie die baltischen oder auch, wie im aktuellen Beispiel, Tschechien die Beziehungen nicht vorschreiben lassen werden, wären „disruptive Aktivitäten“ seitens Moskaus zu hinterfragen. Im Zentrum bleibt der offene Konflikt in der Ostukraine. Dabei wird auch künftig das militärische Machtpotential Russlands eine entscheidende Funktion haben. Wie die russische Truppenkonzentration im Berichtszeitraum entlang der russischen Grenze sowie im Schwarzen Meer zeigte, kann aus russischer Sicht eine „militärische Drohung“ als „geopolitische Taktik“ durchaus erfolgreich sein. Allerdings birgt ein derartiger Zugang ein unkalkulierbares Risiko unvorhersehbarer Entwicklungen.

Rastislav Báchora

Geschichte als Konfliktraum – Maly Trostinec und Belarus

Anlässlich der 80. Wiederkehr des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion 1941 hielt der belarussische Präsident Alexandr Lukaschenko in der sogenannten „Heldenfestung“ Brest am 22. Juni 2021 eine Rede. Vor dem Hintergrund von EU-Sanktionen anlässlich der Festnahme des Lukaschenko-kritischen Bloggers Roman Protassewitsch im Mai 2021 richteten sich seine Worte gegen einzelne europäische Staaten. Lukaschenko führte dabei mehrmals den Ort Maly Trostinec an und nutzte diesen über historische Bezüge zu Angriffen gegen den österreichischen Bundespräsidenten Alexander van der Bellen und den deutschen Außenminister Heiko Maas. In Reaktion auf Kritik an seiner Person betitelte er diese als „*Heuchler*“ und „*Nachfolger der Nazis*“ und unterstellte ihnen feindselige Absichten. Diese Rede, vor allem aber die Thematisierung von Maly Trostinec als Projektionsort von erinnerungspolitischen Konflikten markiert den bisherigen Höhepunkt einer Akzentuierung von Brüchen innerhalb einer europäischen Erinnerungskultur.

Hintergrund dieser Entwicklung ist der Diskurs von Erinnerung und Gedächtnis rund um den Zweiten Weltkrieg – mit dem Zivilisationsbruch Holocaust als zentrales Leitmotiv des Gedenkens. Seit den 1980er Jahren internationalisierte sich diese Erinnerungskultur in zunehmendem Maße und wurde verstärkt zu einem Feld, in dem Identität, aber auch strategische Positionierung verhandelt werden. Nach Ende des Kalten Krieges richtete sich der Blick verstärkt auf den Raum der zerfallenden Sowjetunion respektive auf die Rolle Osteuropas im Zweiten Weltkrieg. Dabei prallten unterschiedliche Erinnerungswelten aufeinander. Westeuropa fokussierte dabei auf die „Killing Fields“ des Ostens und betrachtete den Angriffskrieg gegen die Sowjetunion als Triebfeder der industriellen Massenvernichtung des Holocaust. In den Nachfolgestaaten der Sowjetunion – darunter auch im heutigen Belarus – war der Blick stärker auf den Überfall des Deutschen Reiches selbst gerichtet, untermauert durch das heroisierende Narrativ des „Großen Vaterländischen Krieges“. Gerade in dieser Betrachtung fand der Holocaust kaum einen Platz und wurde eher als westeuropäisches Phänomen – durchaus auch in Abgrenzung – gesehen.

Durch das Ende des Kalten Krieges verschränkten sich diese Zugänge und Ausrichtungen zusehends und wurden gerade von den Nachfolgestaaten der Sowjetunion im Sinne einer Westöffnung bzw. zur Intensivierung einer Verbindung mit Westeuropa, aber auch als Abgrenzung zu Russland genutzt. Dabei ging es um nichts weniger als um Positionierungen im Gesamtgefüge Europas. Eine zunehmend politisierte Erinnerungskultur wurde schrittweise zu einem der wichtigsten Diskursfelder zwischen West und Ost und bediente dabei nicht nur den Umgang mit dem Nationalsozialismus, sondern auch die nachträgliche Einordnung der Sowjetunion und des Kommunismus.

Eine besondere Rolle nahm dabei Weißrussland/Belarus ein, das als zentraler Kriegsschauplatz am Ende des Zweiten Weltkrieges mit über drei Millionen Toten die höchste Opferzahl aller sowjetischen Teilrepubliken zu beklagen hatte. Aus diesem Grund prägte sich hier der Kampf der Roten Armee und der Partisanen besonders in die Erinnerungskultur des Landes ein. Gedenkorte wie Chatyn waren und blieben von sowjetischen Opfernarrativen geprägt, die sich nach 1991 auf die Nation übertrugen und die Identität stifteten. Ab den 2000er Jahren wurde der nahe Minsk liegende Ort Maly Trostinec zum wohl wichtigsten Erinnerungsort – den die belarussische Regierung gleichzeitig auch für eine internationale Öffnung nutzte. Dabei nahm man auf den einstmaligen Vernichtungsort Maly Trostinec/Blagowschtschina Bezug, in dem durch das Deutsche Reich zwischen 1942 und 1944 über 100.000 Menschen ermordet worden waren, darunter über 10.000 jüdische Österreicherinnen und Österreicher. Maly Trostinec war so zum größten Vernichtungsort der jüdisch-österreichischen Bevölkerung neben dem KZ Auschwitz-Birkenau geworden. Dennoch war dieser in Westeuropa lange Zeit gänzlich unbekannt. In der Sowjetunion und damit auch im heutigen Belarus hingegen galt und gilt er als „größtes Vernichtungslager auf dem Gebiet der besetzten Sowjetunion“ – wobei sich dieser Blick vor allem auf dort ermordete Partisanen, Rotarmisten und sowjetische Zivilistinnen und Zivilisten richtete. 2008 erweiterte Alexandr Lukaschenko die Bedeutung, in dem er die Errichtung eines „*majestätischen Gedenk-Memorials*“ ankündigte, das eine internationale Tragweite erhalten sollte. Dazu wurden westeuropäische Staaten eingeladen, in der Gedenkstätte eigene (nationale) Denkmäler zu errichten. Diese standen jedoch kaum in einem Dialog mit alt-sowjetischen und belarussischen Gedenkzeichen und bedienten sehr unterschiedliche Narrative. So beleuchteten „westliche“ Denkmäler vor allem die jüdischen Opfer und blendeten sowjetische weitgehend aus. Belarus hingegen hielt am Grundnarrativ des „Großen Vaterländischen Krieges“ fest, der wechselweise als verbindende aber auch als trennende Erzählung in Richtung Europäische Union und Westeuropa verwendet werden konnte. Die Gedenkstätte wurde dabei vor allem zur Beeinflussung der Beziehungen zu Deutschland und Österreich genutzt – diente also vor allem der Instrumentalisierung von Erinnerung und Gedächtnis im Sinne internationaler Beziehungen.

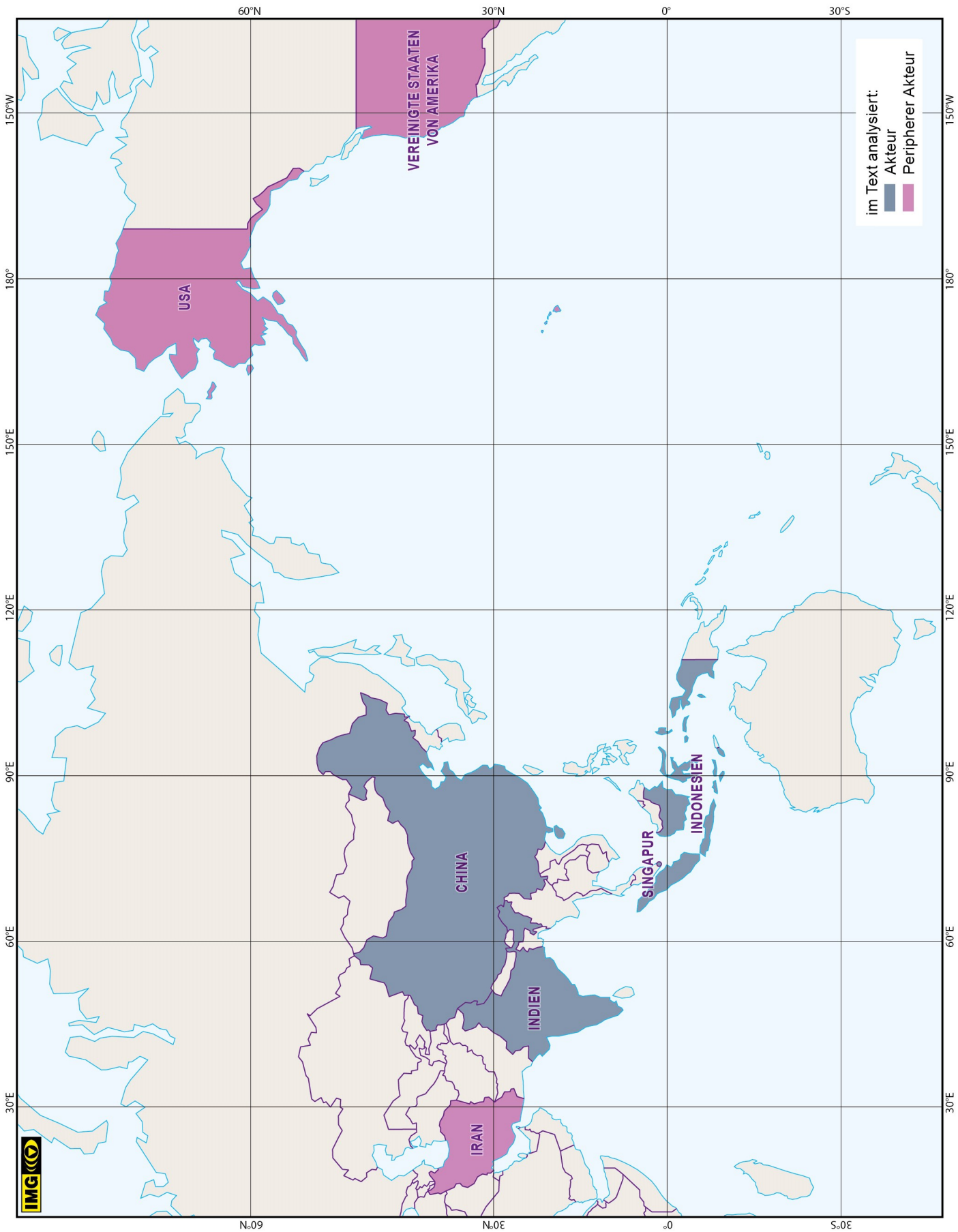
Aufbauend auf private Initiativen beteiligte sich Österreich ab 2019 durch die Errichtung eines „Massivs der Namen“, das sich auch als zentrales Mahnmal für die gesamte ermordete jüdische Bevölkerung Österreichs versteht. Begleitend dazu erfolgten gegenseitige Besuche der jeweiligen Staatsführung – wobei Österreich 2019 das erste EU-Land war, in das Alexandr Lukaschenko seit Verhängung von Sanktionen im Jahr 2016 offiziell eingeladen wurde.

Mit 2019 wurde seitens Belarus eine Nutzung der Gedenkstätte im Sinne einer trennenden Erzählung deutlich. Erkennbar ist dies anhand der neuerlichen Betonung des „Großen Vaterländischen Krieges“. Gerade Alexandr Lukaschenko machte in seiner Rede vom 22. Juni 2021 deutlich, dass er diese Erzählung, wie auch die Gedenkstätte Maly Trostinec als Diskussionsort von Schuld und Verantwortung für aktuelle Bezüge nutzbar machen will. Darin verankert sich das Narrativ anhaltender westeuropäischer Angriffe auf Belarus. Diese Entwicklung reiht sich dabei in ein größeres Bild ein. So nimmt auch Russland gerade in den letzten Monaten verstärkt Bezug auf die Erinnerungskultur des Zweiten Weltkrieges und die Sowjetunion als einstmalige Großmacht – nicht zuletzt durch Spiegelung im aktuellen Ukraine-Konflikt. Erst vor kurzem wurde durch die Duma ein Gesetz erlassen, dass die Infragestellung des Grundnarrativs vom „Großen Vaterländischen Krieg“ unter Strafe stellt. International gesehen, ist gleichzeitig eine Re-Nationalisierung der Erinnerungskultur, auch zum Holocaust, festzustellen, die beispielsweise in Polen deutlich zu bemerken ist und durchwegs in Konflikt mit Russland steht. Dieses Zurückziehen und Betonen nationaler Narrative verstärkt Gegensätze und Abgrenzungen. Es steht zu erwarten, dass über diese Diskussion Konfliktpotenziale durch historische Untermauerungen verstärkt werden.

Die Erinnerungskultur zum Zweiten Weltkrieg steht an einem Übergang, der sich mit dem Ende der Zeiteigenschaft zum Zweiten Weltkrieg erkennen lässt. An diesem Übergang sind (Um-)Formungen am stärksten vertreten, die wiederum die politische Nutzbarmachung von Gedächtnis für die Deutung aktueller Konflikte und Einflussnahmen bilateraler und internationaler Beziehungen ermöglichen. Erinnerungskultur ist so nicht nur ein Gradmesser für die Ausrichtung von Konflikten, sondern eine Kommunikationsebene, über die Konflikte selbst ausgetragen werden – das gilt auch für die Gedenkstätte in Maly Trostinec.

Vor diesem Hintergrund sind Geschichtsbilder und Geschichtsnarrative in ihrer Wirkung als Teil einer strategischen Kommunikation als eigene Konfliktfelder zu betrachten, die in der Schaffung und Stärkung eigener Identitäten auch Abgrenzung zu gegnerisch definierten Gesellschaften zum Ziel haben. So wird die Instrumentalisierung von Geschichte auch zum Teil einer hybriden Kriegsführung, die vor allem an Wahrnehmungen und deren Veränderung festmacht. Auch Österreich ist Teil dieses Prozesses und in entsprechende Diskurse eingeordnet, und kann dabei in der Neu-Akzentuierung historischer Betrachtungen zur Zielscheibe werden – das belegt nicht zuletzt die Gedenkrede von Aleksandr Lukaschenko in der „Heldenfestung“ Brest.

Georg Hoffmann



Indo-Pazifischer Raum

Der indopazifische Raum

Chinas globale normative Wirkung

Geographisch konzentriert sich China im indopazifischen Raum auf strategisch bedeutende Regionen. Zudem strebt es immer zielgerichteter nach der globalen Durchsetzung seiner eigenen Ordnungsvorstellungen und Werte, zuletzt im Rechtswesen, im Cyberspace und in der Geldpolitik. Dem größten Einfluss unterliegen generell Normen, die inhaltlich oder regional umstritten oder erst in der Entwicklungsphase sind, etwa für die Internetsicherheit, die Biotechnologie oder die künstliche Intelligenz. Der indopazifische Raum gilt als normativ und institutionell gering entwickelt.

China verstärkt seinen Einfluss normativ und regional, zuletzt in Südasiens. Priorität hat dabei Machtgewinn in Relation zu seinen Gegnern. **Indien** erhöht daher seine Bereitschaft zur Kooperation mit intra- und extraregionalen Mächten. Indiens Abstimmung mit den USA wird sich dabei vor allem in Südostasien auswirken. Als Resultat einer zunehmend hybriden Geopolitik mit unscharfen Einflussphären orientieren sich die Länder, den spezifischen Interessen folgend, flexibel an westlichen oder nicht-westlichen Mächten.

Chinas prägender Einfluss auf das zukünftige Innovationsumfeld und die **digitale Standardsetzung** zeigt sich an den – qualitativ hochwertigen – Einreichungen in den entsprechenden Normungsinstitutionen, in denen China immer öfter Führungspositionen einnimmt. Dies ist mit Chancen und Risiken verbunden. Beispielhaft ist die Vorgangsweise im Rahmen der digitalen Seidenstraße, etwa für 5G oder die Informationstechnologie (siehe LVAk-Schriftenreihe Band 15/2020). Die Digitalstrategie ist zentral für die langfristigen strategischen Ziele Chinas. Sie bezieht sich auf einen weit gesteckten Geltungsbereich, formt die Digitalisierung der Industrie und zeigte sich zudem in der Handhabung der Corona-Pandemie. Sie sucht das Gleichgewicht zwischen den Vorteilen der globalen Netzwerke und dem Schutz des chinesischen Netzes. Chinas Mitstreiter um die Vorherrschaft im Cyberspace und den Datenzugang als strategische Ressource sind nicht nur die USA, sondern auch globale Technologieunternehmen, darunter etwa Alibaba. Für China gilt die staatliche Souveränität als Leitgedanke, für die USA die Demokratie und für die Technologiefirmen

die Globalität. China stellt die digitalen Innovationen in Bezug zur moralischen Neuausrichtung der internationalen Politik und zu seiner Doktrin der *Schicksalsgemeinschaft der Menschheit* und entwarf den Begriff der *Digitalen Schicksalsgemeinschaft*. Die Essenz der Schicksalsgemeinschaft entspricht dem Streben Chinas nach einer Globalisierung unter dem Schirm chinesischer Standards. Das bedeutet eine Ausweitung der normativen Macht Chinas in der virtuellen, aber darüber hinaus auch in der realen Welt.

Am 10. Jänner 2021 verlautbarte China seine Absicht zur Entwicklung eines eigenen **Rechtsstaatskonzeptes**, das sich vom Westen grundlegend unterscheidet. Zugleich strebt China nach der internationalen Diskurshegemonie über den Rechtsstaatsbegriff, in dem es bestehende Definitionen reflektiert und chinesische Begriffe entgegenhält. Damit etabliert China einerseits Standards und andererseits ein Instrument zur Durchsetzung seiner Interessen. Als Grundlage dienen das marxistisch-leninistische Rechtskonzept, das traditionelle chinesische Rechtsverständnis und ausgewählte Bereiche westlicher Modelle, etwa Prozessabläufe, Zuständigkeitsfragen und das Zivilrecht. Nicht geplant ist eine unabhängige Justiz und Gewaltenteilung. Als Ziele der Justizreform gelten der Machtgewinn für die chinesische Staatsführung, die staatliche Effizienzsteigerung und die Reduktion der Alltagswillkür bei der Rechtsfindung zugunsten einer gewissen Rechtssicherheit. Dies wird unter anderem durch den Einsatz neuer Technologien bei der Rechtsfindung, -anwendung und -vollstreckung ermöglicht, etwa Apps zum Stellen von Beweisanträgen oder zum Einreichen von Klageschriften. Informelle Instrumente, insbesondere das traditionelle Petitionswesen und die Mediation, sollen ebenso wie die Korruption verringert werden. Die internationale Dimension betrifft den Schutz der nationalen Souveränität sowie der chinesischen Sicherheits- und Entwicklungsinteressen. Dazu zählen der Territorialstreit im Südchinesischen Meer und die Grenzkonflikte mit Indien und Pakistan. Die Justizreform betrifft zudem die internationale Rechtskooperation, vor allem die Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung, internationale Verträge und die Rechte von Ausländern bzw. ausländischen Unternehmen in China. In grundsätzlicher Übereinstimmung in ihren politischen und normativen Gegenpositionen zum Westen beabsichtigen China und Russland eine allmähliche Abkoppelung von den westlichen Bezahlssystemen, auch zur Umgehung von Sanktionen. Die Stabilität und Nutzerfreundlichkeit der digitalen chinesischen Währung testet China derzeit in mehreren Modellregionen. In Hongkong erfolgte eine Wahlrechtsreform. Im Februar 2021 verabschiedete China ein Gesetz, das seiner Küstenwache den

Waffeneinsatz gegen Schiffe erlaubt, die unrechtmäßig in chinesische Hoheitsgewässer eindringen.

Indiens regionsspezifischer Einfluss...

Die latenten Spannungen in und mit seinen Nachbarländern, Chinas Einflusszunahme und die Konflikte im eigenen Land veranlassen Indien zur Bündelung seiner institutionellen, finanziellen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kapazitäten auf die Region. Im zentralindischen Bundesstaat Chhattisgarh führten die Naxaliten beispielsweise am 3. April 2021 einen Terroranschlag gegen indische Sicherheitskräfte durch. Für Indien liegen die Herausforderungen allgemein in den Bereichen Regierungsführung, Gesellschaft, Verteidigung und Umwelt. Zugleich profitiert es von seiner geographischen Lage sowie dem wirtschaftlichen und technologischen Potenzial.

Die Kernbereiche der indischen Einflussphäre sind der Indische Ozean und die Bucht von Bengalen. Die USA betrachten Indien als eine Hauptsäule ihrer Indopazifik-Strategie. Die bilaterale Kooperation sehen Analysten als vielversprechende globale Partnerschaft mit dem Potenzial, die Sicherheitsarchitektur des gesamten indopazifischen Raumes zu gestalten. Dabei gilt gegenwärtig besonders Südostasien als Modellbereich, den es hinsichtlich der Möglichkeiten und Grenzen der Partnerschaft zu beobachten gilt. Im Hinblick auf China agiert Indien, wie auch die Länder Südasiens, mit einer situationsbezogenen Kombination aus Entgegenkommen und Absicherung. Zum Machtausgleich ist Indien zunehmend auch in Südasien zur Koordination und Kooperation mit den USA und anderen Ländern bereit. Aufgrund der traditionellen Priorisierung seiner strategischen Autonomie und unabhängigen Außenpolitik lehnt Indien eine Allianz mit den USA ab, kommt ihnen jedoch gegebenenfalls operativ entgegen, etwa in Südostasien und im Iran.

Die Wirkung von innenpolitischen Entscheidungen auf seine Außenbeziehungen zeigt beispielsweise Indiens neues **Gesetz zur Änderung der Staatsbürgerschaft**. Eine offizielle Bestätigung des Staatsbürgerschaftsstatus ist nun obligatorisch. Die Vergabe der indischen Staatsbürgerschaft an Nicht-Moslems, die eine religiöse Verfolgung in den islamischen Nachbarländern nachweisen können, wurde erleichtert. Der indirekte Vorwurf und die mögliche Rückführung seiner Migranten verärgern vor allem Bangladesch. Der *Citizenship Amendment Act* ist als politische Doktrin ein neues Instrument des Hindu-Nationalismus und Resultat des Hindutva-Konstitutionalismus. Er reflektiert die zunehmende Zentralisierung und Staatskontrolle bezüglich der Staatsbürgerschaft und fußt auf den inhärenten gesetzlich-technischen

Unklarheiten. Die Rechtfertigung erfolgt rechtlich, die Argumentation politisch.

... in Südasien ...

In Südasien strebt Indien im Rahmen der *Act East Politik* und der *Neighbourhood First Politik* nach der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Vernetzung. Der bevorzugte Finanzpartner ist Japan, etwa in Bangladesch und Sri Lanka. Mit Bangladesch, einem wichtigen US-Partner, verhandelt Indien ein Handelsabkommen. Indien ist der größte Wirtschaftspartner Nepals, doch die Spannungen stiegen. Sri Lanka möchte die Kooperation mit China vertiefen. Die chinesischen Infrastrukturprojekte im Rahmen der Seidenstraße in Afghanistan, Bangladesch, den Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka erreichten bisher geschätzte 100 Mrd. USD. Mit **Pakistan** vereinbarte Indien am 25. Februar 2021 eine strikte und bislang eingehaltene Waffenruhe zur Beendigung der seit November 2020 anhaltenden Auseinandersetzungen entlang der Line of Control im Kaschmir. Die Hauptbedenken Indiens liegen beim Terrorismus aus Pakistan, auch wenn nun etwa der Führer der Terroristengruppe Lashkar-e-Taiba, Hafiz Saeed, wegen Terrorfinanzierung verurteilt wurde. Pakistan nutzt allerdings seit langem militante Kämpfer gegen die konventionelle militärische Übermacht Indiens. Der Fokus Pakistans liegt auf dem Kaschmir.

Die indische Kooperation mit den **USA** ist in Südasien geringer als in Südostasien. Sie konzentrierte sich analog zu den bisherigen US-Interessen auf Afghanistan und Pakistan. Pakistan ist in das US-Central Command eingebunden, Indien jedoch in das Indo-Pacific Command. Nach dem US-Abzug aus Afghanistan wird sich der strategische Schwerpunkt der USA in Südasien auf die Konkurrenz mit China und die Ausweitung der US-Kooperation mit den anderen Ländern verlagern. Indien möchte seine Einflussphäre als Regionalmacht aufrechterhalten. Die USA bemühen sich um das Vertrauen Indiens, etwa mit der Akzeptanz regionaler Konfliktlösungen durch Indien. Der zunehmende Einfluss **Russlands** in Südasien resultiert aus der neutralen Position im indisch-chinesischen Grenzkonflikt und Russlands Rolle als Hauptakteur im afghanischen Friedensprozess, in den Russland Indien stärker involvieren möchte. Indien lehnt, im Gegensatz zu Russland und Pakistan, eine Stärkung der Taliban ab. Indien und Russland erwägen eine Ausweitung ihrer Zusammenarbeit in den Bereichen Kernenergie, Weltraum, Sicherheit und Verteidigung. Auf Grund des von Indien beabsichtigten Kaufs des russischen S-400 Raketenabwehrsystems drohen die USA Sanktionen an. Russland unterstützt andererseits die pakistanische Energiediversifizierung mit Gesamtinvestitionen von 14

Mrd. USD in die Gasinfrastruktur. Im Sommer 2021 wird der Baubeginn für eine Gaspipeline vom Hafen Qasim über 900 km nach Lahore erfolgen.

... und in Südostasien

Als viertwichtigster Handelspartner dient Südostasien der sozioökonomischen Entwicklung Indiens. Insbesondere Myanmar gilt als physische, wirtschaftliche und soziale Drehscheibe für die Vernetzung. Die Länder Südasiens anerkennen die legitime Rolle Indiens als Regionalmacht und begrüßen grundsätzlich dessen wirtschaftliches und geopolitisches Engagement. Damit stärkt Indien auch seine Position gegenüber China. In den vergangenen Jahren vertiefte Indien seine Beziehungen zu Südostasien, etwa mit Militärkooperationen, speziell im maritimen Bereich.

Doch bezüglich der praktischen Ausgestaltung der regionalen Sicherheitsordnung und der Wirtschaftsintegration zeigen sich Differenzen. Umstritten ist die konkrete Vorgangsweise für eine effektive Eindämmung des wachsenden politischen, militärischen und wirtschaftlichen Einflusses Chinas. Der quadrilaterale Sicherheitsdialog „Quad“ ist der Inbegriff dieses strategischen Ziels. Indien als Quad-Mitglied betrachtet die indopazifische Region als einen zusammenhängenden strategischen Raum. Südostasien hingegen sieht ihn als eine komplexe Vernetzung des Indischen Ozeans mit dem Pazifik, wobei Südostasien für sich eine zentrale und strategische Rolle beansprucht. Diese Rolle erfüllt Südostasien, indem es Maßnahmen zum Machtausgleich, zur Absicherung und gegen eine Vereinnahmung ergreift, regionale Institutionen und Mechanismen einbindet, einen direkten Ausschluss von China ablehnt und Auswirkungen des Großmachtkonflikts auf Südostasien möglichst zu vermeiden sucht. Der Freihandelszone RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership) schloss sich Indien 2020 nicht an. Es präferiert die bereichsübergreifenden indischen Konzepte *Make in India* und *Eigerverantwortliches Indien*.

Bezüglich des Putsches in **Myanmar** am 1. Februar 2021 steht Indien vor einem Dilemma (siehe ISS Aktuell 2/2021). In den letzten Jahren kooperierte Indien bei der Wirtschaftsintegration und bei der territorialen und maritimen Grenzsicherung mit dem Militär Myanmars. Indien lehnte die Unterzeichnung eines offiziellen internationalen Statements gegen die Gewalt in Myanmar vom 27. März 2021 ab und nahm gemeinsam mit Bangladesch, China, Indien, Laos, Pakistan, Russland, Thailand und Vietnam am 27. März 2021 an der jährlichen Militärparade in Myanmar teil.

Indiens Grenzkonflikte mit China

Die Beziehung Indiens zu Südostasien wird zum Teil auch von den indischen Grenzkonflikten mit China und Pakistan limitiert. Das indische Militär debattiert eine Fokussierung seiner Ressourcen auf seine Landgrenzen sowie auf bewaffnete Konflikte im indischen Nordosten und im Kaschmir. Aus diesem Grund unterhält Indien ein Großteils konventionelles Militär, das mehr als die Hälfte des gesamten Militärbudgets absorbiert. Damit wäre die Fortführung der derzeitigen Reorientierung auf die Modernisierung und den Ausbau der Marine, die für die Aktivitäten in Südostasien am vordringlichsten wäre, gehemmt. Weil die Möglichkeit besteht, dass sich eine Eskalation auch als bewaffneter Konflikt auf das Festland überträgt, vermeidet Indien eine direkte Herausforderung der chinesischen Kerninteressen, etwa im Südchinesischen Meer. Der seit Jahrzehnten andauernde Grenzkonflikt zwischen Indien und China konzentriert sich auf drei Brennpunkte entlang der 3.500 km langen gemeinsamen Grenze, beruht auf Misstrauen, wirkt sich grundsätzlich militärisch, geopolitisch und wirtschaftlich aus und umfasst geographische und historische Aspekte.

Der Grenzkrieg im **Galwan-Tal** im Unionsterritorium Ladakh, am Westrand von Tibet und nordöstlich von Kaschmir, entfaltete sich im Mai und Juni 2020. Unter russischer Mediation wurde ein gestaffelter Rückzug entlang der umstrittenen Actual Line of Control vereinbart. Zuletzt verließ Indien seinen Territorialansprüchen Nachdruck und stornierte bisher Investitionsverträge mit China von über 390 Mio. USD. Dabei ist China der zweitwichtigste Handelspartner Indiens. Die chinesischen Investitionen in Indien beliefen sich 2019 auf 26 Mrd. USD. Die Asymmetrie der Militärstrategien resultiert aus Unterschieden der politischen Strukturen sowie der Qualität und Quantität der Militärtechnologien. China verfolgt mehrere Ziele. Die von China kontrollierte und von Indien beanspruchte unbewohnte Hochlandregion Aksai Chin ist wegen des Landzugangs zum Indischen Ozean von strategischer Bedeutung. Lop Nor in der chinesischen Provinz Xinjiang nutzt China als Testgelände für Kernwaffen und Langstreckenraketen. Die Motive Indiens liegen in der Grenzstabilität und in der Eindämmung des grenzüberschreitenden Terrorismus. Indien setzt auf die Modernisierung seines Militärs und seiner Infrastruktur im Grenzgebiet zu China.

Eine weitere Konfliktregion ist das **Doklam-Plateau** im Grenzgebiet des indischen Bundesstaates Sikkim mit Tibet, Bhutan und China. Diese Region ist strategisch bedeutend, weil sie China einen einfachen Zugang zum schmalen Siliguri-Korridor ermöglicht, der zwischen Bhutan und Bangladesch liegt und den wenig entwickelten indischen Nordwesten mit dem Rest des

Landes verbindet. Die dritte Konfliktregion betrifft den indischen Bundesstaat **Arunachal Pradesh**, den China als traditionellen Teil Tibets betrachtet.

Indiens Kooperation mit den USA

Internationalen Beistand erhält Indien im Grenzkonflikt mit China von den USA und den anderen Quad-Mitgliedern. Die USA wollen im indopazifischen Raum ihre eigenen Interessen und jene der Verbündeten schützen, die Resilienz der Institutionen erhöhen und die Beziehungen untereinander stärken, speziell zu Taiwan bzw. zwischen den Quad-Mitgliedern Indien, Japan und Australien. Der Zugang der USA soll gesamtstaatlich und als prinzipientreuer Realismus erfolgen. Die USA unterstützen Indien generell nachrichtendienstlich und bei der Erweiterung der Militärkapazitäten, etwa durch Verteidigungsabkommen, Technologietransfer und Waffenverkäufe. Im Oktober 2020 vertieften die USA und Indien ihre mit LEMOA und COMCASA bestehende Sicherheitspartnerschaft mit der Unterzeichnung des Basic Exchange and Cooperation Agreements (BECA). BECA ermöglicht Indien den Zugang zu Geoinformationen der USA und unterstützt Indien durch den Informationsaustausch in Echtzeit bei der Steuerung und Kontrolle. In den vergangenen Jahren war Indien der weltweit zweitstärkste Waffenimporteur. Die Lieferungen aus den USA stiegen auf 3 Mrd. USD 2020. Im März 2021 bestellte Indien 30 bewaffnete Drohnen im Wert von 3 Mrd. USD beim US-Unternehmen General Atomics. Die Drohnen erhöhen die Überwachungskapazität auf dem Meer und in den Grenzgebieten.

Die **strategische Übereinstimmung** von Indien und den USA und die Kooperation im indopazifischen Raum gilt den grundsätzlichen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Interessen, etwa der Logistik und Interoperabilität, sowie konkreten regionalen Zielsetzungen, vor allem der Verbesserung der Infrastruktur und Konnektivität, der Digitalisierung und der maritimen Wirtschaft. Die Konnektivitätsprojekte dienen den indischen Nachbarländern, den vergleichsweise weiter fortgeschrittenen regionalen sowie den überregionalen Aktivitäten Indiens, etwa in Südostasien und Zentralasien. Unterschiedlich sind jedoch die Positionen zu einzelnen Kernthemen, die Prioritäten, die Kapazitäten, die Methoden und die Bedrohungswahrnehmungen, etwa durch Terrorismus. Beispielsweise differieren die außenpolitischen Zugänge zu Pakistan, Iran und Russland. Trotz der prinzipiellen Übereinstimmung gewichten Indien und die USA die Demokratie unterschiedlich. Dies zeigt sich beispielsweise bei Indiens Wirtschaftspolitik, dem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz und der Eingliederung von Jammu und Kaschmir als Unionsterritorien. Zudem

stärkt Indien den staatlichen Einfluss in bislang als unabhängig geltende Institutionen, etwa der Zentralbank oder der nationalen Wahlkommission. Das Oberste Gericht lehnt die Überprüfung von strittigen Entscheidungen der Regierung immer öfter ab, etwa in föderalen Streitfällen. Im Ausland fördert Indien indigene Demokratisierungsprozesse, lehnt jedoch eine Einmischung in die Innenpolitik anderer Länder grundsätzlich ab. Diese politische Logik erlaubte Indien bisher auch die Zusammenarbeit mit der jeweils regierenden Partei bzw. mit dem Militär Myanmars.

Die institutionelle Asymmetrie zwischen Indien und den USA zeigt sich in Indien im Mangel an Ressourcen und in der außen- und sicherheitspolitischen Bürokratie. Wesentliche und folgenreiche Divergenzen bestehen in der geographischen Konzeption des Raumes. Aus den unterschiedlichen Herangehensweisen zur Realisierung der strategischen Partnerschaft resultieren unrealistische Erwartungen. Beispielsweise hielt sich Indien zurück, als am 7. April 2021 ein US-Kriegsschiff ohne Zustimmung Indiens durch dessen ausschließliche Wirtschaftszone fuhr. Die Kommunikationsschwäche zwischen Indien und den USA betrifft etwa die Lageeinschätzung und die Entwicklung neuer institutioneller Mechanismen für einen tiefergehenden strategischen Dialog, insbesondere zur Rolle Chinas. Die Konkretisierung der praktischen Umsetzung der nachhaltigen Konnektivität ist ebenso mangelhaft wie die Einbindung dritter Länder in Südasiens, vor allem Nepal, Bangladesch und Sri Lanka.

In **Südostasien** teilen Indien und die USA sicherheits- und entwicklungspolitische Ziele, vor allem den Kapazitätsaufbau der lokalen Streitkräfte. Die operative Umsetzung erfolgt eher parallel; Singapur und Vietnam verfügen etwa über starke Beziehungen zu beiden Mächten. Die indische Verteidigungskooperation kann in drei Kategorien geteilt werden. Eine Sondierung erfolgt mit Brunei, Kambodscha, Laos, Myanmar und den Philippinen. Nur mit Singapur besteht eine fortgeschrittene Kooperation; mit Indonesien, Malaysia, Thailand und Vietnam ist sie im Aufbau. Die USA engagieren sich in den meisten Ländern Südasiens bei Waffenverkäufen oder gemeinsamen Militärtrainings, speziell mit den Philippinen, Malaysia und Thailand. Begrenzt wird die Zusammenarbeit von Indien und den USA in Südostasien durch die Prioritätensetzung Indiens auf seine nahe Umgebung, durch Indiens geringere Bereitschaft zur Konfrontation mit China und insbesondere durch die Skepsis von Seiten der südostasiatischen Länder. Diese stehen Indien und den USA im Allgemeinen positiv gegenüber, jedoch mit dem Ziel, sie in die bilateralen und multilateralen, ASEAN-zentrierten Foren einzubinden. ASEAN ist der Verband südostasiatischer Nationen. Ein gemeinsames Auftreten der ausländischen Mächte,

insbesondere von Quad, lehnen die Länder Südostasiens ab.

Südostasien sucht Äquidistanz

In Folge des Drucks durch die Großmachtkonflikte, die unscharf abgegrenzten Einflussphären und des kleiner werdenden Spielraums suchen die äußerst unterschiedlichen Länder Südostasiens punktuelle und individuelle Lösungen. Besonders Indonesien, Singapur, Vietnam und teilweise Malaysia streben nach einer möglichst selbstständigen Position und nehmen dabei zeitweilig auch Konflikte in Kauf.

Beispielhaft ist **Malaysias** Protest gegenüber China wegen der Bedrohung seiner nationalen Souveränität und der Flugsicherheit. Am 31. Mai 2021 näherte sich ein Geschwader von 16 strategischen Transportflugzeugen (Xian Y-20 und Iljuschin Il-76) der Küste des malaysischen Bundesstaates Sarawak auf Borneo bis auf 60 nautische Meilen. Der Start erfolgte vermutlich auf dem chinesischen Festland und nicht auf den von China militärisch ausgebauten Inseln im Südchinesischen Meer. Die nahe gelegenen Riffe Luconia Shoal und James Shoal werden von China und Malaysia beansprucht. Sie liegen innerhalb der von China definierten 9-Striche-Linie sowie der ausschließlichen Wirtschaftszone Malaysias. Die Royal Malaysian Air Force entsandte Abfangjäger sowie leichte Kampflugzeuge Hawk 208 von der Labuan Airbase. China verwies auf die Einhaltung des internationalen Rechts, die guten bilateralen Beziehungen und die Sinnhaftigkeit solcher Routineflugübungen, etwa hinsichtlich der Katastrophenhilfe oder des Corona-Impfstofftransports.

China dominiert in Südostasien die Handels- und Investitionsbeziehungen, die USA weiterhin die Sicherheitsordnung. Im Unterschied zur Wirtschaftspolitik zeichnet sich die Sicherheits- und Militärzusammenarbeit der USA durch eine größere Kontinuität aus. Japan ist eine wichtige Finanzquelle, Indien ein vielversprechender Absatzmarkt. Der Wettbewerb um Einfluss in den Bereichen Sicherheit, Handel, Technologie und Infrastruktur steigt ebenso wie deren Verknüpfung. Zugleich sind eine Diversifizierung der Machtquellen und eine Zunahme an Akteuren, Zielen und Perspektiven zu beobachten.

China zeigt in Südostasien Expansionswillen, etwa im März 2021 beim Whitsun-Riff, das zu den Spratly-Inseln gehört, und sucht zugleich Sicherheit durch stabile Partnerschaften. Sein Einfluss stieg vor allem in den Festlandstaaten, die ihrerseits über Absicherungsstrategien verfügen. In den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Digitalisierung und

Urbanisierung bietet sich China als natürlicher Partner an, denn der Verband südostasiatischer Nationen (ASEAN) hat bei weiteren Integrationsschritten Mühe. Die Wirtschaftsordnung orientiert sich zunehmend an China. **Singapur** vertiefte die Sicherheitskooperation mit den USA. Die **Philippinen** suspendierten im Juni und November 2020 das seit 1998 bestehende Besuchsrecht für US-Truppen auf Rotationsbasis (US Visiting Forces Agreement, VFA). Dieses stellt aber den Kern für die Umsetzung des gegenseitigen Verteidigungsabkommens von 1951 dar. Die nächstgelegenen US-Militärbasen befinden sich auf Okinawa und Guam, in einer Distanz von mehr als 1.300 nautischen Meilen. Am 11. Februar 2021 begannen Verhandlungen über die Fortführung des VFA. Erwartet wird, dass sich die Philippinen spätestens nach dem Ende von Dutertes Amtszeit 2022 wieder mehr an den USA ausrichten. Die US-Militärhilfe an die Philippinen betrug seit 2015 765 Mio. USD. Das ist die höchste Summe im indopazifischen Raum. Zudem entwickelten die Philippinen auch mit anderen US-Verbündeten Sicherheitskooperationen, etwa Südkorea, Japan und Australien. **Vietnam** wird sich im Rahmen seiner Strategie der „*Offenheit, Multilateralisierung und Diversifizierung*“ auch nach der Parlamentswahl von 23. Mai 2021 weiterhin stärker an den USA als an China orientieren.

Die generellen Differenzen zwischen den Festland- und den Inselstaaten in Südostasien zeigten sich auch in der Positionierung hinsichtlich des Putsches in **Myanmar**. Das Festland trat stärker für die grundsätzliche ASEAN-Nichteinmischungspolitik ein. Indonesien, Malaysia und Singapur verurteilten hingegen die Gewaltanwendung ebenso wie der Fünf-Punkte-Konsens, der am ASEAN-Sondergipfel am 24. April 2021 in Jakarta schließlich gemeinsam verabschiedet wurde. Die Nachbarländer führen den Handel mit Myanmar fort. Die asiatischen Großinvestoren Singapur, Japan, Thailand, Vietnam und Südkorea suspendieren die Produktion bzw. verlagern sie Großteils nach Vietnam. Die Wirtschaftsentwicklung des vergangenen Jahrzehnts und das unternehmerfreundliche Umfeld hatten Myanmar eine relativ neutrale Außenpolitik ermöglicht. Westliche Investitionen spielen in Myanmar eine untergeordnete Rolle. Deren wesentliche Projekte, etwa von Total oder Chevron, wurden von den westlichen Sanktionen gegen Myanmar ausgenommen.

Quadrilateraler Verteidigungsdiallog (Quad)

Die USA, Australien, Indien und Japan bekräftigten am 12. März 2021 in einer gemeinsamen Erklärung ihr Commitment für die informelle, quadrilaterale Sicherheitskooperation (Quad) im indopazifischen Raum und insbesondere im Westpazifik. Der Quad wurde 2007 gegründet und seit November 2017 reaktiviert. Dies resultiert aus den geopolitischen Veränderungen sowie Chinas selbstbewussterer Durchsetzung seiner Territorialansprüche und Wirtschaftsinteressen.

Fokus

Die Quad-Mitglieder koordinieren ihre Positionen und nationalen Strategien zu regionalen Angelegenheiten. Die Kooperation betrifft in erster Linie den Verteidigungsdiallog. In den Fokus rücken künftig auch die internationalen Standards, innovative Zukunftstechnologien, der Klimawandel und die Gesundheitssicherheit, etwa die Bereitstellung von Corona-Impfstoffen in Zusammenarbeit mit multilateralen Organisationen wie die Weltgesundheitsorganisation und Covax. Kooperationsgrundlage sind die geographischen Lagen der Länder, ihre Verteidigungskapazitäten, die Bedrohungswahrnehmungen und die starken Volkswirtschaften. Für die US-Partner ist die Aufrechterhaltung des regionalen Einflusses der USA ein wichtiger Aspekt. Konzipiert als strategischer Dialog ist Quad keine permanente multilaterale Institution, kein Militärbündnis, keine Nachbildung der NATO und kein Ersatz für den Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN). Der Machtausgleich erfolgt über die gemeinsame maritime Überlegenheit, die Unterstützung der politischen Unabhängigkeit regionaler Schlüsselländer, insbesondere in Südostasien, sowie die Verpflichtung zur liberalen Weltordnung als Status Quo. Dies umfasst die friedliche Konfliktlösung, die Freiheit der Navigation und die maritime Sicherheit.

Die individuelle Bedrohungswahrnehmung, die Risikovermeidung, die Geostrategie und das Kräftespiel in Bezug auf China variieren dabei sowohl situationsabhängig als auch grundsätzlich. Letzteres beispielsweise hinsichtlich des Erhalts der maritimen Gemeinschaftsräume (*maritime commons*). Das situative Risikobild basiert unter anderem auf der wirtschaftlichen Vernetzung mit China und der eigenen Innenpolitik. Für Indien steht die Abwehr einer Einkreisung durch chinesische, vor allem in Pakistan gelegene Seidenstraßenprojekte im Vordergrund, für Australien die Sorge, dass kleinere Länder dem wirtschaftlichen Druck Chinas unterliegen. Die USA streben nach neuer Geltung als verlässlicher Partner, der Zerstreuung von Skepsis und der Fortsetzung des regionalen Commitments abseits des militärischen Engagements.

Entstehungsprozess

Ursprünglich diente die quadrilaterale Partnerschaft der Harmonisierung der gemeinsamen Katastrophenhilfe nach dem Tsunami 2004 im Indischen Ozean, letztlich ohne Fortführung. Ein anderer Vorläufer ist der 2002 etablierte, auf Ministerebene bis 2005 aktive Trilaterale Strategische Dialog zwischen Australien, Japan und den USA mit dem Ziel einer freien, offenen und demokratischen Region. Als japanischer Premierministerkandidat schlug Shinzo Abe 2006 Quad als außenpolitisches Konzept vor. Zu Jahresbeginn 2007 schlossen sich die USA an, im Mai 2007 fand das erste Quad-Meeting statt, jedoch ohne offizielles Programm. Die diplomatische Ebene erfuhr eine Erweiterung um die maritime. Im September 2007 wurde die erste gemeinsame Marineübung im Golf von Bengalen abgehalten, an der auch Singapur als fünfte Partei teilnahm. Es war eine erweiterte zweite Version des jährlichen bilateralen Malabar-Manövers der USA mit Indien. Die ursprüngliche Malabar-Übung 07-01 fand im April 2007 in der Nähe von Okinawa statt, allerdings erstmals im Pazifik und zum ersten Mal mit der Teilnahme Japans. Im September folgte die multilaterale Malabar-Übung 07-02 erstmalig an der Ostküste Indiens.

Ab Februar 2008 stagnierte der Quad als Konsequenz der chinesischen Proteste gegenüber jedem einzelnen der vier Länder. Für Indien und Australien war eine gute Beziehung zu China vorrangig, für die USA der Trilaterale Strategische Dialog. In Japan trat der Quad-Hauptunterstützer Abe im September 2007 zurück. Im Juli 2007 sagte der australische Verteidigungsminister Brendan Nelson bei einem Peking-Besuch die Beendigung der Quad-Kooperation zu. Nach den Wahlen im November 2007 verkündete der neue Premierminister und Quad-Gegner Kevin Rudd ohne Absprache mit den anderen Ländern den Rückzug Australiens von Quad. Mit Japan und den USA, jedoch nicht mit Indien führte er die Kooperation fort.

Reorganisation im Herbst 2017

Unter geänderten Bedingungen besprachen sich die Quad-Mitglieder im Hintergrund des ASEAN-Gipfels in Manila am 12. November 2017 nach einer zehnjährigen Unterbrechung. Als Ziel galt einmal mehr die „*freie, offene, wohlhabende und inklusive indopazifische Region*“. Im Gegensatz zu 2007 stand nun die Beteiligung Australiens an der indisch-japanisch-US-amerikanischen Kooperation im Mittelpunkt. 2007 wurde hingegen Indien als Nicht-Bündnispartner der USA zur Teilnahme eingeladen. Zwischenzeitlich bezogen die USA Japan und Indien stärker in ihr strategisches Denken ein. Dies resultierte aus der Institutionalisierung der Kooperation im außen-, sicherheitspolitischen und militärischen Bereich sowie aus der jeweiligen Ausweitung des regionalen Einflussbereiches: von Japan in den Indischen Ozean bzw. von Indien Richtung Pazifik. Australien betonte in seinem 2017 publizierten Weißbuch zur Außenpolitik seine Offenheit für eine multilaterale Zusammenarbeit. Die USA kündigten in ihrer nationalen Sicherheitsstrategie von Dezember 2017 die Stärkung von Quad an.

Das erste Quad-Treffen am 12. November 2017 befasste sich mit den sieben Hauptthemen Rechtsstaatlichkeit, Freiheit der Navigation und für Überflüge (Freedom of Navigation, FON), internationales Recht, Konnektivität, maritime Sicherheit, die Bedrohung durch Nordkorea und Nonproliferation sowie Terrorismus. Allerdings unterschieden sich die offiziellen Stellungnahmen danach deutlich in Genauigkeit und Schwerpunktsetzung. Indien unterließ Hinweise auf die FON, das internationale Recht und die maritime Sicherheit, Japan jene auf die Konnektivität. Nur die USA und Australien bezeichneten die Beziehung als quadrilateral. Die USA diskutierten mit diversen Ländern auch alternative Handels-, Transit- und Finanzierungsbedingungen. Damals kündigten die USA die inzwischen realisierte Modernisierung ihrer Entwicklungsfinanzierung an, um gegenüber Ländern wie China, die Investitionen und Projektfinanzierungen zur Einflussnahme nutzen, nicht ins Hintertreffen zu geraten. Als Alternative zur Seidenstraße versprach Quad die Erarbeitung eines regionalen Infrastrukturplans, die Gespräche dazu erfolgten in den trilateralen Kooperationen. China unterstrich, dass die regionale Kooperation nicht politisiert oder zum Nachteil der Interessen Dritter konzipiert werden dürfe, beispielsweise durch Exklusivität.

Herausforderungen

Die Exklusivität ist ein strukturelles Hindernis für eine Quad-Erweiterung. Zahlreiche Analysen unterstreichen, dass nur ein inklusiver Mechanismus im traditionell vielschichtigen Multilateralismus und Regionalismus Asiens tragfähig wäre. Der Einbezug von ASEAN, dem Verband Südostasiatischer Nationen, könnte die Effektivität von Quad steigern. ASEAN will jedoch Äquidistanz wahren, betont seine Zentralität und lehnt die selektive Einbindung einzelner ASEAN-Länder, wie etwa Vietnam im März 2020, ab. Eine klare langfristige Quad-Strategie ist (noch) nicht erkennbar. Einerseits ist das Engagement Indiens im Rahmen von Quad trotz der Zunahme von Konflikten mit China, beispielsweise die Grenzkonflikte in Ladakh im Sommer 2020, limitiert. Andererseits nahm Australien im November 2020 erstmals seit 2007 wieder an der gemeinsamen Militärübung Malabar der Quad-Länder teil.

An der Operabilität von Quad sowie am Nutzen einer quadrilateralen Militärübung bestanden bislang Zweifel, etwa von Seiten des strategisch autonomen Indiens. Die Kapazitäten und Strategien Indiens unterscheiden sich von jenen der USA. Die USA befürworten eine stärkere militärische Rolle Indiens im Indopazifik, doch die Priorität Indiens liegt im Indischen Ozean. Zwar rüstete Indien seine Marine auf, ist sich jedoch seiner relativen Militärmacht bewusst. Ein grundsätzlich wesentlicher Faktor ist die Haltung gegenüber China sowie dessen Reaktion, Einfluss und Einvernehmen mit den jeweils anderen Ländern. Indien vermeidet eine direkte Herausforderung der chinesischen Kerninteressen, etwa im Südchinesischen Meer. Denn eine potentielle Eskalation könnte sich als bewaffneter Konflikt auf das Festland übertragen. Zur Vermeidung einer Konfrontation mit China schloss Indien beispielsweise zum vierten Mal in Folge Australien auch von Malabar 2018 nahe Guam aus. Indien bevorzugt die trilateralen Kooperationen mit Japan und den USA bzw. mit Japan und Australien. Während der Quad-Inaktivität verbesserte es sein Verhältnis zu den anderen drei Ländern über diverse Kooperationsmechanismen. Dazu zählen der bilaterale Asien-Dialog mit den USA (gegründet 2010), der trilaterale Dialog mit Japan und den USA (gegründet 2011 und seit 2015 auf Ministerebene), der trilaterale Dialog mit Japan und Australien (gegründet 2015) sowie die regelmäßige Einbeziehung Japans in das Malabar-Manöver seit 2015. Nach der Ablehnung einer trilateralen Militärübung mit Australien und den USA 2011 intensivierte Indien über die Jahre seine bilaterale Verteidigungskooperation mit Australien.

Barbara Farkas

Iran als Faktor für Indien und China

Die Zusammenarbeit **Chinas** mit dem Iran ist die Operationalisierung des „Offshore Balancing“ im Nahen Osten, einer geopolitischen Kernregion. Der Iran strebt nach einer Schia-dominierten, Iran-zentrierten regionalen Ordnung. China nutzt die Lage zum Machtgewinn. Das ist eine grundlegende und folgenreiche Herausforderung der regionalen und für die USA vorteilhaften Ordnung. Die Vorbereitungen der letzten fünf Jahre, etwa Hafeninvestitionen oder Port Calls durch die chinesische Marine, münden nun in einer umfassenden strategischen Partnerschaft Chinas mit dem Iran über 25 Jahre. China wird seine Geldflüsse zunehmend in den Telekommunikationssektor, das Bankwesen und die Infrastruktur, etwa die Eisenbahn und zwei Häfen, lenken. Der spezifische Fokus beider Länder liegt auf der Privatwirtschaft. Hinzu kommen der Informationsaustausch, die Forschung und Waffenentwicklung sowie gemeinsame Militärübungen. Bis Ende März 2021 lieferte China 250.000 Sinopharm-Impfdosen in den Iran. Damit können aber – bei zwei benötigten Impfungen und einer Bevölkerung von 83 Mio. Menschen – lediglich 0,15 % der iranischen Bevölkerung immunisiert werden.

Indiens Interessen im Nahen Osten liegen in der Energiesicherheit, der Konnektivität und der indischen Diaspora. Indien bezieht 60 % seines Erdöl- und Erdgasbedarfs aus der Region. Hier leben rund neun Millionen Inder, die jährlich steigende Geldbeträge in die Heimat überweisen – 2019 in der Höhe von 80 Mrd. USD, das entspricht 3 % des indischen Bruttosozialprodukts (BIP). Die Unstimmigkeiten zwischen Indien und dem Iran nahmen aufgrund der geänderten strategischen Prioritäten zu, etwa in Bezug auf das iranische Atomprogramm oder Afghanistan.

Indien und die USA berücksichtigen ihre jeweiligen strategischen Interessen im Iran zugunsten einer langfristigen Perspektive auf die generelle bilaterale Zusammenarbeit und speziell im Nahen Osten. Dies erfolgt etwa durch vertrauliche höchstrangige Verhandlungen über Differenzen im Hintergrund und nicht in der Öffentlichkeit. Zugleich entwickeln beide ein Verständnis für die jeweils innenpolitisch bedingten Erklärungen für die bilateralen Unstimmigkeiten. Indien ist bereit, gewisse finanzielle und Reputationskosten in Kauf zu nehmen, etwa die US-Sanktionen auf iranische Erdölexporte. Im Gegenzug stimmten etwa die USA dem Hafenprojekt in Chabahar zu, das eng mit der wirtschaftlichen Sicherheit Afghanistans verknüpft ist.

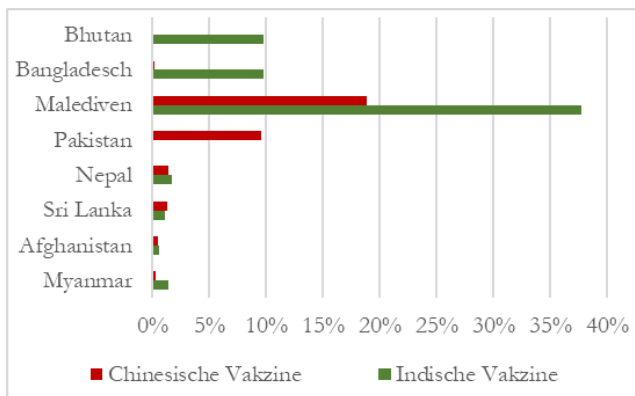
Corona-Impfdiplomatie von Indien und China

In Bezug auf die Impfdiplomatie im Verlauf der Corona-Pandemie unterscheiden sich die Zielsetzungen, Strategien und Taktiken sowie die Operationalisierung von China und Indien. Eine Übereinstimmung zeigt sich beim regionalen Aktionsbereich, bei der bilateralen Handhabung, der Verknüpfung mit anderen Bereichen und dem geringen Prozentsatz an reiner Wohltätigkeit. Der Anteil an Gratislieferungen war vergleichsweise gering und erfolgte zumeist nach der kommerziellen Impfstoffbestellung. Die Dynamik wird auch von extraregionalen Mächten beeinflusst. So sagten die USA, Japan und Australien gemeinsam mit Indien beim letzten Quad-Gipfel die – allerdings sehr langfristige – Entwicklung, Herstellung, Finanzierung und Lieferung von bis zu zwei Mrd. Corona-Impfdosen für Asien, die Hälfte davon für Südostasien, bis Ende 2022 zu.

Indien beabsichtigt die Bereitstellung von 10 Mio. Impfdosen von Covishield, einem Lizenzprodukt von Astra Zeneca, und dem selbst entwickelten Covaxin an seine Nachbarländer (ausgenommen Pakistan). Für eine vollständige Immunisierung sind jeweils zwei Impfdosen nötig. Die engsten Beziehungen unterhält Indien mit Bangladesch, Bhutan und den Malediven. Bhutan erhielt Mitte Jänner 2021 kostenlos 150.000 Dosen Covishield. Die Malediven erwarben zusätzlich zu den 100.000 gespendeten Dosen weitere 300.000 Dosen Covishield. Bangladesch hatte bereits im November 2020 30 Mio. Dosen Covishield kostenpflichtig bestellt und erhielt am 21.01.2021 zusätzlich 2 Mio. Dosen – gemäß Bangladesch kostenpflichtig, laut Indien kostenlos. Gratislieferungen gingen auch an Afghanistan, Myanmar, Nepal, die Philippinen und Sri Lanka. Der Prozentsatz der Bevölkerung, die auf der Basis der bisherigen Vereinbarungen bzw. Lieferungen vollständig mit indischen Impfstoffen gegen Corona immunisiert werden kann, liegt in Bangladesch und Bhutan bei 10 % und in den Malediven bei 38 %.

China verfügt mit Sinopharm, Sinovac und CanSino derzeit über drei Corona-Impfstoffe. Deren – teils kostenlose, teils kostenpflichtige – globale Verteilung orientiert sich mehr an Faktoren wie der Impfstoffverfügbarkeit, den Logistikanforderungen, der Infektionsrate oder den bilateralen Beziehungen und weniger am Verlauf der Seidenstraßenkorridore. China konnte vor allem in Südasiens durch die konkrete und zeitgerechte Masken- und Impfstoffdiplomatie im Zuge der Corona-Krise kurzfristige Erfolge vorweisen und will damit seine Wirtschaftsbeziehungen langfristig absichern. Bangladesch lehnte zwar im Jänner 2021 wegen eines Preisdisputs 100.000 chinesische Impfstoffdosen ab, erhielt jedoch wegen der

Lieferschwierigkeiten Indiens im April 2021 vorerst 600.000 Dosen von China gratis. Pakistan bekam nach dem Erwerb von 30 Mio. CanSino-Dosen und 1,2 Mio. Sinopharm-Dosen weitere 500.000 Sinopharm-Dosen geschenkt. Gemessen am Prozentsatz der jeweiligen Bevölkerung, die auf der Basis der bisherigen Vereinbarungen bzw. Lieferungen vollständig mit chinesischen Vakzinen gegen Corona geimpft werden können, liegen im indopazifischen Raum Indonesien (36 %) und Malaysia (30 %) an erster Stelle. Es folgen Kambodscha (20 %), die Malediven (19 %), die Philippinen (12 %), Pakistan (10 %) und Thailand (5 %). Andere Weltregionen profitierten in einem größeren Ausmaß von den chinesischen Impfstoffen, etwa Chile (62 %), die Türkei (60 %), Peru (58 %) und Marokko (56 %). In den Vereinigten Arabischen Emiraten ist das konkrete Volumen aufgrund der lokalen Produktionslizenz für Sinopharm unbekannt.



Vollständig mit indischen bzw. chinesischen Vakzinen geimpfter Bevölkerungsanteil in den Nachbarländern Indiens (per 31.05.2021)

Die **Corona-Impfstoffherstellung in Indien** wurde generell von den langen Zulassungsprozessen, fehlenden Abnahmegarantien und Rohstoffen sowie den mangelnden Investitionen in die Produktion gebremst. Der Mitte April 2021 eingetretene extreme Infektionsanstieg im eigenen Land wurde für die Impfstoffplanung im Voraus nicht in Betracht gezogen. Die staatliche Auftragserteilung verzögerte sich lange wegen der Diskussion um den Verkaufspreis der Impfstoffe und wegen fehlender Lagerkapazitäten. Der *US Defense Production Act*, die US-Exportbegrenzung für diverse Grundstoffe und die daraus resultierenden Verzögerungen in der gesamten Produktionskette bereiteten Indien große Sorgen. Im Auftrag internationaler Pharmafirmen stellt Indien etwa Sputnik V oder Covishield her. Es sah sich daher, wie zuvor bereits Südkorea, zur Exportbeschränkung der Impfstoffe gezwungen. Das Serum Institut konnte seine Produktionskapazität für Covishield nicht wie geplant von 70 auf 100 Mio. Dosen pro Monat erhöhen. Die indischen Exporte sanken von 64 Mio.

Impfdosen von Jänner bis März 2021 auf 1,2 Mio. Dosen im April 2021. Die schwerwiegenden Konsequenzen trafen vor allem die Impfallianz Covax bzw. Afrika. Generell nahm Indiens internationale Verpflichtung jedoch vor allem wegen der Produktionsprobleme von Astra Zeneca zu, etwa gegenüber Großbritannien, Kanada oder Saudi-Arabien. Bereits vor der Corona-Pandemie produzierte Indien 60 % aller Impfstoffe weltweit. Am 22. April 2021 erleichterte Indien angesichts des Rekordwertes von 315.000 täglichen Neuinfektionen erstmals die Importbestimmungen für Corona-Impfstoffe. Die Ursache für den extremen Infektionsanstieg liegt in den Wahlveranstaltungen bzw. den Parlamentswahlen in vier Bundesstaaten und dem wochenlangen, weltgrößten religiösen Fest des Hinduismus, Kumbh Mela, in Nordindien.

Die Herstellung des chinesischen Corona-Impfstoffes Sinovac in **Indonesien** verdeutlicht beispielhaft die komplexe geopolitische Situation. Am 11. Jänner 2021 gewährte Indonesien Sinovac die erste Notfallszulassung außerhalb Chinas. Durch die Kooperation des indonesischen Staatsunternehmens Bio Farma mit Sinovac will sich Indonesien als Drehscheibe für die Impfstoffproduktion in ganz Südostasien etablieren. Der Vertrag wurde bereits im August 2020 geschlossen, bis Ende 2021 sollen 154 Mio. Impfdosen hergestellt werden. Mit der höchsten Infektionsrate in Südostasien bei einer Bevölkerung von 270 Mio. Menschen verstärkte Indonesien seine Zusammenarbeit mit China im Gesundheitswesen, speziell bei Impfstoffen, Medikamenten, pharmazeutischen Rohstoffen und medizinischer Ausrüstung. Auch in anderen Bereichen steigt der chinesische Einfluss, etwa im Handel, in der Finanz- und Digitalwirtschaft, der technologischen Innovation, der Bildung oder der maritimen Kooperation. Ein Entscheidungsfaktor war auch Chinas Bereitschaft zum Technologie- und Wissenstransfer. Mit der Kooperation bei den klinischen Tests können die lokalen Kapazitäten aufgebaut werden, etwa bezüglich der klinischen Sicherheitsprotokolle. Indonesien bezieht rund ein Drittel seiner Importe aus China (im Wert von 45 Mrd. USD). Es liefert ca. 17 % seiner Exporte nach China (im Wert von 26 Mrd. USD), mit einem stark steigenden Anteil an Kohle. Der Handel erfolgt immer häufiger in den lokalen Währungen. China ist nach Singapur der zweitwichtigste Investor in Indonesien. Indonesien verbindet seine nationale Entwicklungsstrategie mit unterschiedlichen multilateralen Kooperationsmechanismen, vor allem im Rahmen von ASEAN, dem Ostasiengipfel und der Seidenstraße. „So, you like it or not, happy or not happy, China is a world power that cannot be ignored“, kommentierte der Minister für maritime Angelegenheiten und

Investitionen, Luhut Binsar Pandjaitan. Die anti-chinesische Stimmung wächst jedoch in Indonesien. Auch für die USA, den langjährigen und wichtigsten Partner Indonesiens für militärische Ausrüstung und Ausbildung, sind die strategische Lage sowie das regionale und wirtschaftliche Potenzial Indonesiens bedeutende Faktoren. Mit den USA vereinbarte Indonesien Ende 2020 hochrangige Sicherheitsabkommen, mit Japan Ende März 2021 den Transfer von Verteidigungstechnologie. Dies erfolgte insbesondere im Hinblick auf die Territorialkonflikte mit China im Südchinesischen Meer. Andererseits hatte Indonesien im Oktober 2020 den USA das Landen und Auftanken von maritimen Überwachungsflugzeugen P-8 Poseidon auf seinem Hoheitsgebiet untersagt.

Barbara Farkas

Singapurs Resilienz-Strategie

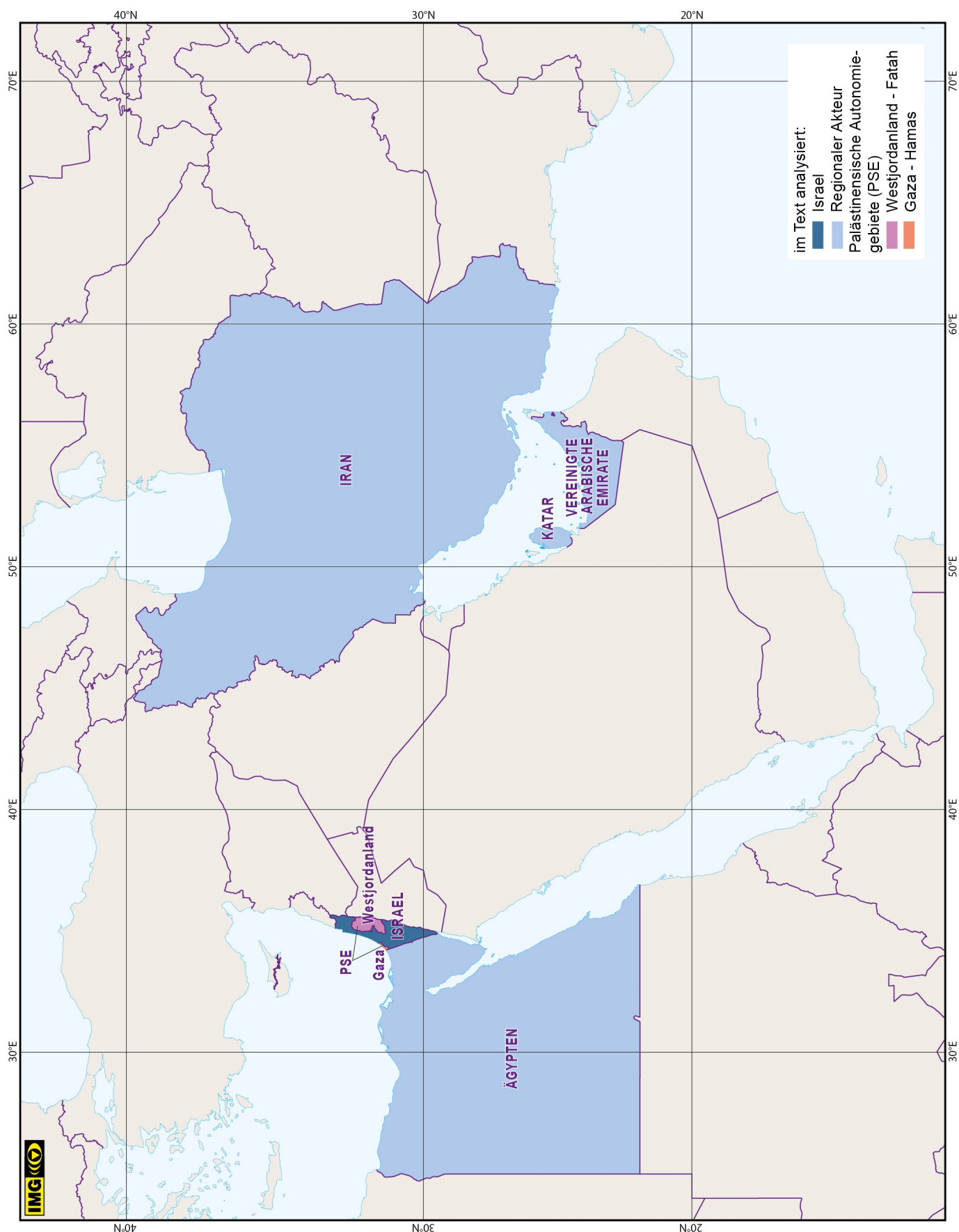
Seit drei Jahrzehnten legt Singapur einen strategischen Schwerpunkt auf seine multidimensionale Resilienz. Resilienz geht über **Stabilität** hinaus. Entscheidend für das Krisenmanagement ist erstens die Wahrnehmung der Veränderungszeitlichkeit, denn nur bei kurzfristigen Schocks reichen temporäre Maßnahmen aus, und zweitens das Handlungsziel, ob eine Erschütterung kontrolliert bzw. unterbunden oder ob dauerhaft darauf reagiert werden soll. Strebt eine Regierung nach Stabilität, priorisiert sie Routineantworten, die etwa in Pandemieplänen institutionalisiert sind. Verbunden ist damit oftmals ein Bedrohungsframing als „akut“ und die Geltendmachung der politischen Autorität. **Resilienz** hingegen ist in eine umfassendere Reaktion eingebettet und zielt auf die Robustheit des gesamten Systems. Im Idealfall ermöglicht oder verbessert Resilienz die Reaktionsfähigkeit, den Lernprozess, den Anpassungsgrad, die Entscheidungsfindung, die Umwidmung von Ressourcen und Kapazitäten oder die Minimierung von Systemschwächen nach disruptiven Ereignissen. Resilienz kann die proaktive Planung, Innovation, Lösungsansätze oder die Politikgestaltung umfassen. Wesentliche Elemente der nationalen Resilienz sind eine effektive und vertrauenswürdige Führung, die Kommunikation und Koordinierung, die Einbindung der Gesellschaft, die ständige Prävention, Flexibilität und eine klare Prioritätensetzung.

Singapur setzt auf **strategische Weitsicht** und die Früherkennung von möglichen Risiken und Entwicklungen, welche die bisherigen Annahmen in Frage stellen. Dies inkludiert systematisches „*horizon scanning*“ als Ergänzung zur Szenarienplanung. Seit den 1980er Jahren spielt der Stadtstaat langfristige Bedrohungsszenarien für seine nationale Sicherheit durch, beispielsweise im Hinblick auf Seuchen, die Lebensmittelversorgungssicherheit oder die Landesverteidigung. 2004 erfolgte ein umfassendes Assessment, das in der Bildung des strategischen Rahmens für die nationale Sicherheit mündete und insbesondere in der Entwicklung eines integrierten, computerbasierten Systems für das Risikomanagement. Dieses betrifft die Risikoerkennung und -bewertung, die Überwachung der Risikoindikatoren, die Ressourcenmobilisierung und Verhaltensänderungen als Vorbereitung für erwartbare Risiken. 2009 wurde im Büro des Premierministers mit dem Centre for Strategic Futures ein Katalysator für innovatives strategisches Denken geschaffen. Singapur verbindet eine starke Zukunftsorientierung als integriertes Element der Politikgestaltung mit dem Bewusstsein für die Komplexität der öffentlichen Ordnung. Denn eine in der Vergangenheit effektive Politik garantiert keineswegs auch künftigen Erfolg. Ein schlankes, auf Effizienz konzentriertes System verfügt häufig nicht über ausreichende Ressourcen zur Bewältigung unerwarteter Probleme.

Singapurs Zugang ist **gesamtstaatlich** und soll auf die gesamtgesellschaftliche Ebene ausgeweitet werden. Die nationale Geschlossenheit bereitet in der multiethnischen Gesellschaft Singapurs grundsätzlich Sorge. Der gesamtstaatliche Ansatz verbindet die Stabilität und Stärke der formellen staatlichen Hierarchie mit der Diversität unterschiedlicher Perspektiven. Diese sind für die Erstellung eines Risikobildes ebenso nötig wie etwa interdisziplinäres Fachwissen und Verständnis sowie divergierende Einschätzungen und Interpretationen von Gefahrenanzeichen. Potenzielle Schwächen, etwa an Vorstellungskraft oder in der Kommunikation, können auf diese Weise begrenzt werden. Es benötigt Komplexität, um Komplexität zu bezwingen. Singapur dezentralisierte die strategische Vorschau beispielsweise über Ideen-Crowdsourcing. Ein Horizon Scanning-System kombiniert etwa die Datenwissenschaft und -analytik mit dem Geschick des Analysten oder Szenarienplaners. Generell stellt sich jedoch nicht nur die Frage der Vorhersehbarkeit bzw. Unkalkulierbarkeit einer Katastrophe. Sie ist kontextspezifisch und wird je nach eigener Perspektive und Erfahrung wahrgenommen, etwa einer früheren Handhabung einer Krise und deren Konsequenzen. Der Vergleich zur letzten großen Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 zeigt, dass jene Länder, die ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung konstant hielten, die Krise besser bewältigten. Ebenso verfügen innovative Unternehmen über eine größere Widerstandsfähigkeit gegenüber Krisenfolgen. Daraus resultiert, dass Investitionen in Wissenschaft, **Forschung und Innovation** zentrale Voraussetzungen einer erfolgreichen Krisenbewältigung sind.

Die **soziale Resilienz** Singapurs beruht insbesondere auf dem umfassenden Verteidigungskonzept „*total defence*“. Im Rahmen dieser vollumfänglichen Abwehrbereitschaft konzipiert Singapur seine Sicherheitspolitik seit 1984 als Vernetzung aller öffentlichen Lebensbereiche, das heißt militärisch, zivil, wirtschaftlich, sozial und psychisch. Seine Soldaten setzt Singapur etwa auch zur psychologischen Abwehr ein. Im Sommer 2020 öffnete es die Militärunterkünfte als Quarantänequartiere für die von Corona heftig betroffenen Arbeitsmigranten. Die gesellschaftliche Resilienz umfasst mehr als die individuellen Resilienzen, mit denen sie in Einklang stehen muss. Wichtig sind Flexibilität und Offenheit für bedarfsorientierte innovative Anpassungen sowie das Bewusstsein dafür, dass die soziale Resilienz mit der Dauer der Krise abnimmt.

Barbara Farkas



Der israelisch-palästinensische Konfliktraum und seine regionalen Akteure

Der Nahost-Friedensprozess nach dem Schlagabtausch zwischen der HAMAS und dem Staat Israel

Am 21. Mai 2021 trat nach einem elftägigen asymmetrischen bewaffneten Schlagabtausch zwischen terroristischen Kämpfern der radikalislamischen palästinensischen Terrororganisation HAMAS und den regulären Streit- und Sicherheitskräften des Staates Israel (Israel Defence Forces; IDF) eine vorläufige Waffenruhe in Kraft. Damit pausiert das jahrzehntelange palästinensisch-israelischen Ringen, dessen jüngste Auseinandersetzung von beiden Seiten in Intensität und Auswirkungen als eine der schwersten der letzten Jahre eingestuft wurde. Diese Sichtweise teilte auch die Entität der arabischstämmigen Israelis, welche sich erstmalig in der jüngeren Geschichte des Staates Israel und entgegen früherer Usancen bereits kurz nach Beginn der Kampfhandlungen in großer Zahl den Protesten der Bewohner der palästinensischen Gebiete anschlossen und, bedingt durch die israelische Politik der Härte, erstmals uneingeschränkt für die palästinensischen Forderungen eintraten. Die darauffolgenden quasi „bürgerkriegsartigen“ Szenen in den arabisch besiedelten Gebieten auf dem Territorium des Staates Israel waren für die Mehrzahl der Israelis ein Novum im jüngeren Konfliktbild und veranlassten auch die israelische Politik zu einer Neubewertung der Konfliktkonstellation und einer möglichen Adaptierung der zukünftigen politischen Vorgehensweise im Sinne einer zukünftig friedlichen Koexistenz.

Die inner-israelische Debatte

Maßgebliche politische Vertreter der unterschiedlichen israelischen Parteien sehen in der Person des israelischen Ministerpräsidenten Netanyahu den Hauptakteur, welcher die Eskalation aus unterschiedlichen Motivlagen heraus maßgeblich vorangetrieben haben soll. Ministerpräsident Netanyahu werden drei konkrete Handlungen sowie eine Eskalation im unmittelbaren Umfeld dieser Handlungen durch deren zumindest passive Duldung politisch zur Last gelegt:

Erstens wirft man dem Ministerpräsidenten vor, mit seiner Likud-Regierungspartei nach mehreren Wahlgängen zur Knesset verstärkt auf die Stimmen der orthodoxen Vertreter des konservativen politischen Spektrums Israels abzielen und dadurch eine radikalere Position gegenüber den Vertretern der palästinensischen Autonomiebehörde vor allem in der Siedlungsfrage aus bloßen innenpolitischen Erwägungen und zum persönlichen Vorteil an den Tag zu legen.

Zweitens wirft man ihm, unmittelbar daran anknüpfend, vor, die durch ein Höchstgericht bestätigte Entscheidung zugunsten der Besitzansprüche jüdischer Kläger auf mehrere Häuser in Jerusalem politisch verwertet zu haben und zum Zeitpunkt der Entscheidung, welche terminlich knapp vor dem Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan getroffen worden war, bewusst eine weitere Verstärkung der Siedlungspolitik verlautbart zu haben. Der Hintergrund für diese Vorgehensweise liegt unter anderem in den Prozessen um diese Häuser.

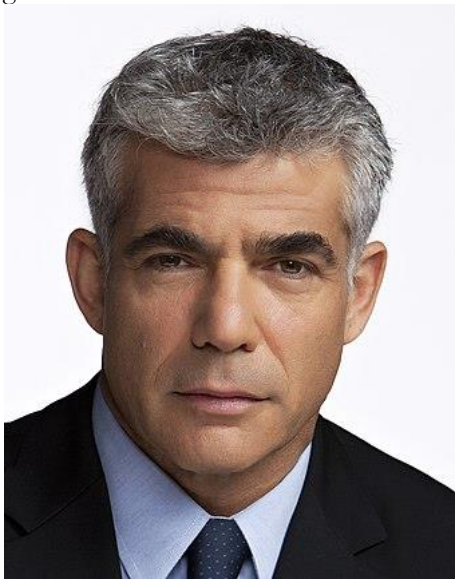
In Israel existieren mehrere orthodoxe jüdische Siedlervereine, deren Vereinszweck die rechtliche Restitution von Immobilienobjekten darstellt. Konkrete Handlungen dieser Vereine zielen darauf ab, über Gerichtsprozesse die grundbücherlichen Übertragungen israelischer Besitzansprüche juristisch abzusichern. Damit sollen geographisch durchgehende jüdische Siedlungsgebiete mit zusammenhängenden Wohnobjekten in Jerusalem realisiert und erweitert werden. Diese Vorgehensweise dient der räumlichen Konsolidierung der jüdischen Siedlungen und wurde im konkreten Falle von der Organisation „Ateret Kohanim“ unter der Führung von Schlomo Aviner angestoßen. Aviner meinte noch Anfang Mai 2021 in einer politischen Debatte öffentlich, dass die Regentschaft Netanyahus unter Duldung der rechtsgerichteten Parteien für ihn „das kleinere Übel“ darstelle. Die Vorgehensweise der Organisation selbst wurde tagespolitisch nicht thematisiert.

Drittens wirft man Netanyahu vor, gerade zum Ende des Fastenmonats Ramadan und nach mehreren damit verbundenen Protestkundgebungen rund um die Al-Aksa-Moschee in Jerusalem den Zugang muslimischer Pilger zum Moscheebereich vorsätzlich massiv einschränkt zu haben. Diese Zutrittsbeschränkung führte zu weiteren Protesten und zu einer allgemeinen Eskalation der Lage. Diese Art der konfrontativen politischen Positionierung Netanyahus wurde auch von mehreren Knesset-Fraktionen kritisch thematisiert. Einzelne Parteien begannen mit parallel geführten Verhandlungen mit dem Zweck, nach Jahrzehnten einer Likud-Regierung und mehreren Knesset-Wahlen mit indifferenter Mandatsverteilung erstmalig eine Regierung ohne Netanyahus Likud-Beteiligung zu realisieren und damit den Ministerpräsidenten abzuwählen.

Darauf zielt auch die jüngste Mehrparteieneinigung ab, welche auf Netanyahus Gang in die Opposition drängt. Diese Mehrparteieneinigung umfasst jedoch ideologisch eine derart große Bandbreite der unterschiedlichen politischen Positionierungen, dass ein Mindestmaß an Regierungsfähigkeit in Zweifel zu ziehen bleibt.

Am 3. Juni 2021 unterzeichneten Yair Lapid, Naftali Bennet und Mansour Abbas eine Koalitionsvereinbarung. Diese Koalition wird in manchen Beobachterkreisen bereits die „Koalition der unwahrscheinlichen Partner“ genannt. Sie kommt

aufgrund der Mandatszahlen auf eine hauchdünne Mehrheit von 61 Mandaten in der 120-sitzigen Knesset. Mansour Abbas' Teilnahme an der Koalition mit seiner Ra'am-Partei ist dabei besonders bemerkenswert. Diese Partei ist eine der arabischen nationalen Parteien, welche auch Kontakte zur Moslembruderschaft pflegt. Diese arabische Partei koalitiert nun mit der Partei Yesh Atid unter Yair Lapid, welcher zwar bereits vor einem Jahrzehnt gegen Netanyahu politisch tätig wurde, dennoch in mehreren Kabinetten unter dem Likud-Ministerpräsidenten amtierte. Ein Jahr lang war Lapid als Finanzminister einer Netanyahu-Regierungskoalition im Amt. Dieser Umstand betrifft auch den „Dritten im Bunde“, Naftali Bennet. Er diente ebenso wie Lapid mehrmals unter Netanyahu im Rahmen mehrerer Regierungskoalitionen.



Yair Lapid; Vorsitzender der Partei Yesh Adit

Ob sich Benjamin Netanyahu endgültig geschlagen geben wird und ob der Likud eine Rückkehr zur Macht ohne Beteiligung oder gar Führung durch die Person Netanyahu als realistischere Variante erachten wird, sind die aktuellen zentralen innenpolitischen Fragen. Diese werden von der künftigen täglichen Regierungsroutine maßgeblich beeinflusst werden, welche im Lichte einer Koalition von arabischen Parteien und rechtsgerichteten israelischen Parteien einen täglichen Existenzkampf wird an den Tag legen müssen.

Neben diesen israelischen Aspekten sind bei der konfliktauslösenden Frage mehrere inner-palästinensische Entwicklungen anzusprechen. Eine Bewertung der Auslöser des jüngsten Angriffes ist auch auf deren Seite komplex und liegt in der Kulmination mehrerer Einzelaspekte begründet. Diese Einzelaspekte umfassen neben der inner-palästinensischen auch die gesamtarabische Situation.

Zur Situation in der Palästinensischen Autonomiebehörde

Im Jänner 2021 kam es zu einer massiven innerpalästinensischen politischen Krise, nachdem Palästinenserpräsident Abbas eine (erneute) Absage der Wahlen zur Palästinensischen Autonomiebehörde verlautbarte. Der Auslöser für die erneute Absage der Wahlen lag in einer zuvor monatelang andauernden anhaltenden politischen Krise innerhalb des Fatah Führungsgremiums begründet. Kurz vor der erneuten Nominierung des 87-jährigen Abbas als Präsidentschaftskandidat, welche mangels eines konsensual ermittelten Alternativkandidaten erfolgt war, erklärte der Reformblock unter Mohammed Dahlan, mit einer eigenständigen Reformliste innerhalb des Fatah-Blockes antreten zu wollen. Für den politisch geschwächten Abbas bedeutete diese Ankündigung eine ernsthafte Bedrohung seines präsidentiellen Machtanspruches. Die HAMAS sah zu diesem Zeitpunkt einen politisch-strategisch günstigen Moment gekommen, mit einer gezielten provokativen militärischen Aktion gegen Israel ihre Stärke auch gegenüber dem Führungsgremium der Fatah zu demonstrieren.



Aktivisten der HAMAS demonstrieren ihre Stärke bei Protesten in Ramallah (Westjordanland)

Die Ankündigung Dahlans löste darüber hinaus mehrere weitere „Unabhängigkeitserklärungen“ aus. Dahlan selbst lebt seit mehreren Jahren im Exil in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und ist mit dem Kronprinzen Mohammed bin Zayed an-Nahjan sehr eng verbunden. Dahlan werden aus seinem näheren politischen Umfeld regelmäßig Ambitionen auf das Amt des Palästinenserpräsidenten unterstellt. Dies wäre im Falle der Realisierung einerseits im Sinne von Teilen der Fatah, jedoch auch im Sinne der VAE selbst, welche dadurch eine größere Relevanz im Nahostfriedensprozess spielen könnten. Die VAE haben mit Israel im Rahmen des „Abraham-Abkommens“ 2020 eine engere

Zusammenarbeit und eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen vereinbart und arbeiten aktuell bereits an der Umsetzung des Abkommens. Die VAE haben sich nicht nur medial nicht zum jüngsten Konflikt geäußert, sie koordinieren sogar eigene staatlich geförderte Internet-Influencer mit israelischen Bloggern, um Inhalte mit pro-israelischen Narrativen und dem damit verbundenen anti-palästinensischen Kern für das arabische Zielpublikum zu adaptieren. Der Kampf der Hamas wird dabei als terroristischer Akt dargestellt und als anti-islamisch punziert.



Mohammed Dahlan

Die VAE stellen seit 2011 die Speerspitze im Kampf gegen die Moslembruderschaft dar und gelten dabei auch als schärfste Kritiker des Emirates Katar, welches die Hamas seit Jahren mit massiven Geldzuwendungen alimentiert.

Neben Dahlan deklarierte sich in den ersten Märzwochen auch der Cousin des früheren Palästinenserpräsidenten Yasir Arafat namens Nasser al-Qudwa zu einem politisch unabhängigen Alleingang. Er hegte ebenso wie Dahlan die Absicht, eine eigene Liste zu begründen, und verlautbarte, bei den zeitgleich zu den Präsidentschaftswahlen abzuhaltenden Parlamentswahlen antreten zu wollen. Seine Mitgliedschaft innerhalb der Fatah wurde daraufhin vom Fatah-Exekutivkomitee ruhend gestellt.

Die beiden Entwicklungen rund um Dahlan und al-Qudwa lösten eine Führungsdebatte innerhalb der Fatah aus und schwächten Präsident Abbas. In diesen ersten Märztagen 2021 erklärte daraufhin auch der ehemalige Ministerpräsident und ehemalige Finanzminister der Palästinensischen Autonomiebehörde Salam Fayyad seine Kandidatur mit einer unabhängigen Liste.

Das Fatah-Exekutivgremium galt zu diesem Zeitpunkt als paralysiert. Die politischen Zirkel rund um Präsident Abbas artikulierten mehrere Ultimaten, um die unabhängigen Kandidaten zur Aufgabe zu bewegen. Diese verstrichen und Abbas sah sich Anfang Mai 2021 gezwungen, die Wahlen (erneut) abzusagen. Zu erwähnen ist jedoch, dass Abbas bereits seit 2009 die Amtsgeschäfte ohne demokratische Legitimierung führt und die politische Übergabe der Gesamtverantwortung auch innerarabisch drängender denn je ist. Eine inner-palästinensische Einigung, sowie eine Lösung des Nahostkonfliktes sind unter seiner Regentschaft auszuschließen.

Als offizielle Begründung für die Absage der Präsidentschafts- und der Parlamentswahlen führte Abbas jedoch die nicht zu erwartende Teilnahme-möglichkeit der palästinensischen Bevölkerungsschichten in der Stadt Jerusalem und die damit einhergehenden israelischen politischen Repressionen an. Das mediale Rumoren im Vorfeld des höchstgerichtlichen Urteils in der Jerusalem-Causa kam ihm dabei mehr als gelegen.

Als ein weiterer inner-palästinensischer Grund für die Eskalation gelten die politischen Aktivitäten der HAMAS-Führungskader selbst. Diese sahen in der Debatte rund um Präsident Abbas die Chance, größeren politischen Einfluss auf die Aktivitäten in und um die politischen Führungskreise innerhalb der Westbank nehmen zu können. Die HAMAS ist sich der flankierenden Rolle durchaus bewusst und sieht sich als Hauptträger des Kampfes für das palästinensische Volk. Nicht nur der Staat Israel, sondern auch große Teile der Palästinensischen Autonomiebehörde und der palästinensischen Bevölkerung nehmen die beiden großen Siedlungsgebiete der Westbank und des Gazastreifens nach vierzehn Jahren HAMAS-Herrschaft im Gazastreifen selbst als mittlerweile zwei unterschiedliche Entitäten wahr.

Die Westbank gilt gemeinhin als „Fatahstan“, der Gazastreifen als „Hamastan“. Ein Versuch, diese beiden politisch unterschiedlichen „Gebietskörperschaften“ erneut unter eine gemeinsame Autonomieverwaltung zu stellen, scheitert regelmäßig. Eine wie auch immer geartete politische Umsetzung dazu lässt sich weder durch ausländische Vermittlung noch durch politische oder wirtschaftliche Einflussnahme bewerkstelligen. Für die im Gazastreifen regierende und politisch stark abgesicherte HAMAS ist eine Kompromissbereitschaft gegenüber den Positionen der intern geschwächten Fatah in den Westbankgebieten nicht akzeptabel. Das HAMAS-Narrativ, wonach die korrupten Eliten der Autonomiebehörde und des Fatah-Zentralkomitees mit Israel verbündet seien, wird auf der palästinensischen Straße v.a. im Gazastreifen vertreten, gilt jedoch inzwischen auch in der Westbank als durchwegs „gesellschaftsfähig“.

Die aktuelle Position der HAMAS ist daher als eine politisch abgesicherte zu bewerten, für die auch der jüngste Schlagabtausch mit den IDF zu keinen nennenswerten politischen Popularitätseinbußen führte. Die HAMAS würde daher weiterhin den Führungsanspruch im Falle einer unierten Palästinenserführung stellen. Dies gilt aber weder für die westliche internationale Gemeinschaft noch für den Staat Israel als akzeptabel. Für die Fatah ist es undenkbar, diese Forderung zu akzeptieren, denn sie würde ihr politisches Ende bedeuten. Dieser aktuell unrealistische Handlungsstrang birgt in den möglichen Konsequenzen eine nicht zu unterschätzende regionalpolitische Dimension in sich.

Neben der bereits angesprochenen Rolle der VAE stehen weitere Staaten in direktem Zusammenhang mit der jüngst erfolgten Eskalation. Deren Einflussnahme ist ebenso evident, wie massiv. So stellen Spenden aus dem Emirat Katar, aus der Islamischen Republik Iran und „Drittmittel“ aus privaten Sammlungen islamistischer Gruppierungen im Umfeld des „Global Jihad“ eine derart relevante Einnahmequelle für die HAMAS als politische Organisation dar, dass der Kampf gegen Israel mittlerweile als „Kernelement der Geschäftsgebarung“ aufrechterhalten werden muss. Ein konzilianteres politisches Vorgehen gegenüber Israel ist daher nicht realistisch und würde im Falle der politischen Mandatierung des Gesamtvertreteranspruches in der Palästinensischen Autonomiebehörde zwangsläufig zu einer sicherheitspolitischen Verschärfung der Gesamtsituation auch in der Westbank beitragen und unweigerlich auf die Nachbarstaaten v.a. auf das Königreich Jordanien strahlen.

In westeuropäischen Medien wird die HAMAS als Terrorgruppierung wahrgenommen, die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verurteilen die HAMAS überwiegend als Terrororganisation und etablierten damit verbunden einen Sanktionsmechanismus gegen ausgewählte Führungsmitglieder. Im innerarabischen Diskurs spiegelt sich diese Wahrnehmung zwar ebenso wider, wird jedoch um das Faktum erweitert, wonach es sich bei der Gruppe um den „bewaffneten Arm“ der ägyptischen Moslembroderschaft handle. Eine internationale Akzeptanz hätte daher unweigerlich Auswirkungen auf die Rolle der Moslembroderschaft.

Aktuell agiert die HAMAS jedoch überwiegend als politische Organisation und überlässt die militärische Umsetzung ihrer Strategie den Izzad ad-Din al-Qassam Brigaden. Diese gelten mittlerweile als ihr bewaffneter Arm, jedoch ist eine personelle und organisatorische Abgrenzung der beiden Entitäten auch weiterhin nur schwer zu tätigen, weil die ideologische Verbundenheit zur Moslembroderschaft das Kernelement der Identität der Organisation selbst ist. Die HAMAS-Frage und das Phänomen hinter der Organisation sind vielschichtig, die Organisation selbst verkörpert eine der prominentesten

Figuren des „Politischen Islams“ und der Interpretationsrolle des Jihad. Fragen des Revolutionsbegriffes im Islam selbst berühren ursächlich ihren eigenen Wesenszug als Organisation und verbinden damit die Auswirkungen ihres Handelns auf das soziologische und auf das sozio-ökonomische Feld der arabischen Gesellschaft im Umfeld der Palästinafrage und im Rahmen des antizionistischen Kampfes.

Die inner-arabische Dimension

Der Beginn der jüngsten Eskalation fiel mit dem Ende des Fastenmonates Ramadan am 12. Mai 2021 zusammen, welcher – wie bereits erwähnt – zu massiven Zusammenstößen zwischen gläubigen Muslimen und israelischen Streit- und Sicherheitskräften in Jerusalem führte und durch die handelnden politischen Kräfte im Gazastreifen als eine weitere Eskalation aufgefasst wurde. Die HAMAS sah sich daher aufgrund ihres „politischen Grundauftrages“ zum Handeln gezwungen und eröffnete ihre Feindseligkeiten durch einen massiven Boden-Boden-Schlag ihrer Raketenysteme auf das gesamte israelische Territorium. Der Eröffnungsschlag zielte auf eine Sättigung des israelischen Nahbereichs-Flugabwehrsystems Iron Dome (Eiserne Kuppel) ab, um Schäden und zivile Opfer herbeizuführen und sofort in der weltweiten medialen Wahrnehmung offensiv präsent zu sein. Diese mediale Präsenz sollte auch innerpalästinensisch ein Signal an die Fatah senden, wonach deren vermeintliche Appeasement-Politik mit dem Erzfeind Israel zukünftig zu keiner Verbesserung der palästinensischen Gesamtsituation führen würde, sondern ausschließlich die politische Marginalisierung der Fatah-Gremien und des Fatah-Komitees nach sich ziehen würde. Dieses Selbstbewusstsein der HAMAS nach vierzehn Jahren des bewaffneten Kampfes fußt auf einem Glaubens- und Kampfbegriff, welcher in der muslimischen Welt im 20. Jahrhundert christlicher Zeitrechnung eine starke Wirkung entfaltete.

Für den „Politischen Islam“ ist die Phase der westlichen Einflussnahme auf die Glaubensgemeinschaft der Muslime durch das Ende des politischen Kolonialismus im Nahen Osten nicht abgeschlossen. Vielmehr wird die Grundkonzeption des nach einem muslimisch gerechten Grundideal konzipierten Gemeinwesens, also einem Leben ohne Laster, Verführungen und Korruption angestrebt. Einem unnützen Streben nach materiellen Dingen und nach ihren damit einhergehenden Verführungen muss ebenso entgegengetreten werden. Aus der Sicht des „Politischen Islams“ sind es daher nicht ausschließlich die USA, der Staat Israel oder die „Jugend im Westen“, welche es zu bekämpfen gilt. Das Konstrukt und das damit entwickelte Narrativ zielen natürlich auch auf sämtliche arabische Staaten ab, welche aus Sicht der Exponenten und Aktivisten vom Pfad der wahren Religionsausübung und ihrer Gottesfürchtigkeit

abgewichen sind. Auch diese Staaten gilt es zu bekämpfen und die jeweilige Bevölkerung vom rechten und tugendhaften Weg zu überzeugen.

Diese Sichtweise führt durchwegs zu temporären und aus westlicher islamwissenschaftlicher Sicht scheinbar „unlogischen“ Allianzen. Eine Unterstützung der sunnitischen HAMAS durch die zwölfschiitische Islamische Republik Iran ist zweifelsohne nicht einfach begründbar und nur schwer ideologisch nachzuzeichnen. Diese Unterstützung folgt naturgemäß anderen Gesetzmäßigkeiten, wie es im Gegensatz dazu die Unterstützung durch das Emirat Katar darstellt. Das Emirat ist einer der elementaren politischen Unterstützer der Moslebruderschaft schlechthin und sieht sich als Vertreter der Moslebruderschaft mit einem Anspruch auf Unterstützung der Expansion ihres Wirkbereiches. Damit ist eine Unterstützung der HAMAS und ihrer Aktivitäten im Gazastreifen für das Emirat Katar eine Art „religiös determinierte Staatsraison“. Dieser Umstand ist unabhängig von einem allfälligen bilateralen katarischen-israelischen Verhältnis zu werten.

Ähnliche Unterstützung erhielt die HAMAS kurzfristig nach der Revolution 2011 durch Ägypten. Dort stellte die Moslebruderschaft nach dem Sturz Hosni Mubaraks mit der erfolgreichen Wahl von Mohammed Mursi sogar den ersten frei gewählten Präsidenten.

Dieses Faktum war für Saudi-Arabien, die VAE und andere Staaten inakzeptabel. Nach zwei Jahren beendete eine orchestrierte Gegenrevolution die Präsidentschaft Mursis und damit die Herrschaft der Moslebruderschaft; es folgte die Machtübernahme des Militärs Abdul Fatah al-Sisi, des aktuellen ägyptischen Staatsoberhauptes. Ägypten gilt trotzdem als Wiege des Politischen Islams und ist das grundsätzliche Herkunftsland der Kernbruderschaft. Ägypten verwaltete bis zum Ende des Sechstagekrieges 1967 auch den Gazastreifen. Für die Aktivisten der Moslebruderschaft hat daher das Verhältnis zu Gaza eine traditionelle und geschichtlich nachvollziehbare Bedeutung. Dieser Umstand ist bis heute in der politischen Gebarung präsent und führt zu regelmäßigen Vermittlungsbemühungen Ägyptens zwischen der HAMAS und den Vertretern des Staates Israel. Neben diesen realpolitischen Aspekten stehen Ägypten und die Islamische Republik Iran historisch exemplarisch und stellvertretend als die beiden klassischen Rollenmodelle der Ausdifferenzierung des „Politischen Islams“ in der jüngeren Geschichte.

Der Politische Islam und der Jihad-Begriff - Versuch einer Einordnung des muslimischen Kampfbegriffes

Die Islamische Revolution im Iran

Gängige Lehrmeinungen beinhalten die Sichtweise, wonach die Islamische Revolution im Iran 1979 eine Kulmination mehrerer ideologischer Prozesse darstellte deren realpolitische Auswirkungen bereits in den 1960er Jahren ihren Anfang genommen hatten. Eine „zutiefst religiöse Gesellschaft“ bereitete dabei sorgfältig und langfristig die Übernahme der Staatsführung vor. Die Institutionen, welcher sich diese Gesellschaft bediente, waren einerseits ausgewählte Moscheen, darüber hinaus jedoch die einzelnen Zentren eines schiitischen Gelehrtenwesens, welche unter dem Namen „Hauza“ präsent waren. Diese „Hauza-Zentren“ predigten und publizierten für ihre Anhänger, sie rekrutierten neue Mitglieder, organisierten deren Zusammenwirken und trainierten sie in unterschiedlichen Disziplinen als zukünftige „Kader der Revolution“. Die grundlegende Episode des Wirkens dieser Seminare der einzelnen „Hauza-Zentren“ reichte landesweit zeitlich vom Beginn des Jahres 1953 weg bis zum Jahr 1977. In diesem Zeitraum formierte sich im intellektuellen gesellschaftlichen Diskurs sowie im Duktus der Gelehrtenpredigten eine relevante „muslimische Identität“, welche in der Art und Weise des „wir gegen den westlich kontrollierten Säkularismus“ auftrat.

Die Begrifflichkeit des „westlich kontrolliert“ spielte dabei auf die eigene Regierung an. Der schiitische Revolutionsgedanke führte dadurch zu einem weiteren Aspekt des Umbruchs, nämlich der sozialen Segregation und der Störung einer normativen Ordnung. Die Herrscherschicht wurde durch weite Teile der Bevölkerung nicht mehr gehört und verlor diese an islamische Bewegungen und an eine Art schiitischen „Klerus“, welcher diesen – quasi entrechteten – Bevölkerungskreisen eine moralische Orientierung und eine spirituelle Aufnahme in eine religiöse Gemeinschaft anbot.

Ein weiterer Umstand für die Islamische Revolution ist darin zu finden, dass mit dem sozio-ökonomischen Niedergang direkt proportional die politische Autokratie anstieg. Je unzufriedener die Bevölkerung erschien, desto repressiver traten die Regierung und für sie ihre Sicherheitsapparate in Erscheinung. Diese Ausgangslage wäre für sich genommen noch keine fundamentale unterschiedliche Konstellation zu ähnlichen Entwicklungen in Ägypten, welche ebenso beleuchtet werden. Sie definieren jedoch den sozialen Nährboden, welcher für islamische und auch islamistische Entitäten von Bedeutung sind.

Im Falle Irans bedeutete es, nicht im Rahmen eines vorherrschenden politischen Systems zu verändern, sondern das System selbst einer Veränderung zu

unterziehen. Eine Revolution wird dann durch weite Teile der Bevölkerung ausgelöst, wenn eine lange Phase der politischen und der wirtschaftlichen Schieflage durch eklatante Wendepunkte oder Ereignisse mit öffentlicher Wahrnehmung abgelöst wird. Damit schöpfte die iranische Revolution ihr Potenzial aus einer Sozialbewegung heraus. Diese begann als Zusammenschluss einzelner Netzwerke, erweiterte sich um verschiedene Diskussionsgruppen und um militante Untergrundgruppierungen, welche sich grundlegend von politischen Parteien unterschieden und zu Beginn jedoch noch keinerlei breite Unterstützung aus dem Volk genoss. Was dieser Form der gemeinschaftlichen Willensbildung dennoch zu eigen war, ist der Umstand, dass es den Gruppen durch diese Institutionalisierung mit der Zivilgesellschaft ermöglicht wurde, ihre Protestaktionen länger aufrechtzuerhalten und im Schlagabtausch mit den staatlichen Autoritäten länger deren repressiven Maßnahmen zu widerstehen. Als Beispiel dafür lässt sich die „Bewegung der Arbeitslosen“ anführen, welche durch gezielte Unterstützung durch islamische Kreise und durch deren soziale Aktivitäten politisch inkorporiert wurde.



Revolutionsführer Chomeini kehrt 1979 aus dem französischen Exil nach Teheran zurück.

Den Schlusspunkt dieser Entwicklungen markierte der 11. Februar 1979, als die Islamische Revolution die rund 2.500 Jahre geltende Monarchie als Herrschaftsform ablöste. Die Autorität des Schahs hatte zuvor

jahrzehntlang eine mögliche Partizipation der schwunghaft zugenommenen sozialen Bewegungen am politischen Geschehen zum Zwecke einer gesellschaftlichen Weiterentwicklung verhindert. Dieser Umstand führte schließlich dazu, dass sich unterschiedliche gesellschaftliche Schichten wie Händler, Angehörige der überwiegend urbanen Mittelklasse, Geistliche und andere Bevölkerungsteile, welche ihr Engagement und ihren Aktivismus den schiitischen religiösen Einrichtungen angedeihen ließen, mit einer einzigen „Modernisierungsstrategie“ zusammenschlossen und ihre ökonomischen Interessen und Fragen des sozialen Zusammenhaltes „auf einen tragfähigen Nenner brachten“.

All diese internen Entwicklungen wurden von weiteren externen Entwicklungen beeinflusst. Am Beispiel Irans unter dem Schah ist vor allem die US-amerikanische Unterstützung durch die Administration Carter hervorzuheben, welche dem inner-iranischen „Kolonialfeindbild“ in der Person des US-Präsidenten neben dem Schah ein weiteres Gesicht verlieh. Dieses Feindbild wurde in mehr als 10.000 Moscheen im gesamten Land, in den unterschiedlichen Hauzas und bei Versammlungen von Vertretern des religiösen Establishments mit den unterschiedlichen Jugendorganisationen entwickelt, gepflegt und argumentativ bespielt.

Den Abschluss der Islamischen Revolution 1979 bildete der relativ rasch erfolgte Transformationsprozess des Staatswesens nach der neu formulierten Staatsidee. Diese Staatsidee wird bis heute als „Herrschaft der Rechtsgelehrten“ bezeichnet. Diese regelt seit diesem Zeitpunkt das islamische Glaubenssystem und seine normierende Wirkung, weiters die zukünftigen Aspekte und Initiativen einer (restriktiveren) Frauenpolitik und auch das kulturelle Leben in seiner Gesamtheit und mit seinen gewünschten Ausformungen. Damit wurde der schiitische Islam in der Islamischen Republik Iran auf eine bestimmte Art und Weise politisiert. Der Schlagabtausch dieser „islamistischen Kräfte“ mit dem Staat des vorrevolutionären Wesens markierte den Beginn der Wahrnehmung des iranischen Revolutionsführers und Ayatollahs als eine politisch-religiöse Person. Sein Machtzentrum lag nun nicht mehr in der Masse des Volkes, sondern in der *ideologisierten* und *gebildeten* Masse des Volkes.

Die islamistischen Bewegungen in Ägypten

Die islamische und islamistische Szene in Ägypten entwickelte sich anders als in der Islamischen Republik Iran bereits in den 1920er Jahren als eine Art sozialer „Graswurzelbewegung“. Die prominenteste und noch heute relevante Vertreterin dieser Gruppierungen und Bewegungen stellt die Moslembruderschaft dar, welche als Paradevertreterin des „Politischen Islams“ gilt. Ihre Wiederbelebung erfuhr diese Bewegung in den frühen

1990er Jahren zu einem Zeitpunkt, als sich in Ägypten eine breitere und starke islamistische Szene entwickelte. Diese Szene wurde von mehreren islamistischen Gruppierungen gebildet, deren strategische Ziele ebenso im Sturz des autokratischen und pro-westlichen Herrschaftssystems lagen. Anzumerken ist, dass die Kooperation mit kommunistischen Staaten von diesen Gruppierungen in den Jahren zuvor ebenso negativ gewertet worden waren. Auch diese Bewegungen sahen ihren Wesenszweck darin, die Wünsche, Ängste und Forderungen breiter Bevölkerungskreise im islamischen Sinne ideologisch zu kanalisieren und mit konkreten politischen Forderungen zu versehen. Der bewaffnete Kampf unter Inkaufnahme von zivilen Opfern wurde als legitimes Mittel angesehen.

Bereits zehn Jahre zuvor, im September 1981, feierten der ägyptische Islamische Dschihad und die Gemeinschaft der Muslime mit der Ermordung des ägyptischen Staatspräsidenten Sadat einen breitenwirksamen Erfolg. Dieser Anschlag stellte jedoch nicht die einzige Aktivität von islamistischen Gruppierungen in Ägypten dar. Die Gruppierungen selbst adaptierten ideologisch die Positionen der Moslembruderschaft, begaben sich zunehmend in Konkurrenz zu dieser und konkurrierten um Einfluss und um Rückhalt in der Bevölkerung. Das breit abgedeckte islamische Spektrum als religiöse Grundlage für politische Forderungen beinhalteten militante Gruppierungen, gewaltlose religiöse Vereine, sowie in einer Politik der kleinen Schritte auch reguläre religiöse Institutionen und Entitäten, wie zum Beispiel ausgewählte Sufi-Orden, Institutsmitglieder der Azhar-Universität in Kairo und Protagonisten des säkularen ägyptischen Staates in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Stiftungsministeriums und des Hohen Islamischen Rates.

In Ägypten stieg die Zahl privater Moscheen auf rund 40.000 Einrichtungen an. Im Zeitraum der 1970er Jahre bis zum Jahr 1990 bedeutete dies eine Steigerung um knapp 100%. Die Anzahl staatlich kontrollierter Moscheen stieg im selben Beobachtungszeitraum nur um rund 40%. Im selben Zeitraum stiegen auch die Zahl der rein religiösen Publikationen und jene der veröffentlichten Tonträger (Kassetten mit Predigten, etc.) massiv an. Die Anzahl an religiös ausgerichteten Fernsehsendern nahm dermaßen zu, dass Staatspräsident Mubarak sich veranlasst sah, die säkulare Grundhaltung des Staates Ägyptens zwar öffentlich zu betonen, gleichzeitig jedoch die Anwendung des Islamischen Rechtes als Prüfnorm bei der Rechtskonformität allfälliger Gesetzesbeschlüsse in die ägyptische Verfassung aufzunehmen.

Islamistische Bewegungen arbeiten gerne in einer Art Phasenbildung. In einer ersten Phase wird einer Missionierung der Bevölkerung Vorrang vor der konkreten politischen Arbeit eingeräumt. In dieser Phase ist es für die Bewegungen von essenzieller Bedeutung, Einfluss auf die Bildungspolitik zu bekommen. Eine

mögliche Einflussnahme auf sicherheitspolitische oder gar militärische Entscheidungen ließe sich in dieser Phase gar nicht realisieren. Erst in einer zweiten Phase wird nach der Durchdringung des Staatsapparates durch eigene Sympathisanten und durch die eigenen „Funktionäre“ getrachtet.



Freudenkundgebung in Kairo 2012 nach der Wahl von Mohammed Mursi (Moslembruderschaft) zum Staatspräsidenten.

Das Gründungsmitglied der HAMAS im Gazastreifen Abd al-Aziz al-Rantisi erläuterte dieses Vorgehen in einem Interview sinngemäß dergestalt: „*HAMAS ist zuerst eine Missionsbewegung, eine religiöse Bewegung, die die Gesellschaft dazu bringen will, den Säkularismus abzulegen und zur Religion zurückzukehren. Sie war anfangs hauptsächlich in den Moscheen tätig. Sie hat die palästinensische Gesellschaft von einer säkularen zu einer religiösen gemacht. Jeder Mensch, der eine Religion hat, verteidigt sein Land. Und wer im Kampf für sein Land und sein Volk stirbt, gilt im Islam als Märtyrer, er geht direkt in den Himmel.*“

Fazit

Israel ist aktuell politisch in einer instabilen Phase und in einem Zustand des politischen Übergangs. Die Ära von Benjamin Netanyahu als Ministerpräsident scheint beendet zu sein. Ob es auch das Ende der Ära Netanyahu als Politiker und als Leitfigur des Likud sein wird, hängt massiv an der Art und Weise des auszuformulierenden Regierungsprogrammes und der damit verbundenen Leistungsfähigkeit der neuen Regierungskoalition unter Lapid.

Eine zukünftige Neugestaltung der Koexistenz zwischen Israel und Palästina ist nun erweitert um die Neuausgestaltung der Koexistenz der einzelnen israelischen Entitäten mit ihren arabischstämmigen israelischen Mitbürgern im israelischen Kernland selbst. Diese weitere Herausforderung trifft auf eine grundsätzlich bereits fragmentierte Gesellschaft, deren

Gesamtzusammenhalt durch den äußeren Feind und durch den gemeinsamen Kampf dagegen in den letzten Jahrzehnten nur mehr grundsätzlich gewährleistet war und ist.

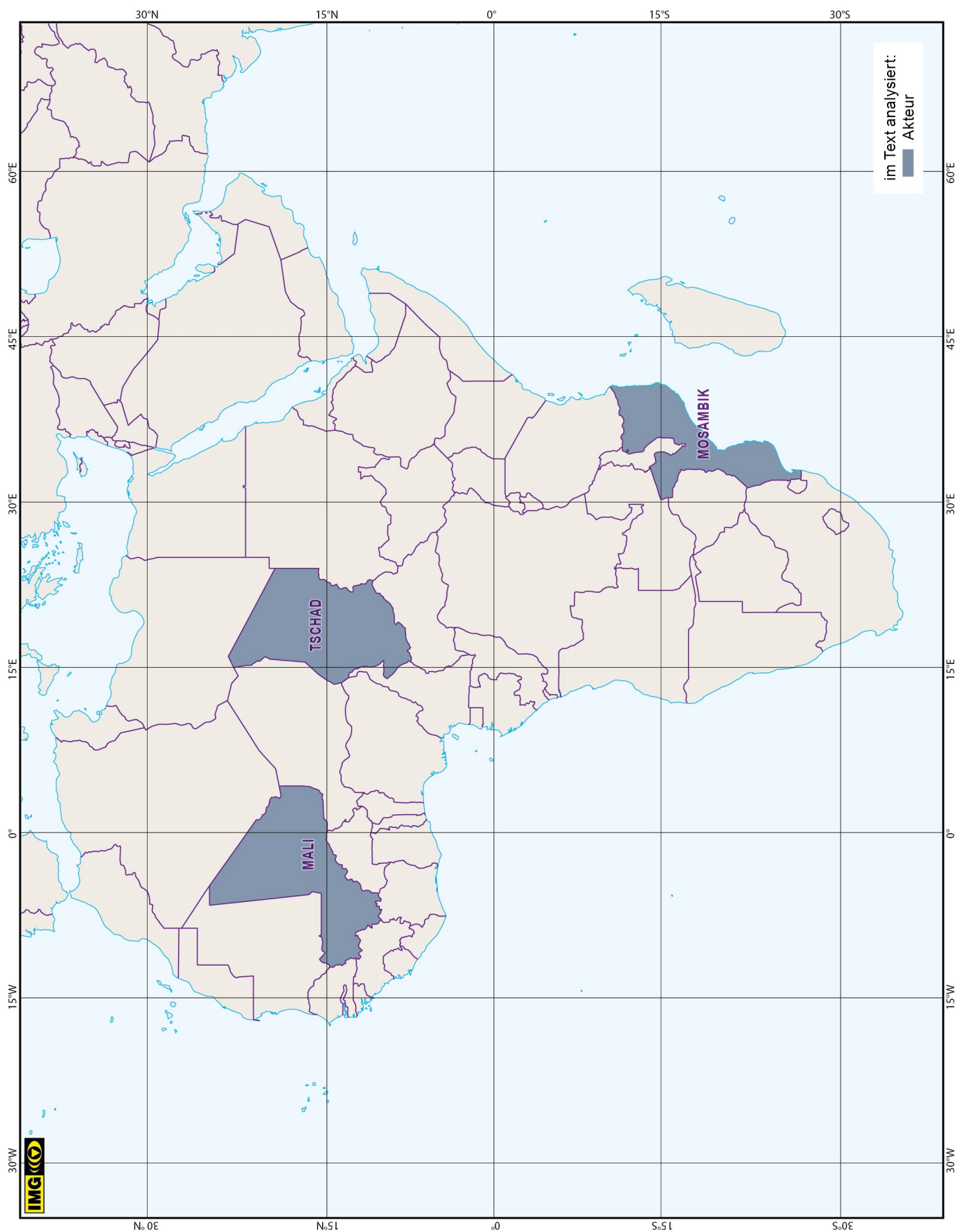
Für die palästinensische Autonomiebehörde war der jüngste Schlagabtausch ein innenpolitisches sowie ein machtpolitisches Desaster. Mit dieser Palästinenserführung unter Mahmoud Abbas ist schlichtweg keine konstruktive Lösung mehr zu erwarten. Die HAMAS geht aus diesem Waffengang innerpalästinensisch vielmehr gestärkt vom Feld. Ihre internationale Wahrnehmung als politisch legitime Kraft im Gazastreifen hat sich (ungewollt) verfestigt.

Der HAMAS ist als Vertreterin des „politischen Islams“ auf der politischen Ebene des Antizionismus die ideologische Einigung der beiden Revolutionsinterpretationen der sunnitischen und der schiitischen Welt gelungen. Sie erhält aus dem Emirat Katar, aus den Netzwerken des Global Jihad und aus anderen vorwiegend sunnitischen Kreisen genauso Unterstützungsleistungen wie aus der Islamischen Republik Iran mit ihrem zwölferschiitischen Machtkonstrukt.

Diese vermeintliche Stärke verunmöglicht es der HAMAS daher auch, aus sich selbst heraus eine konziliantere Haltung gegenüber Israel einzunehmen. Ihre bloße Existenz wird weiterhin durch den uneingeschränkten Kampf gegen Israel geprägt bleiben. Damit wird es aus aktueller Sicht in absehbarer Zeit zu keiner palästinensischen Einheitsregierung kommen.

Ein formaler und völkerrechtlich legitimer Abschluss eines Friedensprozesses mit einer Zweistaatenlösung ist auf absehbare Zeit daher ebenso auszuschließen.

Stephan Reiner



Sub-Sahara Afrika

Tschads Langzeitpräsident Déby stirbt

Der seit 1990 regierende Präsident Idriss Déby Itno starb laut tschadischen Quellen am 20. April 2021 im Alter von 68 Jahren bei einem Besuch an der Front im Kampf gegen Rebellen des Front pour l'Alternance et la Concorde au Tchad (FACT). Obwohl die Verfassung des Landes die Nachfolge eindeutig regelt und der Parlamentspräsident bis zu Neuwahlen das Land führen sollte, setzte sich ein Militärerrat an die Spitze des Staates. Dieser wird von General Mahamat Idriss Déby, dem Sohn des verstorbenen Präsidenten, geleitet.

Auf den Tod von Idriss Déby Itno waren auch seine traditionellen Verbündeten nicht vorbereitet. Daher ließen Reaktionen darauf länger auf sich warten. Die Afrikanische Union (AU), laut deren Statuten nicht konstitutionelle Machtwechsel zu einer Suspendierung eines Staates aus den Gremien führen, bis die verfassungsmäßige Ordnung wieder hergestellt ist, reagierte darauf mit einer Fact Finding Mission, der 14 Tage Zeit gegeben wurde, um sich ein Urteil zu bilden. Mit dem Argument, dass es um eine außergewöhnliche Sicherheitssituation handle, die einer besonderen Behandlung bedürfe, wurden gegenüber dem Land keine Maßnahmen ergriffen.

Außerhalb Afrikas waren die Augen vor allem auf Frankreich gerichtet. Für Frankreich ist der Tschad der wichtigste Verbündete in der Sahelregion. Das Land unterstützte und unterstützt die meisten militärischen Aktivitäten im regionalen Kontext. So stellte 2013 der Tschad Bodentruppen für die Operation Serval in Mali zur Verfügung, ist seit 2014 an der Operation Barkhane beteiligt und engagiert sich bei der Force Conjointe G5 du Sahel. Aus diesen Gründen und den Argumenten der AU wurde der Putsch auch von Frankreich nicht verurteilt, sondern die Stabilität des Landes und der Region betont.

Der Tschad unter Idriss Déby Itno galt international als verlässlicher Partner. Diese Zuverlässigkeit und Kalkulierbarkeit wird nun von Débys Sohn erwartet. Solange er das gewährleisten kann, ist es äußerst unwahrscheinlich, dass er sich offener internationaler Kritik stellen müssen. Allerdings können es sich die bisherigen Partner des Tschads nicht leisten, dessen Kooperation und Mitarbeit zu verlieren. Zu bedeutend sind seine strategische Lage im Zentrum des Kontinents und sein Einfluss auf die Nachbarstaaten.

Anders ist die Lage im Inland. Der Tschad belegt im Human Development Index (HDI) Platz 187 von 189, bedingt durch Korruption, Repressionen und eine große Schere zwischen Arm und Reich. Der Staat war während der letzten Jahre instabil, mit versuchten Aufständen und Rebellionen, die erfolgreich niedergeschlagen werden konnten. Nach mehr als dreißig Jahren autoritärer

Herrschaft hätte der Tschad nun die Möglichkeit, zu demokratischeren Spielregeln zurückzukehren. Da dies allerdings die Herrschaftsverhältnisse im Land ändern könnte, dürfte es nicht im Interesse des Militärates und seines Vorsitzenden sein, ein Spiel demokratischer Kräfte zuzulassen.

Als Vorsitzender des Militärates hat General Mahamat Idriss Déby nun achtzehn Monate Zeit, seine Macht zu konsolidieren und sich, dem Beispiel seines Vaters folgend, bei Wahlen legitimieren zu lassen. Diesen Zeitraum kann er zudem nutzen, sich international als verlässlicher Partner zu präsentieren. Inwieweit und wie lange die Bevölkerung des Tschad bereit sein, die derzeitigen politischen Machtverhältnisse zu dulden, lässt sich nur schwer prognostizieren. Bruchlinien innerhalb des Landes sind jedoch gegeben. Zwischen den 200 unterschiedlichen ethnischen Gruppen mit Verbindungen von Nordafrika bis Zentralafrika und dementsprechend verschiedenen sozialen Strukturen muss auch von der neuen Staatsführung ein Ausgleich gefunden werden. Ebenso sollten die Begehrlichkeiten und Interessen der Nachbarstaaten nicht außer Acht gelassen werden.

Auf die Unterstützung der internationalen Partner wird Déby genauso lange zählen können, solange er weiterhin internationale militärische Aktivitäten unterstützen kann, der Tschad stabil bleibt und Gewalt nicht durchgängig als Herrschaftsmittel eingesetzt wird.

Erneuter Machtwechsel in Mali

Nur kurze Zeit nach den Ereignissen im Tschad kam es auch in Mali wieder zu einem Machtwechsel. Der Präsident und der Premierminister der nach einem Putsch im August 2020 gebildeten Übergangsregierung, Bah Ndaw und Moctar Ouane, mussten unter Druck zurücktreten. Im Mai 2021 wurden sie von Oberst Assimi Goita abgelöst, der damit den zweiten Machtwechsel innerhalb von neun Monaten durchsetzte. Übergangspräsident Ndaw und Premierminister Ouane wurden beschuldigt, dass sie sich mit Goita nicht beraten hätten, um eine Umbildung der Regierung durchzuführen, in Zuge derer der Verteidigungs- und der Sicherheitsminister ersetzt werden sollten. Trotz internationaler Verurteilung des Putsches wurde Goita als Präsident der Übergangsregierung angelobt. Zugleich hält er an den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Februar 2022 fest.

Der zivile Präsident und sein Premierminister waren nie Wunschkandidaten des Militärs, sondern Teil eines Kompromisses mit den regionalen (AU, ECOWAS) Gemeinschaften. Im Gegenzug dafür konnte Mali zu diesem Zeitpunkt sowohl in der AU als auch in der ECOWAS seine Interessen wahrnehmen und die Putschisten die Kontrolle über den Staatsapparat weitgehend aufrechterhalten. Mit einer zivilen Führung

von Verteidigungs- und Sicherheitsministerium wäre dies nur mehr eingeschränkt möglich gewesen.

Im Gegensatz zum Tschad wurde der Machtwechsel in Mali international als Putsch verurteilt, das Land von der AU und der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) suspendiert. Aber auch die ehemalige Kolonialmacht Frankreich zog Konsequenzen.

Sowohl für den Staat selbst als auch für die internationale Gemeinschaft steht in Mali die Glaubwürdigkeit auf dem Prüfstand, tatsächlich eine Transformation zu einem demokratischen und auf zuverlässigen Institutionen basierten Staat zu schaffen. Seit mehreren Jahren bemühen sich einige internationale Missionen der Vereinten Nationen (MINUSMA) und der Europäischen Union (EUTM, EUCAP), die jeweiligen malischen Regierungen darin zu unterstützen.

Ein Ausgleich der Interessen diverser Gruppen im Staat ist jedoch während der letzten Dekade nicht gelungen. Ethnopolitische Konflikte, auf religiöser Ideologie basierende Terrororganisationen sowie ökonomische Konflikte entlang der Trennlinie von Bodenbauern und nomadischen Viehzüchtern machen verbindliche Abkommen einerseits und die Inklusion aller gesellschaftlichen Kräfte andererseits relativ schwierig. Wesentlich für die weiteren Entwicklungen werden einerseits die Konsolidierung der Macht durch Assismi Goita bzw. andererseits die Bedingungen und der Ausgang der Wahlen 2022 sein.

Neue EU-Trainingsmission für Mozambique

Trotz zögerlicher Zustimmung aus Mozambique bereitet die EU eine Trainingsmission für das südostafrikanische Land vor. Seit 2017 macht sich in der nördlichen Provinz Cabo Delgado die mit dem sogenannten „Islamischen Staat“ verbundene Terrorgruppe Ahlu Sunnah Wal Jamaah (ASWJ) breit. Im März 2021 konnte die Gruppe die Stadt Palma einnehmen und traf damit direkt europäische, vor allem französische Wirtschaftsinteressen, da das Energieunternehmen Total die Ausbeutung von Gasfeldern vor der Küste vorantreibt. Nach der Evakuierung von Ausländern und der Flucht von tausenden Menschen aus der Region steht die Regierung Mozambiques unter starkem Druck, ausländische Hilfe anzunehmen.

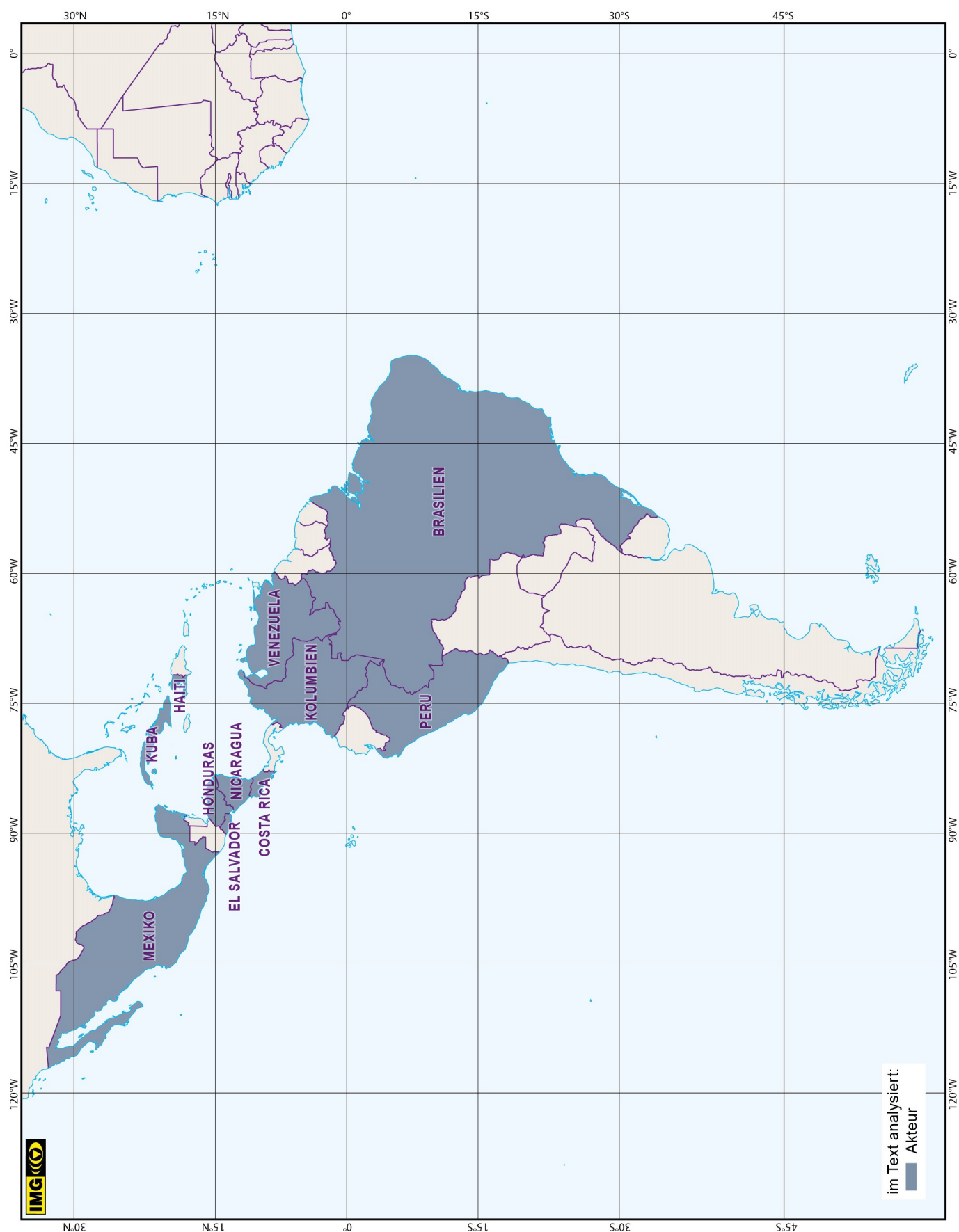
Bereits im Jänner dieses Jahres sollen sieben Mitarbeiter der „Wagner-Gruppe“, einer russischen PMC, im Kampf gegen ASWJ getötet worden sein. Medienberichten zufolge sollen sich seit September 2020 ca. 200 Mitarbeiter in Mozambique aufgehalten haben.

Nach langem Zögern und unter dem Druck der Regierungspartei Frelimo hat sich Präsident Filipe Nyusi nach einem langen Gespräch mit dem französischen Präsidenten und dem portugiesischen Regierungschef bereiterklärt, Hilfe von außen durch die EU und die Southern African Development Community (SADC) zu

akzeptieren. Eine Trainingsmission der EU mit der ehemaligen Kolonialmacht Portugal als wichtigstem Truppensteller soll die Streitkräfte Mozambiques fit für den Kampf gegen ASWJ machen. Daneben wurde Frankreich gebeten, bilaterale Unterstützung zu geben.

Die zögerliche Haltung Hilfe von außen zuzulassen, wurde damit begründet, dass internationale Kräfte auch internationale Terroristen ins Land locken würden.

Gerald Hainzl



Lateinamerika

Lateinamerika

Ein Halbkontinent versinkt in Korruption und verliert Interesse an Demokratie

Lateinamerika gilt als eine der korruptesten Regionen weltweit, wobei allerdings die Bilanz der einzelnen Staaten höchst unterschiedlich ausfällt. Damit einhergehend sinkt in vielen lateinamerikanischen Staaten das Vertrauen in die Lösungskompetenz demokratischer Systeme. In den letzten Jahren ist ein immer größerer Rückgang der positiven Einstellung zu demokratischen Regierungssystemen zu beobachten.

Wahlmanipulationen, Migrationsbewegungen, Postenbesetzungen und Drogenpolitik sind nur einige der vielen „Geschäftsmodelle“, die der Korruption und des Amtsmissbrauchs in Lateinamerika unterworfen sind. Zahlreiche Regierungen versanken in den letzten Jahren in Korruptionsskandalen. Die aufgedeckten Skandale sind aber nur die Spitze eines Eisberges. Fast alle Länder der Region sind tief in struktureller Korruption verfangen.

Als einziges lateinamerikanische Land mit einer Landesgrenze zu den USA und zugleich größtes Land Mittelamerikas, hat Mexiko eine besondere geostrategische Bedeutung für die USA.

In der Hoffnung auf ein besseres Leben flüchten täglich tausende Migranten vor allem aus Honduras, El Salvador und Guatemala durch Mexiko Richtung US-Grenze. Eine durch den neu gewählten US-Präsidenten Joseph (Joe) Robinette Biden Jr. in Aussicht gestellte, gelockerte Einwanderungspolitik bestärkte zusätzlich den Willen der Flüchtlinge, ihre Heimatländer zu verlassen. Alleine im März dieses Jahres wurden laut US-Grenzschutzbehörden über 170.000 (!) Menschen beim Versuch, die Südgrenze zu überqueren, aufgegriffen. Angesichts des stark angestiegenen Zustroms hat Mexiko beinahe 10.000 Soldaten und Nationalgardisten an seine Grenze entsandt. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR kündigte seine Unterstützung bei der Erweiterung der Kapazitäten, Asylanträge zu bearbeiten, an.

Die Fluchtrouten werden jedoch zum Teil durch die mächtigen Drogenkartelle kontrolliert, die oftmals die örtlichen Sicherheitskräfte einschüchtern und mit den Flüchtlingen durch Schutzgelderpressungen zusätzliche Gewinne machen. US-Präsident Biden gab inzwischen bekannt, Guatemala, Honduras und El-Salvador mit vier Milliarden Dollar zu unterstützen, um die Fluchtbewegungen durch Mexiko Richtung Amerika zu entschärfen.

Mittlerweile gab es bereits ein Treffen der US-Vizepräsidentin Kamala Harris mit dem mexikanischen Staatschef Andrés Manuel López Obrador, um eine neue Migrationspolitik einzuschlagen und Fluchtursachen aus Mittelamerika zu bekämpfen. Dabei sollen den Menschen

insbesondere bessere sozioökonomische Perspektiven geboten werden. Am 6. Juni fanden die größten Wahlen in Mexikos Geschichte statt. Unter anderem ging es um die Neubesetzung von 500 Sitzen im Abgeordnetenhaus, 15 Gouverneursposten sowie die Neuverteilung von rund 20.000 Mandaten auf kommunaler Ebene, für die sich fast 100 Millionen Mexikaner zu entscheiden hatten.

Auch hier zeigten die Drogenkartelle mit aller Härte ihren Machteinfluss. Von September 2020 bis zum Ende der Wahl wurden mindestens 89 Politiker sowie etliche ihrer Angehörigen und Mitarbeiter getötet.

Wie sehr die Politik mit den Verbrechersyndikaten vernetzt ist, zeigt die erst Anfang Juni durchgeführte Verhaftung eines ehemaligen Gouverneurs, dem mutmaßliche Beziehungen zum organisierten Verbrechen vorgeworfen werden. Mexiko ist bekannt dafür, dass Politiker enge Beziehungen zum organisierten Verbrechen unterhalten. Nicht selten wird gegen ehemalige Amtsträger wegen illegaler Bereicherung, Erpressung, Entführung und Amtsmissbrauch ermittelt. Zahlreiche frühere Politiker sind auf der Flucht von der Justiz. Seit 2006 wurden in Mexiko mehr als 300.000 Menschen durch „Banden“ ermordet.

In Costa Rica, der einstigen „Perle“ Mittelamerikas und Musterschüler demokratischen Verständnisses in Lateinamerika, wurde bei einer Mitte Juni 2021 durchgeführten Razzia sogar der Amtssitz des Staatspräsidenten durchsucht. Bei den Korruptionsermittlungen ging es um Verdacht auf Bestechung, Veruntreuung und Betrug bei der Vergabe staatlicher Bauvorhaben. Etliche öffentlich Bedienstete wurden festgenommen. Unter ihnen befand sich auch ein enger Berater des costa-ricanischen Präsidenten, Carlos Alvarado.

In Honduras wurde gegenwärtig ein besonders hohes Maß an politischer Korruption erreicht. Der Bruder von Staatspräsident Juan Orlando Hernández wurde unter anderem wegen Drogenschmuggels, Waffenhandels und Vermittlung von Schmiergeldzahlungen in den USA zu lebenslanger Haft verurteilt. Beim Präsidentenwahlkampf 2013 wurde Juan Orlando Hernández durch den mexikanischen Drogenboss Joaquín «El Chapo» Guzmán unterstützt, was auf Vermittlung seines Bruders, Juan Antonio Hernández, zurückzuführen ist. Auch Guzmán ist mittlerweile in den USA zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

In den beiden zentralamerikanischen Ländern El Salvador und Nicaragua wird aktuell der Rechtsstaat ausgehebelt. So wurden durch das salvadorianische Parlament fünf Verfassungsrichter sowie der Generalstaatsanwalt abgesetzt. Gründe dafür waren ihre angebliche Nähe zur Opposition sowie das Verfolgen persönlicher Interessen. Die Mehrheit der Salvadorianer begrüßte diese Entscheidung. In Nicaragua hingegen wurden innerhalb

einer Woche schon vier Kandidaten, für die im November 2021 bevorstehenden Präsidentenwahlen, festgenommen. Begründet wurde das Vorgehen unter anderem damit, dass die Präsidentschaftskandidaten die nicaraguanische Gesellschaft und die Rechte des Volkes angegriffen haben, ohne dabei ins Detail zu gehen. Es wird davon ausgegangen, dass der amtierende Präsident Daniel Ortega für eine weitere Amtszeit antritt. Der ehemalige Kommandant der sandinistischen Guerilla, war bereits von 1985 bis 1990 Staatsoberhaupt. 2006 wurde er wiedergewählt und ist seitdem erneut im Amt. Erst im Vorjahr wurde ein Gesetz beschlossen, welches das Antreten von Oppositionskandidaten bei den Wahlen verbietet.

Im krisengeplagten Venezuela setzt sich der bewaffnete Grenzkonflikt zu Kolumbien weiter fort. Seit den 2018 international nicht anerkannten Präsidentenwahlen, aus denen Nicolás Maduro als „Sieger“ hervorging, erleidet das Land verschiedenste Sanktionen. Der Unmut und die Spaltung der venezolanischen Bevölkerung führte im Jänner 2019 dazu, dass sich Parlamentspräsident Juan Guaidó zum Interimspräsidenten erklärte und auch von den USA, verschiedenen europäischen Ländern, aber auch von lateinamerikanischen Ländern zeitweise anerkannt wurde.

Die durch jahrelang durchgeführte Misswirtschaft entstandene desolade wirtschaftliche Lage hatte zur Folge, dass tausende Venezolaner flüchteten. Insbesondere das Nachbarland Kolumbien hat eine besondere Schutzfunktion für Flüchtlinge aus dem Nachbarland eingenommen. Seitdem die politische Führung in Bogotá Juan Guaidó als Interimspräsidenten anerkannt hat, haben Venezuela und Kolumbien die diplomatischen Beziehungen eingefroren. Immer wieder kommt es zu Scharmützeln in den Grenzgebieten. So gab es 2021 wieder Kämpfe zwischen venezolanischen Soldaten und bewaffneten Gruppen in Venezuela nahe der Grenze zu Kolumbien mit mehreren Toten. Caracas und Bogotá werfen einander vor, abtrünnige Kämpfer ihrer Länder zu unterstützen. Der ecuadorianische Präsident Guillermo Lasso kündigte indessen an, Tausende venezolanische Flüchtlinge in seinem Land aufzunehmen und ihnen einen Aufenthaltsstatus zu geben.

Kolumbien hat allerdings nicht nur den starken Anstieg an Schutzbedürftigen seines Nachbarlandes zu bewältigen, sondern auch mit anderen innenpolitischen Problemen zu kämpfen. Seit April wird in dem Land gegen die Regierung demonstriert. Anlass der Massenproteste, bei denen es schon mehrere Todesopfer gab, war eine von Staatspräsident Iván Duque erlassene Steuerreform, die soziale Ungleichheiten weiter zugespitzt hätte. Inzwischen wurden die Neuerungen zwar wieder zurückgenommen, doch die Empörung in der Bevölkerung wird weiter auf die Straße getragen.

Insbesondere in Cali, der drittgrößten Stadt Kolumbiens, eskalierte die Lage derart, dass die UN-Kommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, eine unabhängige Untersuchung der Gewaltausbrüche fordert. Die örtliche Polizei stellte zwar interne Ermittlungen in Aussicht, erklärte jedoch auch, dass es unakzeptabel sei, dass Demonstranten die Stadt in ein Schlachtfeld verwandeln würden. Der Präsident kündigte zudem an, weitere Soldaten zur Unterstützung der Polizei nach Cali zu entsenden, was wiederum große Angst bei den Bewohnern hervorruft. Menschenrechtsverletzungen von Polizei und Militär sind an der Tagesordnung.

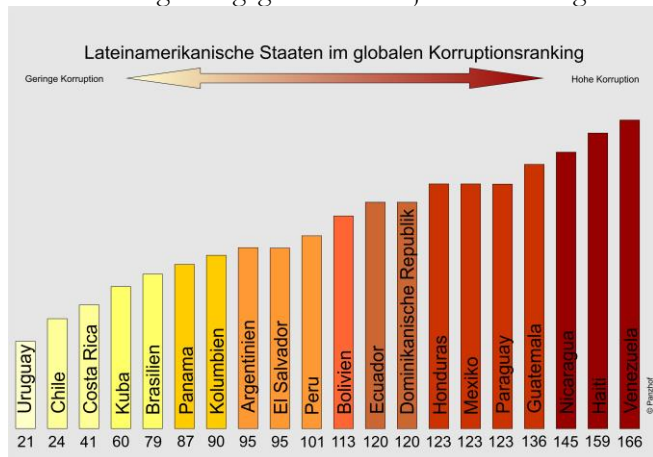
Auf Grund der großen Kritik am Vorgehen der Sicherheitskräfte stellte Duque eine Erneuerung der Polizei und Verbesserung des Sicherheitsapparates in Aussicht. Die Ausbildung der Polizei soll an internationale Standards angepasst werden.

Auf Haiti präsentiert sich die Lage genau umgekehrt. Hier hat es den Anschein, dass Banden die Kontrolle über Teile der Hauptstadt Port-au-Prince gewinnen und die Sicherheitskräfte nicht in der Lage sind, für den Schutz ihrer Bevölkerung zu sorgen. Der von Naturkatastrophen gezeichnete Inselstaat gilt als das ärmste Land der westlichen Hemisphäre.

In Peru dominierten Präsidentenwahlen die letzten Wochen. In dem Andenstaat wurden in den letzten zwanzig Jahren gegen fünf ehemalige Präsidenten wegen Korruption ermittelt oder strafrechtliche Verfolgungen eingeleitet. Die peruanische Bevölkerung empfindet tiefes Misstrauen gegenüber Politikern. Kein Wunder, wenn allein im November 2020 innerhalb weniger Tage zwischen drei Präsidenten gewechselt wurde. Bei den gegenwärtigen Wahlen bewarben sich 18 Kandidaten.

Zwei Wochen vor den Wahlen wurde ein politisch motivierter Anschlag mit mehreren Toten verübt, hinter dem die Guerillaorganisation Sendero Luminoso steckt. In einem Bekenntschreiben wurde dazu aufgerufen, bei der Präsidentenwahl am 6. Juni nicht für die Rechtspopulistin Keiko Fujimori zu stimmen. Die rechtspopulistische Kandidatin trat bereits zum dritten Mal bei Präsidentenwahlen an. 2011 und 2016 unterlag die Tochter des früheren Präsidenten Alberto Fujimori, der wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen eine mehrjährige Haftstrafe verbüßt, in der Stichwahl jeweils knapp ihren Konkurrenten. Sie steht für eine neoliberale Wirtschaftspolitik und eine harte Sicherheitsstrategie. Im Fall eines Wahlsiegs wollte Fujimori ihren Vater begnadigen. Der Linkskandidat Pedro Castillo gewann allerdings in der Stichwahl, in denen er über 60.000 Stimmen mehr als seine Kontrahentin erhielt, die Präsidentschaftswahlen in Peru. Er warb für eine Verfassungsreform sowie ein verbessertes Pensionssystem. Die Anwälte Fujimoris gaben indes schon eine Anfechtung des Wahlergebnisses bekannt,

während die peruanische Staatsanwaltschaft eine erneute Untersuchungshaft gegen Keiko Fujimori beantragte.



Das Ausmaß der Korruption in lateinamerikanischen Staaten ist höchst unterschiedlich. Während etwa Venezuela und Haiti zu den korruptesten Ländern der Welt zählen, steht Uruguay hinsichtlich der Korruptionsbekämpfung besser da als die USA oder Frankreich.

Brasilien zwischen Pandemiever sagen, digitalem Fortschritt und Gewaltbereitschaft vor den kommenden Präsidentschaftswahlen

Obwohl inzwischen alleine in Brasilien, dem größten lateinamerikanischen Land, schon über 500.000 Menschen mit Covid-19 verstorben sind, nimmt die Regierung die Bekämpfung weiterhin eher locker. Das bevölkerungsreichste Land der Region weist die weltweit drittmeisten Corona-Infizierten auf. Demonstrationen warfen dem Staatsoberhaupt daher sogar Völkermord vor und forderten die Beschaffung von mehr Impfstoff sowie die Erhöhung der Sozialhilfe.

Einen Meilenstein setzte das Land hingegen bei der Beschleunigung des Fortschritts der weltweiten Digitalisierung. Mit der Inbetriebnahme eines 6.000 Kilometer langen Hochleistungs-Seekabels wurde Anfang Juni 2021 Brasilien mit Portugal transatlantisch verbunden. Das EllaLink-Hochleistungs-Seekabel ermöglicht es, die Geschwindigkeit des digitalen Datenaustausches zwischen Lateinamerika und der Europäischen Union als „Datenautobahn“ zu verdoppeln. Das strategische Projekt, bei dem auf iberoamerikanischer Seite Brasilien, Chile, Kolumbien, Ecuador mitwirken, trägt maßgeblich dazu bei, den wissenschaftlichen, akademischen und kulturellen Austausch zu erleichtern und die gemeinsame Nutzung von Hochleistungsrechnern und Erdbeobachtungsdaten zu verbessern sowie das Forschungs- und Bildungsnetzwerk zwischen den beiden Kontinenten auszubauen.

Der ultrarechte Präsident Brasiliens, Jair Bolsonaro, erließ im Frühjahr 2021 mehrere Dekrete, die den Zugang zu Waffen erleichtern und die erlaubte Anzahl des

Waffenbesitzes wesentlich erhöhen sollten. Mit den Lockerungen wäre es für Zivilisten möglich gewesen, insgesamt sechs Handfeuerwaffen zu besitzen und bis zu zwei Schusswaffen im öffentlichen Raum mitzuführen. Bolsonaro geht davon aus, dass waffenbesitzende „gute Bürger“ der grassierenden Gewalt und Kriminalität im Land besser entgegenzutreten können. Allerdings steht zu befürchten, dass Recht und Ordnung dem staatlichen Monopol entzogen und primär Anhänger des amtierenden Präsidenten bewaffnet werden könnten. Eine Richterin hat jedenfalls vorerst die Erleichterungen der Waffengesetze ausgesetzt, da damit nach ihrer Ansicht ein wahrscheinlicher Anstieg der Kriminalität einhergegangen wäre.

Sollten sich die im Jänner 2021 getätigten Aussagen des amtierenden Präsidenten bewahrheiten, in denen er prophezeite, dass die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr in Brasilien größere Unruhen bewirken könnten, so bestünde – falls die Waffengesetze doch noch im Sinne Bolsonaros geändert werden – die nicht unerhebliche Gefahr, dass der stark polarisierte politische Kampf mit Waffengewalt ausgetragen wird. Dies insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen 2022 wahrscheinlich auch der im Jahre 2018 wegen Korruption und Geldwäsche zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilte sozialdemokratische Ex-Präsident Luiz Inácio Lula da Silva antreten können wird. (Der oberste Gerichtshof hat seine Verurteilung im März 2021 aufgehoben.).

Kuba – ein Mythos geht zu Ende

Das diktatorisch regierte Kuba, auf dem seit 1965 die kommunistische Einheitspartei herrscht, hat einen historischen Schritt gesetzt. Mit dem Rücktritt von Raúl Castro geht auf der „Zuckerinsel“ nach über 60 Jahren eine Familienära zu Ende. Kuba galt seit der Machtübernahme der Kommunisten 1959 als der politische Klassenfeind der USA in Lateinamerika schlechthin. Unter der Führung von Fidel Castro und mit sowjetischer Hilfe wurden 1962 Nuklearwaffen vor der „amerikanischen Haustür“ stationiert, was die „Kubakrise“ auslöste. Obwohl von nun an keine Castros mehr in politischen Ämtern vertreten sind und die Wiederholung eines solchen Szenarios heutzutage eher unwahrscheinlich erscheint, ist ein Regimewechsel (noch) nicht in Sicht.

Die Legenden um den „Máximo Líder“ und seinen Mitstreiter Che Guevara haben ganze Generationen in verschiedensten Ländern geprägt. Doch der Gründungsmythos des sozialistischen Kubas, dessen Legitimation im mutigen und verbissenen Guerillakrieg gegen den amerikanischen Kapitalismus aufgebaut ist, wird von der jüngeren Bevölkerung immer mehr hinterfragt. Die Wirtschaftslage ist auch auf Kuba – wie in

den meisten Ländern Lateinamerikas – fatal. Pandemiebedingt ist der Tourismus de facto zum Erliegen gekommen und großzügige Öllieferungen aus Venezuela bleiben ebenso aus. Der Großteil der kubanischen Bevölkerung ist nach der Revolution geboren und kennt statt des Guerillakrieges nur den unentwegten Notzustand, indem sich das Land seit Jahrzehnten befindet. Trotz eines exzellenten Bildungs- und Gesundheitssystems wird heuer mit einer 500-prozentigen Inflation gerechnet. Unter den Jugendlichen ist ein immer größer werdender Widerstand gegenüber dem Einparteiensystem erkennbar, während Aktivisten, Demonstranten und kubanische Oppositionelle weiterhin verfolgt und weggesperrt werden.

Bewertung

Anfang der 1990er Jahre war in Lateinamerika – wie in den europäischen postkommunistischen Ländern – eine Aufbruchsstimmung spürbar. Eine Art Iberoamerikanischer Frühling wurde in der Weltöffentlichkeit wahrgenommen. Aufstände, Putschversuche, Revolutionen und Bürgerkriege kamen zu einem Ende und Staatsoberhäupter tauschten ihre olivgrünen Uniformen gegen Designeranzüge. Es hatte kurz den Anschein, dass die Demokratisierung auch auf dem Halbkontinent Einzug gehalten hätte. Heutzutage kann man konstatieren, dass diese Anfangseuphorie nicht lange anhielt.

Ein Blick nach Nicaragua genügt, um zu erkennen, dass von demokratischen Strukturen nicht viel zu sehen ist. In dem Land stehen im November Präsidentenwahlen an und Gegenkandidaten werden aus den ominösesten Gründen einfach festgenommen. Die Lage in El Salvador ist nicht viel besser, denn dort werden unliebsame Verfassungsrichter und Staatsanwälte kurzerhand abgesetzt. Ein gerechter Ablauf bei Wahlen ist für eine funktionierende Demokratie allerdings ebenso essentiell wie eine unabhängige Justiz. Fehlen diese fundamentalen Elemente eines demokratischen Rechtsverständnisses, wird sich ein demokratisches System nach europäischem Vorbild nicht institutionalisieren können. Durch die Verfolgung und Inhaftierung politischer Gegner lässt sich diese Regierungsform im besten Fall als eingeschränkte Demokratie beschreiben.

In Honduras hingegen wird dem Staatspräsidenten eine gewisse Nähe zur organisierten Kriminalität nachgesagt und in Peru wurde durch die Staatsanwaltschaft beantragt, die im Juni unterlegene Präsidentschaftskandidatin unter anderem unter dem Vorwurf der Bestechlichkeit und Geldwäsche in Beugehaft zu nehmen.

Strukturelle Korruption bildet eines der massivsten Probleme Lateinamerikas und führt in zahlreichen Staaten zu einer Dauerkrise. Insbesondere in Mittelamerika haben teilweise nicht staatliche Institutionen, sondern die

mächtigen Drogenkartelle faktisch politische Entscheidungsgewalt.

Hinzu kommen die riesigen Fluchtbewegungen Richtung USA, die ohne massive Unterstützung der jeweiligen Ausgangsländer kaum noch zu stoppen sein sind. Als Beispiel kann hier Venezuela herangezogen werden. Das einst reichste Land Südamerikas wurde durch seine politische Führung in den wirtschaftlichen Ruin getrieben. Über 5 Millionen Menschen haben das Land bereits verlassen.

Die Armut in Haiti, die kriminelle Lage in Mexiko, massive Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien und die politische Polarisierung und Gewaltbereitschaft in Brasilien lassen die Hoffnungen der 1990er auf eine Ära eines „neuen und modernen“ Lateinamerikas wieder schwinden.

Bezeichnend ist der Umstand, dass in vielen lateinamerikanischen Staaten mittlerweile eine fatale Abneigung gegenüber der Demokratie als Regierungsform vorherrscht. Dabei ist es völlig egal, ob aktuell linksgerichtete oder rechtskonservative Politiker an der Macht sind.

Alexander Panzhof

Aktuelle Cyberlage

Cyber im Rahmen einer hybriden Strategie

Die Cyberlage ist immer auch in Beziehung zu einem, möglicherweise noch nicht erkannten, verdeckt ablaufenden Konflikt zu beurteilen. Eine hybride Kampagne benötigt eine aufwändige Vorbereitung und kommt daher nicht aus dem Nichts. Eine permanente Beobachtung der politischen Konflikte mittels eines Früherkennungssystems, Diplomatie und Nachrichtendienste, sollte durchaus Warnsignale feststellen können. Die Einordnung einzelner Aktivitäten in eine dahinterliegende feindliche Strategie ist durch einen Analyseprozess sicherzustellen.

Grundsätzlich gilt, dass die Cyberbedrohung vor 20 Jahren keine Rolle in staatlichen Überlegungen spielte, mittlerweile jedoch selbst zu einem der Toprisiken avanciert ist. Evident ist auch, dass zahlreiche Staaten Cybermittel und -methoden bereits im Frieden bzw. in Konfliktregionen, mutmaßlich im Rahmen einer geheimen Strategie, zur hybriden Konfliktaustragung nutzen. Das Austrian Institute for European and Security Policy (AIES) hat gemeinsam mit der Direktion für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung festgestellt, dass die Anzahl und die Intensität hybrider Bedrohungen innerhalb der Europäischen Union (EU) in den letzten Jahren angestiegen ist, ein Trend, der sich im Zuge der Covid-19 Pandemie noch beschleunigt hat. Die hybride Konfliktaustragung ist eine Bedrohung, die für den durchschnittlichen Beobachter unsichtbar ist. Nur Experten mit einem breiten Fachwissen, die einen Zugriff auf aggregierte Daten und besondere Analysefähigkeiten haben, sind in der Lage, hybride Attacken und die dahinterstehende Strategie zu erkennen. Eine besondere Herausforderung stellt die Sensibilisierung der Entscheidungsträger und die Awareness der Bürger dar. Eine nicht sichtbare Bedrohung zu kommunizieren und für deren Bekämpfung ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen, erfordert Phantasie, Weitblick und Durchhaltevermögen. Die hybride Konfliktaustragung bleibt daher ein Experten-Thema. Den Experten muss aber bewusst sein, dass Erkenntnisse und Empfehlungen so zu artikulieren sind, dass Entscheidungsträger die Notwendigkeit erkennen und in der politischen Sphäre durchsetzen können.

Bei der hybriden Konfliktaustragung bringt ein Aggressor zur Erreichung strategischer Interessen mehrere oder alle verfügbaren Instrumente der Macht unterhalb der Schwelle des völkerrechtlich anerkannten internationalen bewaffneten Konfliktes oder Krieges zum Einsatz. Typisch für eine hybride Konfliktführung ist, dass die hybriden Handlungen eines Angreifers mitunter ohne jede Vorwarnzeit bzw. erkennbare militärische Einsatzvorbereitungen erfolgen. Die Instrumente der

Macht – Außenpolitik, Wirtschaft, Zivilgewalt, Information und Militär – werden, wenn nicht umfassend, so zumindest in der Mehrzahl aufeinander abgestimmt und variabel kombiniert zur Anwendung gebracht. Dabei kann der Aggressor die Bedrohungen und Krisen, welchen der betroffene Staat oder staatenähnliche Akteur ausgesetzt ist, zur Erreichung seiner Ziele ausnutzen oder diese sogar herbeiführen. Eine wesentliche Charakteristik ist ein verdecktes Vorgehen, um die Zuordnung zu einem konkreten Akteur zu verschleiern. Hybride Konflikte verlaufen in unterschiedlichen Eskalationsstufen der Gewaltanwendung. Diese können von einer Vorbereitungs- über eine Destabilisierungsphase bis hin zu einer Phase mit paramilitärischen Aktivitäten reichen. Es kann auch lange Phasen ohne erkennbare Aktivitäten geben. Hybride Aktivitäten können wahrgenommen werden, sind aber so beschaffen, dass sie isoliert betrachtet keinerlei Bedrohung oder Risiko darstellen. Erst die Aneinanderreihung aller Maßnahmen ergibt ein klares Bild. Als Hauptakteure in diesen Konflikten treffen Staaten, staatenähnliche und nicht staatliche Akteure aufeinander. Operativ sind verdeckt agierende nachrichtendienstliche Elemente und/oder Spezialeinsatzkräfte aktiv.

Als strategische Zielsetzung des Aggressors sind die Destabilisierung und Einschränkung der Souveränität und Handlungsfähigkeit des Zielstaates anzunehmen. Ein bestimmtes Verhalten soll erzwungen oder Teile des Staatsgebiets für die eigenen Zwecke genutzt werden. Die Destabilisierung soll das Vertrauen der Bevölkerung in die strategische Führung, in die staatlichen Institutionen und die Europäische Union schwächen. Eine finale Beendigung der Konfliktaustragung muss nicht unbedingt angestrebt werden. Schon ein Einfrieren des Konfliktes kann die Gestaltungsmöglichkeiten des Angegriffenen dauerhaft einschränken und zur Zielerreichung führen. Die Domäne Cyberraum wird für die interne und externe Kommunikation sowie zur Beeinflussung, Radikalisierung und Rekrutierung genutzt. Die öffentliche Meinung soll beeinflusst, Werte diskreditiert und die Gesellschaft destabilisiert werden. Gezielt werden Abhängigkeiten (sozial, psychologisch, beruflich, wirtschaftlich, etc.) geschaffen und über Medien und soziale Plattformen werden Sympathisanten beeinflusst. Auch die Unterbrechung der öffentlichen Kommunikation und Information sowie Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen werden vorbereitet und bei Bedarf durchgeführt. Die erste Phase einer hybriden Konfliktaustragung bezweckt die Unterwandlung staatlicher und wirtschaftlicher Strukturen sowie das Besetzen von Schaltstellen. Ziel ist es, unerkannt tief in staatliche Strukturen (Verwaltung, Exekutive, Militär, ...), die Wirtschaft (Kritische Infrastruktur, Lieferketten, Ressourcen, ...) und die Gesellschaft (Vereine, Medien, Bildungswesen, ...) einzudringen und an wichtige Schalt- und Entscheidungsstellen zu gelangen. Da dies, isoliert

betrachtet, unterhalb der Wahrnehmungsschwelle einer Bedrohung liegt, entsteht kein Bewusstsein für mögliche nachteilige Folgen einer Nutzung der so geschaffenen Möglichkeiten im Rahmen einer Eskalation. In der zweiten Phase werden Handlungen zur Unterminierung der Stabilität und Resilienz der Machtinstrumente gesetzt, um den Handlungsspielraum des angegriffenen Staates zu beeinträchtigen. Diese Handlungen können zwar wahrgenommen werden, bleiben jedoch unter der Schwelle einer klaren Zuordenbarkeit zu einem Akteur.

Cybermittel und -methoden eignen sich hervorragend als Waffen im Rahmen einer hybriden Konfliktaustragung. Cyberspionage unterstützt die Aufklärung und Angriffsvorbereitung gegen militärische und zivile strategische Infrastrukturen. Die Ausspähung von Schwächen von Schlüsselpersonal und Entscheidungsträgern schafft die Voraussetzung für nachfolgende Einflussoperationen und die Erpressung bzw. Diskreditierung von Schlüsselpersonal. Über soziale Medien können Bevölkerungsteile wirkungsvoll beeinflusst werden. Einerseits zur Indoktrination von Sympathisanten, andererseits, um die Spaltung der Gesellschaft voranzutreiben. Schließlich eignen sich Cyberangriffe zur Sabotage der öffentlichen Kommunikation und Information sowie zur Störung bzw. Zerstörung von strategischen Infrastrukturen.

Staatliche Bedrohungen holländischer Interessen

Eine aktuelle Einschätzung der Bedrohung durch hybride Aktivitäten ermöglicht der im Februar veröffentlichte gemeinsame Bericht der niederländischen Nachrichtendienste und des nationalen Koordinators für Terrorismusbekämpfung und Sicherheit. Wenn auch derzeit *„keiner der staatlichen Akteure die erforderliche Kombination aus Absicht und Kapazität habe, um die holländische nationale Sicherheit kurzfristig (bis zu zwei Jahren) zu stören“*, gäbe *„die mittel- und langfristige Entwicklung Anlass zur Sorge“*. Unter „staatlichen Bedrohungen“ werden in dem Bericht *„zwingende, unterminierende, täuschende oder verdeckte Aktivitäten durch oder im Namen von staatlichen Akteuren, unterhalb der Schwelle eines bewaffneten Konflikts“* gegen die nationalen Sicherheitsinteressen der Niederlande verstanden.

Besonders gefährlich sei die Cyberbedrohung durch Russland, den Iran und China. Beeinflussung, Einmischung, Desinformation und Spionage durch staatliche Akteure seien häufig eingesetzte Mittel. Sie würden sich gegen Gruppen (z. B. die Diaspora) oder die niederländische Gesellschaft im Allgemeinen richten. Dazu gehörten neben der digitalen Spionage vorbereitende Aktivitäten Russlands und des Irans zur digitalen Störung und Sabotage. Auch könnte es in den Niederlanden zu Kollateralschäden durch digitale Angriffe gegen andere Länder kommen. Wirtschaftsspionageaktivitäten zielten vor allem auf niederländische Spitzenbranchen und Wissensrichtungen ab. Russland habe Vorbereitungen

zur Störung der kritischen Infrastruktur unternommen. Iran habe Vorbereitungen für Cyberangriffe auf die Öl- und Gasindustrie durchgeführt, die als Kollateralschäden Auswirkungen auf niederländische Unternehmen haben könnten. Besorgniserregend sei im Cyberbereich auch, dass die Expertise von China und Russland mittlerweile so groß sei, dass deren gezielte Angriffe große Erfolgsaussichten hätten. Die beschränkte Anzahl an Anbietern von Hard- und Software würde die Verwundbarkeit erhöhen. Insbesondere die Abhängigkeit von chinesischen Technologien und Dienstleistungen würde chinesischen Akteuren die Möglichkeiten zur digitalen Sabotage eröffnen.

Verdoppelung der Cyberangriffe durch Staaten in den letzten drei Jahren

Eine im Auftrag von Hewlett Packard (HP) Inc. erstellte Studie („Nation States, Cyberconflict and the Web of Profit“) vom April 2021 zeigt, dass Cyberangriffe immer häufiger von Staaten ausgehen. Die Angriffe hätten vielfältigere Ziele und würden die Welt näher an einen *„fortgeschrittenen Cyberkonflikt“*, führen als jemals zuvor seit Einführung des Internets. Die Studie zeigt, dass sich „signifikante“ Vorfälle durch Nationalstaaten von 2017 bis 2020 verdoppelt haben. Die Analyse von über 200 Cybersicherheitsvorfällen, die seit 2009 mit Aktivitäten von Nationalstaaten in Verbindung gebracht wurden, belege außerdem, dass Unternehmen mittlerweile das häufigste Ziel sind (35 %). Weiters werden Elemente der Cyberverteidigung (25 %), Medien und Kommunikation (14 %), Regierungsinstitutionen und Behörden (12 %) sowie kritische Infrastrukturen (10 %) attackiert. Nationalstaaten investieren viel Zeit und Ressourcen, um sich einen strategischen Cybervorteil zu verschaffen. Damit setzen sie nationale Interessen durch, erweitern ihre nachrichtendienstlichen Fähigkeiten und bauen ihre militärische Stärke durch Spionage, Störung und Diebstahl weiter aus.

Angriffe gegen kritische Infrastrukturen

Bei der Analyse von Sicherheitsvorfällen sind Angriffe auf kritische Infrastrukturen besonders zu beachten. Unabhängig vom Motiv des Angreifers könnten durch die Bedeutung der Infrastruktur Schäden für große Teile der Bevölkerung des betroffenen Landes entstehen. Beispielsweise wurde die Zentralbank von Neuseeland im Jänner 2021 Ziel eines Hackerangriffs, nachdem schon im August 2020 die neuseeländische Börse attackiert worden war. Unbekannte hatten sich Zugang zu einer externen Filesharing-Plattform verschafft, die die Reserve Bank of New Zealand zur Übermittlung und Speicherung einiger vertraulicher Daten benutzt hatte, darunter auch wirtschaftlich und persönlich sensible Informationen.

Im März beschuldigte Australien China, im Zuge der Wahlen das Parlament des australischen Bundesstaates Westaustralien angegriffen zu haben. Der Angriff fand am 4. März statt und richtete sich gegen den Microsoft Exchange Server des Parlaments. Er führte zu einem Ausfall des Mail-Systems für etwa 19 Stunden.

In Litauen sind die nationale Gesundheitsbehörde und mehrere weitere öffentliche Einrichtungen Opfer eines Cyberangriffes geworden. Nach Regierungsangaben wurde eine große Anzahl von Websites des öffentlichen Sektors gehackt und auf diesem Wege Falschmeldungen verbreitet.

Unbekannte Hacker haben außerdem versucht, die Wasseraufbereitungsanlage für die öffentliche Wasserversorgung in einem Verwaltungsbezirk in Florida über die Kontrollsysteme der Chemikalienzufuhr zu manipulieren.

Cyberspionage

Von den vielen bekannt gewordenen Spionageoperationen stechen die Angriffe gegen das US-amerikanische IT-Unternehmen SolarWinds und die Operationen der vermutlich iranischen Gruppe Domestic Kitten hervor. Bei beiden Attacken dürften staatliche Akteure im Hintergrund stehen. Während der Angriff auf SolarWinds auf die zahlreichen staatlichen Kunden der Firma zielte, spioniert Domestic Kitten Regimegegner im In- und Ausland aus.

SolarWinds

Im Jänner machten die USA offiziell den russischen Auslandsgeheimdienst SWR für den Hackerangriff auf die IT-Firma SolarWinds im Dezember 2020 verantwortlich. Der massive Cyberangriff habe Russland die Möglichkeit eröffnet, weltweit mehr als 16.000 Computersysteme auszuspionieren oder zu stören. Während US-Medien zuvor die russische Gruppe APT-29 (aka Cozy Bear) verdächtigten, deuten neue Erkenntnisse darauf hin, dass bei der Cyberattacke ähnliche Programme verwendet wurden, wie sie die mutmaßlich russische Hacker-Gruppe Turla (aka Snake, Krypton, Venomous Bear) bei vergangenen Cyberspionageoperationen eingesetzt hatte. Vermutlich chinesische Hacker haben eine andere Schwachstelle in der Software von SolarWinds ausgenutzt, um US-Regierungsnetzwerke zu kompromittieren. Systeme des „National Finance Center“, des FBI, des Außenministeriums, des Heimatschutzministeriums und des Finanzministeriums sollen betroffen gewesen sein. Das NFC ist u.a. für die Lohn- und Gehaltsabrechnung von rund 600.000 Bundesangestellten verantwortlich und hat daher Daten wie Sozialversicherungsnummern, Telefonnummern und persönliche E-Mail-Adressen sowie Bankinformationen von Bundesangestellten gespeichert.

Obwohl sich die beiden Cyberspionagekampagnen überschneiden und beide auf US-Behörden abzielten, handelte es sich um getrennte und deutlich unterscheidbare Operationen. Während die mutmaßlich russischen Hacker tief in das SolarWinds-Netzwerk eindringen und eine „Hintertür“ in Updates für die Orion-Software versteckten, nutzte die mutmaßlich chinesische Gruppe einen anderen Fehler im Orion Code aus, um sich in dem bereits kompromittierten Netzwerk auszubreiten.

Domestic Kitten

Die mutmaßlich iranische Gruppierung Domestic Kitten (auch als APT-C-50 bekannt) spioniert seit Juni 2017 Ziele im Iran (251), den USA (25), in Großbritannien, Pakistan (19), Afghanistan (8), der Türkei und Usbekistan aus. Zweck der Attacken ist vermutlich das Ausspähen der iranischen Opposition im In- und Ausland. Opfer sind Dissidenten, Oppositionskräfte, ISIS-Sympathisanten und die kurdische Minderheit im Iran. Das benutzte Spionageprogramm „FurBall“ wurde über eine iranische Blog-Seite, über Telegramkanäle und über SMS mit einem Link ausgebracht. FurBall sammelt Gerätekennungen, späht SMS-Nachrichten und Anrufprotokolle aus, zeichnet Umgebungsgeräusche über das eingebaute Mikrofon und Anrufe auf, stiehlt Videos und Fotos, ruft eine Liste der installierten Apps ab, ortet und verfolgt den Gerätestandort und stiehlt Dateien aus dem externen Speicher. Die IP-Adressen von zwei Angriffsservern wurden in Teheran und Karaj lokalisiert.

Subversion – Schlachtfeld Soziale Medien

Die Diskussionen rund um die Corona-Krise boten ein neues Feld für Cyber-Aktivitäten. Cybertruppen sowie Anbieter von „Strategischer Kommunikation“ nützen soziale Medien intensiv als mediales Schlachtfeld. Einerseits geht es offenbar darum, die westlichen Impfstoffe zu diskreditieren, andererseits werden russische beziehungsweise chinesische Impfstoffe als wesentlich wirkungsvoller dargestellt. Weiters werden Verschwörungstheorien von COVID-19-Leugnern verbreitet. In vielen Fällen dürften staatliche Akteure dahinterstehen, da mit der Veröffentlichung keine Schadprogramme (z.B. Ransomware) verbreitet werden bzw. kein Lukrieren von finanziellen Vorteilen beobachtet werden konnte. Ein aktivistischer Hintergrund bzw. COVID-19-Leugner als Akteure scheinen höchst unwahrscheinlich, da diesen Personenkreisen nach bisherigen Erkenntnissen die Fähigkeiten für eine derartige Operation fehlen.

EU- und US-Berichte zu chinesischen und russischen Informationsoperationen

Der Auswärtige Dienst der EU (EAD) berichtete im April über die Versuche Chinas und Russlands, das Vertrauen in westliche COVID-19-Impfstoffe zum Vorteil der eigenen zu untergraben, um insbesondere ihren Einfluss auf dem westlichen Balkan zu stärken. Beide Länder nutzten die zunehmenden Fallzahlen, um demokratische Institutionen der EU in Zweifel zu ziehen. Zur Durchführung ihrer Informationsoperationen würden beide Länder staatlich kontrollierte und soziale Medien, Netzwerke von Proxy-Medien, einschließlich offizieller diplomatischer Social-Media-Konten nutzen. Bereits im Dezember 2020 hatte der Außenbeauftragte der EU gemeint, dass die öffentlichen russischen Medien falsche Informationen über europäische und amerikanische COVID-19-Impfstoffe verbreiteten, um den russischen Impfstoff Sputnik V besser verkaufen zu können.

Im März warf eine Pressesprecherin des Weißen Hauses russischen Geheimdiensten vor, Desinformationskampagnen durchzuführen, um das Vertrauen in westlich produzierte Impfstoffe zu untergraben. Es seien mehrere Webseiten identifiziert worden, die unter dem Einfluss russischer Geheimdienste stehen sollen; darunter die Webseiten „New Eastern Outlook“, „Oriental Review“, „News Front“ und „Rebel Inside“. Die Seiten befänden sich alle in ausländischem Besitz und hätten ihren Sitz außerhalb der USA. Sie würden sich zwar in ihrer Reichweite, ihrem Ton und ihrem Publikum stark unterscheiden, seien aber alle ein Teil des russischen Propaganda- und Desinformations-Ökosystems.

Starker Anstieg politisch motivierter Manipulationskampagnen

Associated Press (AP) und das Oxford Internet Institute beobachten seit 2017 einen stetigen Anstieg der Nutzung von Twitter, Facebook und YouTube durch die VR China zur Einflussnahme in vielen Ländern der Welt. Im speziellen sind das chinesische Außenministerium, staatliche Medien (genannt werden People's Daily, CGTN, China Daily, Xinhua) und, als „Verstärker“, chinesische Diplomaten in den verschiedenen Vertretungen tätig. Mindestens 270 chinesische Diplomaten in 126 Ländern seien innerhalb der letzten beiden Jahre auf Twitter und Facebook aktiv geworden. Zusammen mit staatlichen Medien seien 449 Accounts umfasst, von denen zwischen Juni 2020 und Februar 2021 über 950.000-mal gepostet wurde. Diese Nachrichten seien über 350 Millionen Mal „geliked“ und 27 Millionen Mal geteilt worden. Außerdem sollen mindestens 20 Millionen Studenten als Freiwillige und 2 Millionen Vollzeitangestellte des chinesischen Staates für die Bearbeitung von Social-Media-Inhalten eingesetzt werden. Zusätzlich gibt es kommerzielle chinesische Firmen, die Meinungsbeeinflussung über Social-Media-Netzwerke im

Sinne der chinesischen Führung betreiben. Die Propagandainhalte werden durch staatlich kontrollierte Medien und das Außenministerium erstellt, an Diplomaten weltweit verteilt und von diesen in Twitter-Nachrichten gepostet. Die Fake-Accounts verstärken die Botschaften massenhaft in verschiedenen Sprachen.

Die Mitte Jänner 2021 veröffentlichte Studie „Industrialized Disinformation“ des Internet Instituts der Universität von Oxford belegt, dass im Jahr 2020 in 76 von 81 untersuchten Staaten organisierte, manipulative Kampagnen in Sozialen Medien stattfanden, was einen Anstieg von 15% im Vergleich zu 2019 bedeutet. In 62 Ländern wurde von staatlicher Seite, – in 61 Ländern von politischen Parteien –, computergestützte Propaganda genutzt, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die Kampagnen seien u.a. unter Zuhilfenahme professioneller „Desinformation-for-hire“-Anbieter ausgeführt worden. Laut der Studie wurden zwischen Jänner 2019 und November 2020 mehr als 317.000 gefälschte oder manipulierte Konten und Seiten von Social-Media-Plattformen entfernt. Gemäß der Kernaussage der Studie würde die Bedeutung Sozialer Medien-Plattformen „als mediales Schlachtfeld“ für Cybertruppen sowie Anbietern von „Strategischer Kommunikation“ damit weiterhin ansteigen. Im Fall des auf Twitter kommunizierenden chinesischen Botschafters in Österreich (@li_xiaosi) sollen laut der Studie 15%, im Fall der chinesischen Botschaft in Wien (@chinaembraustria) 9% dieser gefälschten oder manipulierten Konten für die Weiterverbreitung von Twitter-Beiträgen verwendet worden sein. Das chinesische Außenministerium erklärte, dass es keine Tricks in den Sozialen Medien einsetzen würde. Interessant zu erwähnen ist dabei, dass innerhalb Chinas selbst Twitter und Facebook geblockt und gleichzeitig die chinesischen Alternativen wie WeChat und Weibo streng kontrolliert werden.

Deepfake-Videos

Unter einem Deepfakes versteht man realistisch wirkende Medieninhalte (Foto, Audio und Video), die durch künstliche Intelligenz weitgehend autonom erzeugt und verfälscht worden sind. Zum Jahreswechsel 2020/2021 berichteten britische Medien über eine Verdoppelung von Deepfake-Videos. Channel 4 will laut einer Dokumentation 60.000 solcher im Jahr 2020 neu erstellten Videos identifiziert haben. Im Fokus der Ersteller stünden v.a. öffentlich bekannte Personen. Nach Angaben des CEO von Sensity (Visual Threat Intelligence Platform, Niederlande), gerate dieses Problem außer Kontrolle und das Vereinigte Königreich bzw. britische Bürger seien in 10% der Fälle die Opfer. Da Filme und Bilder besonders überzeugend wirken, stellen diese Deepfakes eine erhebliche Gefahr für die Cybersicherheit dar.

Vorbereitungshandlungen Desinformationskampagnen in Deutschland

Nach Einschätzung des Auswärtigen Dienstes der EU stehe Deutschland im besonderen Fokus russischer Desinformation. Im März 2021 sprach die Behörde von einer systematischen Kampagne seitens Russlands gegen Deutschland. Dazu seien in einer EU-Datenbank seit Ende 2015 700 Fälle registriert worden, so viele wie in keinem anderen EU-Land. Sorge herrsche in der Bundesregierung wegen möglicher Versuche aus dem Ausland, Einfluss auf die Bundestagswahl im September 2021 zu nehmen.

Ende März warnten die deutschen Bundesämter für Verfassungsschutz (BfV) und für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) vor erkannten Angriffen zur Vorbereitung von Desinformationskampagnen. Als Akteure wurden die Gruppierung „Ghostwriter“ und die bisher unbekannte Gruppierung „UNC1151“ erkannt. Als Drahtzieher hinter den Operationen vermutet das BfV russische Gruppierungen mit „nachrichtendienstlichem Hintergrund“. Zunächst wurden private E-Mail- und Social-Media-Dienste ausgespäht, um in der Folge Falschmeldungen unter falscher Flagge verteilen zu können. Zu den Opfern zählen mindestens sieben Bundestagsabgeordnete, 31 Landtagsabgeordnete sowie politische Aktivisten in Hamburg und Bremen.

Aktivitäten der Gruppe Ghostwriter lassen sich mittlerweile bis Mitte 2016 rückverfolgen. Allein seit Mitte 2020 soll Ghostwriter in mehr als 20 weiteren Kampagnen auch gemeinsam mit der Gruppe „UNC1151“ involviert gewesen sein (z.B. fünf Kampagnen zur Polarisierung der Stimmung in Polen zwischen Oktober 2020 und Jänner 2021). Der mutmaßlich ebenfalls staatlich gesteuerte Akteur UNC1151 soll für die Ausspähung von Zugangsdaten, die Verbreitung von Schadprogrammen und Angriffe gegen Einzelpersonen in Deutschland und Entitäten im Bereich Regierungen, Militär und Medien, Journalisten und Aktivisten in Polen, der Ukraine, den baltischen Staaten und Weißrussland verantwortlich sein.

Cyberkriminalität

Die Cyberkriminalität steigt weiterhin dramatisch an. Zwei Entwicklungen werden auch zukünftig zu beobachten sein. Einerseits sind Angriffe auf kritische Infrastrukturen besonders attraktiv, da hohe Lösegeldsummen erpresst werden können. Andererseits üben Erpresser doppelten Druck auf angegriffene Unternehmen aus, indem sie zuerst brisante Daten stehlen, bevor sie die Datenbestände verschlüsseln. Anschließend wird der Lösegeldforderung mit der Drohung, die entwendeten Daten zu veröffentlichen, Nachdruck verliehen.

für Erpressungsangriffe auf kritische Infrastrukturen besonders attraktiv

Solche Attacken stellen eine große Gefahr für den Betrieb kritischer Infrastrukturen dar und könnten zur Bedrohung für die nationale Sicherheit werden. In den vergangenen Monaten sind u.a. Gesundheitseinrichtungen, Spitäler, eine Öl-Pipeline und das größte Fleisch produzierende Unternehmen der Welt angegriffen worden. Beispielsweise wurden in Neuseeland und Irland Gesundheitsdienstleister, in Litauen die nationale Gesundheitsbehörde und ein französisches Krankenhaus Opfer von Cyberangriffen attackiert. Besonders „erfolgreich“ soll in den letzten Monaten die erstmalig im August 2020 in Erscheinung getretene Hacker-Gruppe „DarkSide“ gewesen sein. DarkSide soll von 99 betroffenen Organisationen, darunter auch der Colonial Pipeline in den USA, 75 Mio. € in Bitcoins erpresst haben. DarkSide soll auch „Ransomware as a Service“ anbieten.

Veröffentlichung von bei Cybererpressungsangriffen gestohlenen Daten

Im Jahr 2020 sollen ca. 100 bis 200 Terabyte an unternehmensinternen Daten von mehr als 1.000 Cybererpressungsopfern auf Webseiten im Dark Web veröffentlicht worden sein. Anfang Jänner 2021 veröffentlichten die als „Distributed Denial of Secrets“ („DDoSecrets“) bekannten Datenaktivisten umfangreiche, bei Cybererpressungsangriffen erbeutete, Datensammlungen. Die Daten stammen von Pharma-, Fertigungs-, Finanz-, Software-, Einzelhandels-, Immobilien- sowie Öl- und Gasunternehmen. Auch Informationen zu Medikamenten bzw. COVID-19 Impfstoffen, die bei einem Cyberangriff auf die Europäischen Arzneimittel Agentur (EMA) entwendet wurden, waren dabei. Von DDoSecrets wurden bisher etwa 1 Terabyte an Daten zur Verfügung gestellt und weitere 1,9 Terabyte angekündigt.

Weltweit größter Laptop-Hersteller erpresst

Im April gab der taiwanesischer Technologiekonzern Quanta bekannt, Opfer eines Cybererpressungsangriffes zu sein. Die als REvil bekannte Erpressungsgruppe (aka „Sodinokibi“) forderte öffentlich 41,5 Mio. € Lösegeld, ansonsten würden erbeutete sensible, firmeninterne Dateien veröffentlicht werden.

Cyber-Angriff auf die Colonial Pipeline

Die Colonial Pipeline Company betreibt ein amerikanisches Ölpipeline-System, das seinen Ursprung in Houston, Texas, hat und Benzin und Düsentreibstoff für ca. 50 Millionen Menschen hauptsächlich in den Südosten der Vereinigten Staaten transportiert. Am 6. Mai 2021 wurde die Colonial Pipeline vermutlich von der Gruppe „DarkSide“ gehackt und rund 100 Gigabyte an Daten von Unternehmensservern. Am 7. Mai 2021 wurde

das Abrechnungssystem der Firma mit einem Schadprogramm verschlüsselt, Lösegeld gefordert und gedroht, die am 6. Mai erbeuteten Daten zu veröffentlichen. Daraufhin stoppte die Colonial Pipeline alle Operationen der Pipeline, um den Angriff eindämmen zu können. Nach Bezahlung des Lösegeldes in der Höhe von 4,4 Millionen Dollar (75 Bitcoin) konnte die Pipeline am 12. Mai 2021 neu gestartet werden. Einen Teil dieses Lösegeldes konnte das FBI inzwischen sicherstellen.

Cyberangriff auf weltgrößten Fleischproduzent

Am 1. Juni wurde bekannt, dass der weltweit größte Fleischproduzent JBS SA Opfer eines Cybererpressungsangriffes wurde. Der Angriff am 30. Mai hat u.a. dazu geführt, dass die Computersysteme des Unternehmens in Nordamerika und Australien vom Netz getrennt werden mussten. JBS ist mit mehr als 230.000 Mitarbeitern in 190 Ländern der Welt tätig. Eine mehrtägige Unterbrechung des Betriebs hätte zu Engpässen am weltweiten Fleischmarkt führen können. JBS hat ein Lösegeld in der Höhe von 11 Mio. \$ (ca. 9 Mio. €) gezahlt.

Schwachstellen

Täglich werden neue Schwachstellen von Hard- und Software bekannt. Das deutsche Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, unter anderem für den Konsumentenschutz im IT-Bereich zuständig, veröffentlicht laufend die Ergebnisse von Softwareanalysen. In den letzten Jahren wurden täglich 3 bis 5 schwerwiegende Schwachstellen in der Software von verschiedensten Anbietern gefunden. Am Beispiel der Anfang März von Microsoft bekanntgegeben Schwachstellen in den MS Exchange Servern kann ersehen werden, wie groß die Angriffsfläche durch Schwachstellen sein kann.

Gravierende Schwachstelle bei Microsoft Exchange Server

Der Microsoft Exchange Server unterstützt die zentrale Ablage und Verwaltung von E-Mails, Terminen, Kontakten, Aufgaben und weiteren Elementen für mehrere Benutzer und ermöglicht so die Zusammenarbeit in einer Arbeitsgruppe oder in einem Unternehmen.

Am 2. März veröffentlichte Microsoft (MS) Notfall-Patches und Informationen zu vier Zero-Day-Exploits. Die Ausnutzung dieser Schwachstellen soll schon seit Jänner 2021 laufen. Von diesen Schwachstellen waren weltweit zehntausende Server betroffen. Die Bekanntmachung der Schwachstellen führte zu einer Vervielfachung der Angriffe gegen potenziell angreifbare Server. Die Täter kommen aus dem kriminellen Milieu

oder sind staatlich unterstützte Akteure. Ihre Ziele reichen von der persönlichen Bereicherung bis hin zur Beschaffung von sensiblen unternehmensbezogenen oder politischen Informationen. Identifiziert wurden die der VR China zugerechneten Gruppen „Hafnium“, „Revil“, „Tick“, „Luckymouse“ (auch APT27), „Calypso“, „Winnti“, „TontoTeam“ und „Mikroceen“. Dazu kamen zahlreiche unbekannte Akteure. Attackiert wurden Unternehmen in den Branchen IT, Telekom, Konstruktion, Softwareentwicklung, Immobilien, Öl, Baumaschinen- und Computerhersteller sowie eine Beschaffungsgesellschaft, ein Beratungs- und ein Versorgungsunternehmen; weiters Regierungsstellen, das Westaustralische Parlament und Finanzinstitute. Die Tatorte verteilen sich auf zahlreiche Länder auf allen Kontinenten.

Gegenmaßnahmen

Die seit einigen Jahren vorbereiteten Gegenmaßnahmen gegen die überbordenden Bedrohungen wurden in den letzten Monaten deutlich intensiviert. Insbesondere die EU, die USA und zahlreiche andere Länder, aber auch die Betreiber sozialer Netzwerke haben eine Reihe von Grundsatzpapieren und organisatorische Maßnahmen auf den Weg gebracht. Erkennbar ist, dass die Cyberbedrohung mittlerweile als Toprisiko eingestuft wird und die Schutzmaßnahmen mit hoher Priorität vorangetrieben werden. In der EU ist eine neue Cybersicherheitsstrategie in Kraft getreten und die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Cybersicherheit beschlossen worden.

EU-Cybersicherheitsstrategie für die Digitale Dekade

Bereits am 16. Dezember 2020 hat die Europäische Kommission die neue Cybersicherheitsstrategie, und im ersten Quartal 2021 der Rat der EU, die Schlussfolgerungen dazu angenommen. Als besondere Herausforderungen und Entwicklungen wurde berücksichtigt, dass kritische Services online gehen, mindestens 25 Milliarden Dinge weltweit im Jahr 2025 vernetzt sein werden, geopolitische Rivalitäten um den Cyberraum schärfer werden, Cyberkriminalität globale Kosten von 5,5 Billionen Euro im laufenden Jahr verursacht haben und die EU mindestens 20 % der Recovery and Resilience Facility (rund 134,5 Milliarden Euro) in Digitalisierung investieren will. Die neue Strategie zielt auf ein globales, offenes und stark geschütztes Internet ab. Hierzu wurden als Hauptinstrumente Regulierungs-, Investitions- und Politikinitiativen festgelegt, die folgende Handlungsfelder betreffen:

1. Resilienz, technologische Souveränität und Leadership;
2. operationelle Kapazitäten zur Prävention, Abschreckung und Reaktion;
3. Zusammenarbeit zur Förderung eines globalen und offenen Cyberraums.

Die Cybersicherheitsstrategie soll die politischen Ziele zur Erreichung einer strategischen Autonomie, der digitalen Souveränität und einer Führungsrolle bei der Cybersicherheit in der gesamten digitalen Lieferkette unterstützen. Sie baut auf der EU-Strategie „Shaping Europe’s Digital Future“ und der EU-Strategie zur Sicherheitsunion auf. Sie beinhaltet ebenfalls eine Verschränkung mit der gleichzeitig präsentierten „Critical Entities Resilience (CER) Directive“, die das European Programme for Critical Infrastructure (EPCIP) von zwei auf zehn Sektoren erweitert, darunter die digitale Infrastruktur und der Weltraum. In Zusammenschau mit der NIS 2.0 Richtlinie soll damit die Cyber- und physische Resilienz von Netzwerken, Informationssystemen und kritischen Entitäten gestärkt werden. Weiters will die EU mit den Programmen Horizon Europe und Digital Europe die Cybersicherheitsforschung, -innovation und -infrastruktur, die Cyberverteidigung und die Cybersicherheitsindustrie unterstützen.

Zur Stärkung von Resilienz, technologischer Souveränität und Leadership soll die NIS-Richtlinie (NIS 2.0) parallel zum Rechtsrahmen für kritische Infrastruktur überarbeitet werden. Die Entwicklung eines europäischen Cyber Shields durch den Aufbau eines besseren Lagebildes durch ein EU-weites Netzwerk von Security Operations Centers (SOCs) soll forciert werden. Dazu gehören die Etablierung von ultra-sicheren Kommunikationsinfrastrukturen für EU-Institutionen und Behörden, u.a. durch die Verwendung von Quantum Computing; der Schutz von 5G-Netzen und Lieferketten durch insbesondere die Finalisierung der Umsetzung der 5G-Toolbox bis zum zweiten Quartal 2021; das Erreichen von hohen Standards für die Cybersicherheit von allen vernetzten Geräten durch die Vorlage eines neuen Rechtsaktes; die Stärkung der Internetsicherheit durch Entwicklung eines EU DNS Resolver Service als eine sichere und offene Alternative für den Zugang zum Internet und die Unabhängigkeit der (digitalen) Lieferketten sowie Investitionen in Forschung und Innovation in Höhe von 4,5 Milliarden Euro (öffentliche und private Investitionen) von 2021 bis 2027.

Insgesamt handelt es sich bei der vorliegenden Strategie um eine umfassende Betrachtung der Cyberthematik. Hervorzuheben ist die Zusammenführung von Cybersicherheit (innere, zivile Sphäre) und Cyberverteidigung (äußere, militärische Sphäre) und damit ein Schritt hin zur gemeinsamen konzeptionellen Betrachtung zur Steigerung der Resilienz der EU, um hybriden Bedrohungen angemessen begegnen zu können. Ein neues Instrument zur Unterstützung dieser

Zusammenführung soll mit der geplanten Joint Cyber Unit (JCU) geschaffen werden, die als Katalysator und Integrationsfaktor von ziviler und militärischer Sphäre im Cyberraum dienen soll, um dadurch eine abhaltende und abschreckende Wirkung auf potenzielle Aggressoren zu erzielen und adäquat auf Bedrohungen antworten zu können.

Stärkung der operationellen EU-Kapazitäten zur Prävention, Abschreckung und Reaktion auf Cyberangriffe

Die operationellen Fähigkeiten sollen durch die Einrichtung einer Joint Cyber Unit als Kooperationsplattform der verschiedenen Cybersicherheits-Communities (zivil, diplomatisch, Strafverfolgung, Verteidigung) sowie in Umsetzung eines Krisenmanagementrahmens zur Vorbeugung, Abschreckung und Antwort auf Cyberangriffe gestärkt werden. Die Umsetzung der „Sicherheitsunion“ soll die Bekämpfung der Cyberkriminalität unterstützen. Weiters sollen die Richtlinien der „Cyber Diplomacy Toolbox“ umgesetzt und eine EU Cyber Intelligence Working Group eingesetzt werden. Die Cyberverteidigung soll u.a. durch die Überprüfung des Cyber Defence Policy Framework (CDPF) und den Aufbau von state-of-the-art Cyberverteidigungsfähigkeiten unter bevorzugter Nutzung der Permanent Structured Cooperation (PESCO) und des European Development Funds (EDF) sowie durch die Entwicklung und Nutzung von Schlüsseltechnologien wie Künstlicher Intelligenz (KI), Quantenverschlüsselung und der Cybersicherheit von kritischer (Weltraum-) Infrastruktur gestärkt werden.

Internationale Zusammenarbeit zur Förderung eines globalen und offenen Cyberraums

Die EU will sich im Bereich internationaler Normen und Standards stärker engagieren – etwa in Standardisierungsorganisationen wie der ITU – und aktiv an Verhandlungen zu völkerrechtlichen Normen teilnehmen und so auch im Cyberraum Leadership beweisen. Weiters wird die Kooperation mit Partnern zur Förderung der regelbasierten Weltordnung, Etablierung eines EU Cyber Diplomacy Networks mit EU „Cyber Attachés“ in EU-Delegationen und die Stärkung globaler Fähigkeiten zur Bewältigung von Cyberbedrohungen durch Aufbau von Kapazitäten außerhalb der EU mit Fokus auf dem Westbalkan, den EU-Nachbarstaaten und Partnerstaaten angestrebt.

Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in Bukarest

Im April wurde die Schaffung des Kompetenzzentrums für Cybersicherheit durch den EU-Rat angenommen. Das Zentrum soll die Zusammenführung von Investitionen in Forschung, Technologie und industrielle Entwicklung im Bereich der Cybersicherheit forcieren und damit die Sicherheit des Internets und anderer kritischer Netz- und

Informationssysteme erhöhen. Die neue Stelle, die ihren Sitz in Bukarest (Rumänien) haben soll, wird insbesondere Mittel für den Bereich der Cybersicherheit aus den Programmen „Horizont Europa“ und „Digitales Europa“ koordinieren. Damit soll die globale Wettbewerbsfähigkeit der Cybersicherheitsbranche der EU gefördert und die Führungsrolle und strategische Autonomie im Bereich der Cybersicherheit gestärkt werden. Das Kompetenzzentrum wird eng mit der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) zusammenarbeiten.

Erste EDA-MilCERT-Übung abgehalten

Vom 17. bis 19. Februar 2021 fand die erste von der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) veranstaltete Live-Fire Cyber Exercise statt. Experten der MilCERTs aus 17 EDA-Mitgliedsstaaten hatten die Möglichkeit, ihre Abläufe und Gegenmaßnahmen bei echten Cyberangriffen zu testen. Die Übung war Teil der MilCERT Interoperability Conference 2021 (MIC), die im Juni 2021 in Lille (FRA) stattfand. Die neue EU-Strategie für Cybersicherheit, die im vergangenen Dezember veröffentlicht wurde, betonte, dass diese Übungen dazu beitragen sollen, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten erheblich zu verbessern.

Entwicklungen in den USA

In den USA sind eine Reihe von Initiativen und Maßnahmen zur Eindämmung und Abwehr der Cyberbedrohung gesetzt worden. Es ist zu erwarten, dass diese nach den Attacken auf nationale Behörden, die Colonial Pipeline und den Fleischproduzenten CBS mit hoher Priorität weiterentwickelt werden.

„Defend Forward“-Konzept

Die neue stellvertretende Verteidigungsministerin der USA unterstützt das „Defend Forward“-Konzept, wie es in der Cybersicherheitsstrategie 2018 beschrieben ist, und forderte das US-Cyberkommando auf, sich im Cyberraum in Zusammenarbeit mit US-amerikanischen Behörden, Industrie und internationalen Partnern „vorwärts zu verteidigen“, um Cyberakteuren entgegenzuwirken.

Stärkung ziviler Cybersicherheitsfähigkeiten

Im Februar kündigte der Heimatschutzminister eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung der nationalen Cybersicherheit an, einschließlich der Aufstockung der Mittel zur Bekämpfung der Täter. Die Agentur für Cyber- und Infrastruktursicherheit (CISA) hat die Aufgabe, die kritische Infrastruktur des Landes, einschließlich der Wahlvorgänge, gegen Cyberbedrohungen zu schützen und soll den zusätzlichen Ressourcenbedarf erheben. Weiters wurde im Jänner 2021 ein Sensibilisierungsprogramm zum Thema Cybererpressungskampagnen gestartet.

Cybersicherheitsgesetze eingebracht

Im April wurden mehrere Gesetzesvorschläge zur Stärkung der Cybersicherheits- und Vorfallobearbeitung infolge aufgedeckter Cyberangriffe auf US-Bundesnetze und große private Unternehmen eingebracht. Der „Cyber Response and Recovery Act of 2021“ soll den Leiter des Heimatschutzministeriums, in Absprache mit dem nationalen Cyberdirektor, ermächtigen, „nach einer Kompromittierung öffentlicher und privater Netzwerke einen bedeutenden Cybervorfall“ auszurufen. Für das Heimatschutzministerium und die Agentur für Cybersicherheit und Infrastruktursicherheit (CISA) soll ein „Cyber Response and Recovery“ Fond eingerichtet werden, um öffentliche und private Einrichtungen nach schwerwiegenden Cybervorfällen finanziell zu unterstützen. Weiters wurde der „National Risk Management Act“ eingebracht, der die CISA anweist, Risiken sowohl aus dem Cyber- als auch physischen Bereich für die kritischen Infrastrukturen der USA zu identifizieren und deren Behebung zu priorisieren.

NSA veröffentlicht neue Cyber Security Advisory

Im April 2021 veröffentlichte die Nationale Sicherheitsagentur (NSA) das Cyber Security Advisory (CSA) „Stop Malicious Cyber Activity Against Connected Operational Technology“ für Nationale Sicherheitssysteme (NSS), das Verteidigungsministerium (DoD) und die Defense Industrial Base (DIB) sowie Operational Technology (OT)-Eigentümer und -Betreiber. CSA beschreibt, wie Risiken für Systeme bewertet und die Sicherheit von Verbindungen zwischen Industrienetzwerken (OT) – die in vielen Kritischen Infrastrukturen zum Einsatz kommen – und Unternehmensnetzwerken (IT) verbessert werden könnten. Der Einsatz von IT kann als Einfallstor für die Ausnutzung von OT dienen. Daher ist eine sorgfältige Bewertung des Risikos der Verbindungen zwischen IT- und OT-Systemen erforderlich, um sicherzustellen, dass die spezifischen Anforderungen an die Cybersicherheit erfüllt werden. Jede IT-OT-Verbindung erhöht die potenzielle Angriffsfläche. Um gefährliche Auswirkungen zu vermeiden, sollten OT-Betreiber und IT-Systemadministratoren sicherstellen, dass nur die wichtigsten IT-OT-Verbindungen zulässig sind und dass diese so weit wie möglich gehärtet werden. Laut Aussagen von Cybersicherheitsexperten stellen die unterschiedlichen Netzwerkarchitekturen von OT- und IT-Netzwerken eine ernsthafte Bedrohung dar. So können Standardsicherheitsmaßnahmen wie die rollenbasierte Zugriffskontrolle (RBAC) und die Zwei-Faktor-Authentifizierung (2FA) nicht ohne speziell entwickelte Lösungen implementiert werden. Diese Probleme erhöhen die potenzielle Bedrohung durch staatliche Akteure, die das System infiltrieren und ernsthafte Störungen verursachen können. Die kürzlich

veröffentlichte CSA der NSA bietet eine pragmatische Bewertungsmethode, um zu eruieren, wie die Cybersicherheit von OT- und Kontrollsystemen für den Unternehmenserfolg am besten verbessert werden kann.

US-Cyberbudget mehr als 20 Mrd. Dollar

Das US-Budget sieht 9,8 Mrd. \$ für die zivile Cybersicherheit des Bundes vor, was eine Steigerung von ca. 14 % gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr darstellt. Dazu kommen die 10,8 Mrd. \$ des Verteidigungsministeriums; nicht veröffentlicht wurde das Budget für klassifizierte Cyberprojekte. Der Budgetplan sieht weiters für das Haushaltsjahr 2022 750 Mio. \$ vor, um „Lessons Learned“ aus dem SolarWinds-Hack umzusetzen; zusätzliche 110 Mio. \$ für die „Cybersecurity and Infrastructure Security Agency“, 20 Mio. \$ für den neuen „Cyber Response and Recovery Fund“ und 15 Mio. \$ für das kürzlich geschaffene Büro des nationalen Cyberdirektors im Weißen Haus.

UK – Einschätzung der Bedrohungen im Cyberraum

Im Februar gaben der Kommandant des Strategic Command (StratCom) und der Leiter des Government Communications Headquarter's (GCHQ; verantwortlich für die Cybersicherheit im Vereinigten Königreich) ein Interview zu Bedrohungen im Cyberraum und den Sozialen Medien. Demnach „nutzen Gegner Großbritanniens Soziale Medien, um Verschwörungstheorien zu verbreiten und die Gesellschaft zu spalten“. Der Cyberraum lasse sich hervorragend zur Beeinflussung bis hin zum „Schüren eines Bürgerkrieges innerhalb einiger Gesellschaften“ nutzen. In diesem Zusammenhang seien offensive Cyberangriffe gegen Bedrohungsakteure zur Abwendung eines Schadens eine der Möglichkeiten der Streitkräfte, um demokratische Prozesse zu schützen. Länder wie Russland und China würden nicht-militärische Mittel anwenden, um ihre Interessen zu sichern.

Der Leiter des GCHQ sagte im Interview, das Vereinigte Königreich verfüge im Anlassfall über die erforderlichen offensiven Mittel und Fähigkeiten, um einzelne Kriminelle oder Gruppen zu bekämpfen. Man habe die Fähigkeiten, auf Telefone oder die Technologie von Akteuren zuzugreifen, die sich am „Cyberwarfare“ beteiligen. Die Frage, ob diese Mittel bereits gegen einen anderen Staat eingesetzt wurden, beantwortete Fleming so, dass „es den Regierungen zur Verfügung steht, um es in diesem Kontext zu nutzen“.

Expertengruppe zur Abwehr von staatlich unterstützten Desinformationskampagnen

Das Vereinigte Königreich hat zur Abwehr von Desinformationskampagnen aus Russland 2018 die Expertengruppe „Internationale Partnerschaft zur Abwehr staatlich unterstützter Desinformation“ (IPCSD) gegründet. Derzeit tauschen Experten aus 14 Staaten (darunter die USA, Kanada, Polen, die Niederlande,

Deutschland sowie die nordischen und die baltischen Staaten) Informationen über Desinformationskampagnen – v.a. aus Russland – aus.

Neue Schweizer Cyberstrategie

Die neue Cyberstrategie soll den Grundstein für die strategische Ausrichtung des Departements im Bereich Cyberdefence für die Jahre 2021-2024 sein und unterstreicht die sicherheitspolitische Bedeutung des Cyberraums für den Schutz der Schweiz. Das Schweizer Ministerium für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) trägt zum Schutz der Schweiz bei, verteidigt sie im Cyberraum und soll dadurch die Handlungsfreiheit des Landes maßgeblich erhöhen. Inhalt sind alle nachrichtendienstlichen und militärischen Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit des Landes, der kritischen Systeme, zur Abwehr von Cyberangriffen, zur Gewährleistung der Einsatzbereitschaft der Armee in allen Lagen und zum Aufbau von Kapazitäten und Fähigkeiten zur subsidiären Unterstützung ziviler Behörden. Dazu zählen aktive Maßnahmen zur Erkennung von Bedrohungen, zur Identifikation von Angreifern und zur Störung und Unterbindung von Angriffen. Die Partner des VBS im Verbund werden beim Schutz kritischer Infrastrukturen vor Cyberangriffen unterstützt und ihre Widerstandsfähigkeit gestärkt. Auch die Kooperation mit nationalen und internationalen Partnern ist ein zentrales Element der Strategie. Die anderen Aspekte von Cyber, wie beispielsweise die Cybersicherheit und die Cyberkriminalität, werden von der übergeordneten Nationalen Cyber Strategie (NCS) abgedeckt.

Die Strategie sieht 30 konkrete Handlungsfelder vor. Sie lassen sich in die vier Kernbereiche Governance und Koordination (z.B. die Organisationsentwicklung), Sicherheit und Resilienz (z.B. Entwicklung von Maßnahmen zur Wiederherstellung von Systemen nach einem Vorfall), Lage und Aktion (z.B. die Durchführung defensiver Maßnahmen bei einem Angriff) und Trendmonitoring und Unterstützung (z.B. Forschung, Entwicklung und Innovation) einteilen.

Deutschland beschließt das IT-Sicherheitsgesetz 2.0

Mit Verabschiedung des IT-Sicherheitsgesetzes 2.0 im April haben Institutionen der deutschen Bundesverwaltung ein Jahr Zeit, Vorkehrungen zur Abwehr von Cyberattacken zu treffen. Das Gesetz schreibt u.a. den Einsatz entsprechender Technologien vor, z.B. basierend auf AI-gestützten Technologien zur Angriffserkennung. Neben der Bundesverwaltung werden Betreiber kritischer Infrastrukturen verpflichtet, derartige Systeme einzusetzen.

Weltweit größter illegaler Marktplatz im Darknet ausgehoben

Die Generalstaatsanwaltschaft Koblenz teilte im Jänner 2021 mit, dass der, nach eigenen Angaben, weltweit

größte illegale Marktplatz im Darknet ausgehoben wurde. Die Plattform mit der Bezeichnung DarkMarket sei geschlossen und die Server abgeschaltet worden. Der australische Betreiber sei nahe der deutsch-dänischen Grenze festgenommen worden. Den Angaben zufolge wurden über diesen Marktplatz mehr als 320.000 Geschäfte abgewickelt und Kryptowährungen über 4.650 Bitcoin sowie 12.800 Monero „umgesetzt“. Das entspreche nach derzeitigem Kurs einer Summe von mehr als 140 Mio. €. Auf dem Marktplatz seien vor allem Drogen, aber auch Falschgeld, gestohlene oder gefälschte Kreditkartendaten, anonyme SIM-Karten, Schadsoftware und vieles andere mehr gehandelt worden. Eine weitreichende Infrastruktur mit mehr als 20 Servern in Moldawien und der Ukraine sei beschlagnahmt worden. An den Ermittlungen waren zudem die Landeskriminalämter aus Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, mehrere US-Behörden - darunter das FBI – sowie Polizeidienststellen in Australien, Dänemark, der Schweiz, der Ukraine und Moldawien beteiligt. Europol habe bei der Koordinierung assistiert. Laut Generalstaatsanwaltschaft ging der Fahndungserfolg auf die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem sogenannten Cyberbunker an der Mosel zurück. Dort sei zeitweise auch DarkMarket gehostet worden. In dem alten Bunker im rheinland-pfälzischen Traben-Trarbach sollen acht Tatverdächtige über Jahre hinweg ein illegales Rechenzentrum für kriminelle Geschäfte im Darknet betrieben haben. Die Anklage wirft der mutmaßlichen Bande in dem laufenden Prozess Beihilfe zu mehr als 249.000 Straftaten vor: Vor allem millionenschwere Drogendeals, aber auch Cyberangriffe und Falschgeldgeschäfte sollen über Server im Cyberbunker gelaufen sein. Die unterirdische Anlage war Ende September 2019 in einer großen Aktion mit Hunderten Polizisten nach fünfjährigen Ermittlungen ausgehoben worden. Vier Niederländer, drei Deutsche und ein Bulgare sind angeklagt. Erstmals in Deutschland stehen damit mutmaßliche Betreiber krimineller Plattformen im Darknet vor Gericht.

Schweden – Nationales Cybersicherheitszentrum (NCSC) geplant

Das Nationale Cybersicherheitszentrums (NCSC) soll durch eine Koalition von Sicherheitsorganisationen unter der Leitung der Streitkräfte und des National Defense Radio Establishment (SIGINT Aufklärung) aufgestellt werden. Weiters werden die Nationale Sicherheitsagentur (SAPÖ) und die Swedish Civil Contingency Agency, die für kritische Infrastruktur und Krisenmanagement zuständige Behörde des Innenministeriums, eingebunden sein. Für die Aufstellung des Zentrums wurden für 2021 bis 2025 rund 44,5 Mio. € veranschlagt. Ziel sei es v.a., durch gezielten Informationsaustausch, auch mit dem privaten Sektor, die nationale Sicherheit nachhaltig zu stärken.

Ausblick

In den kommenden Monaten ist mit weiteren Cyberangriffen im Rahmen einer hybriden Strategie, mit Spionageaktivitäten auf hohem Niveau und steigenden Zahlen von kriminellen Tätern zu rechnen, die sich auf die Erpressung von Unternehmen, der kritischen Infrastruktur und Behörden spezialisieren. Cyberverteidigung und Cybersicherheit werden vor allem durch die dynamischen Entwicklungen in der EU und den USA sowie die Implementierung internationaler Mechanismen zur gemeinsamen Bekämpfung der Bedrohungen angetrieben werden.

Walter J. Unger

Bildnachweis

- S. 7: Foto: NATO, *Official greeting by the NATO Secretary General: NATO Secretary General Jens Stoltenberg and Joe Biden (President of the United States of America)*, URL: https://www.nato.int/cps/en/natohq/photos_184950.htm, zuletzt eingesehen am 28.06.2021
- S. 9: Foto: Ministry of Defence of the Russian Federation; *Over 4 thousand live-fire drills were carried out by servicemen of the WMD tank army during exercises in five regions of the Russian Federation*, licensed under Creative Commons Attribution 4.0, URL: <https://eng.mil.ru/en/multimedia/photo/gallery.htm?id=91823@cmsPhotoGallery>, zuletzt eingesehen am 27.06.2021
- S. 11: Foto: Thomas Goisque; *fNer 116 Fort de Madama*, licensed under the Creative Commons CC BY-SA 3.0, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Af_Ner_116_Fort_de_Madama.jpg, zuletzt eingesehen am 30.06.2021
- S. 32: Foto: NATO, *NATO Secretary General visits the United States of America - NATO Secretary General Jens Stoltenberg at an event hosted by the Atlantic Council*, URL: https://www.nato.int/cps/en/natohq/photos_184721.htm, zuletzt eingesehen am 28.06.2021
- S. 53: Graphik: Farkas, Barbara; *Vollständig mit indischen bzw. chinesischen Vakzinen geimpfter Bevölkerungsanteil in den Nachbarländern Indiens per 31.05.2021*
- S. 58: Foto: עתיד יש מטה, Yair Lapid, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Lapid_2013.jpg, zuletzt eingesehen am 28.06.2021
- S. 58: Foto: Hobeit (أبي), *Verehrung Yasins und Rantisi bei einer Hamas Wahlkampfveranstaltung in Ramallah*, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Germany license, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Yasin_Rantisi_Hamas_Wahlkampf.jpg, zuletzt eingesehen am 28.06.2021
- S. 59: Foto: John Cole. *World Economic Forum. Mohammed Dablan - World Economic Forum on the Middle East 2010*, licensed under the Attribution-NonCommercial-ShareAlike 2.0 Generic (CC BY-NC-SA 2.0), URL: <https://www.flickr.com/photos/worldeconomicforum/5122532513/in/photolist-8NEjs6>, zuletzt eingesehen am 28.06.2021
- S. 62: Foto: sajed.ir, *Ayatollah Khomeini returns to Iran after 14 years exile on February 1, 1979. He is helped off the plane by one of the Air France pilots.*, lizenziert unter den Bedingungen der GNU-Lizenz für freie Dokumentation, Version 1.2, URL: https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Imam_Khomeini_in_Mehrabad.jpg, zuletzt eingesehen am 28.06.2021
- S. 63: Foto: Jonathan Rashad. *Celebrations as Muslim Brotherhood's Mohamed Morsi announced Egypt's president, 24 06 2021*, licensed under the Attribution-NonCommercial-ShareAlike 2.0 Generic (CC BY-NC-SA 2.0), URL: <https://www.flickr.com/photos/drumzo/7435387048/>, zuletzt eingesehen am 28.06.2021
- S. 73: Graphik: Panzhof, Alexander, *Lateinamerikanische Staaten im globalen Korruptionsranking (Daten: Konrad-Adenauer-Stiftung)*

Kartenmaterial

erstellt vom Institut für Militärisches Geowesen (IMG)

Fragile asymmetrische Bipolarität	Seite 6
Globale Verteilung chinesischer COVID-Impfstoffe	Seite 8
Hauptherkunftsländer der illegalen US-Immigration	Seite 12
Europa.....	Seite 20
North Atlantic Treaty Organization (NATO)	Seite 30
Russisch-ukrainischer Grenzraum	Seite 34
Indo-Pazifischer Raum.....	Seite 44
Der israelisch-palästinensische Konfliktraum und seine regionalen Akteure	Seite 56
Afrika.....	Seite 66
Lateinamerika.....	Seite 70

Autoren

Dr. Rastislav BÁCHORA, eMA	Strategische Positionierung der USA unter Präsident Joe Biden
	Militärisches Drohpotential als geopolitische Taktik Russlands im Kontext innen- und außenpolitischer Entwicklungen
Mag. Barbara FARKAS	Der indopazifische Raum
	Quadrilateraler Verteidigungsdialog (Quad)
	Singapurs Resilienz-Strategie
Dr. Gerald HAINZL	Sub-Sahara Afrika
Dr. Gunther HAUSER	Europa und die EU
Dr. Georg HOFFMANN	Geschichte als Konfliktraum – Maly Trostinec und Belarus
Dr. Herwig JEDLAUCNIK, MBA	Geostrategische Interessen und der politisch-moralische Überlegenheitsanspruch des Westens als Grundlage der neuen alten Weltordnung
Dr. Otto NADERER	Die NATO und die transatlantischen Beziehungen
Mag. Alexander PANZHOF	Lateinamerika
Stephan REINER, BA MA	Der Nahostfriedensprozess nach dem Schlagabtausch zwischen der HAMAS und dem Staat Israel
Mag. Walter J. UNGER	Aktuelle Cyberlage

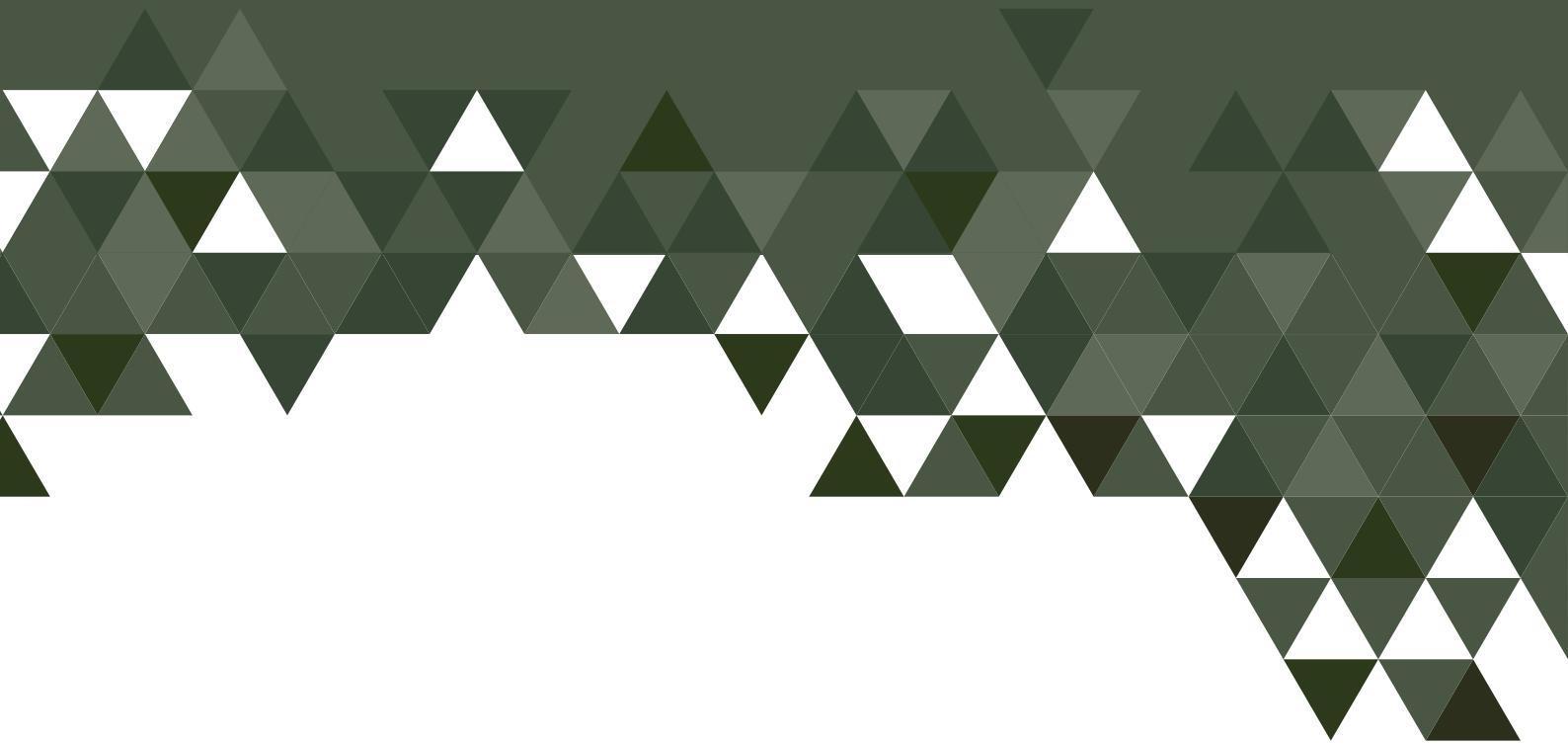
Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Informationen über unsere neuesten Publikationen sowie Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an lvak.iss@bmlv.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10-28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

ISS: Forschung – Lehre – Meinungsbildung

www.bundesheer.at/iss



**LANDESVERTEIDIGUNGSAKADEMIE
INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK**

ISBN: 978-3-903359-30-7